

SOZIALBERICHT

BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

=====

Volkszählung 1981 und Bevölkerungsveränderung 1971 - 1981

Die Volkszählung vom 12. Mai 1981 erbrachte ein endgültiges Ergebnis von 7,555.338 Einwohnern, das sind 63.812 Einwohner oder 0,85 % mehr als 1971.¹⁾ Dieses im Vergleich zu den 60er Jahren deutlich abgeschwächte Bevölkerungswachstum (1961 - 71: + 5,91 %¹⁾) wurde nur durch Wanderungen und nicht durch Geburtenüberschüsse erzielt. Der Geburtenrückgang hatte in den Jahren 1975 bis 1980 die Geburtenzahl unter jene der Sterbefälle gedrückt, insgesamt betrug das Geburtendefizit zwischen den Volkszählungstichtagen 1971 und 1981 10.000 Personen. Der Wanderungsgewinn dieser Periode war mit 74.000 Personen etwa gleich hoch wie 1961 bis 1971.

Bevölkerungswachstum 1971 bis 1981 nur durch Wanderungsgewinne

Bevölkerungsentwicklung 1971 - 1981

	Insgesamt	Österr. Staats- bürger	Ausländer
Bevölkerung, 1981	7,555.338	7,263.890	291.448
Bevölkerung, 1971 ¹⁾	7,491.526	7,279.630	211.896
Veränderung, 1971-81	+63.812	-15.740	+79.552
Geburtenüberschuß, -defizit	- 9.898	-60.564	+50.666
Einbürgerungen	-	+64.621	-64.621
Wanderungsgewinne, -verluste	+73.710	-19.797	+93.507

¹⁾ Wohnbevölkerung laut Volkszählung 1971 zuzüglich als vorübergehend anwesend gezählte ausländische Arbeitskräfte, die damals nicht zur Wohnbevölkerung gerechnet wurden. 1981 wurde auch dieser Personenkreis zur Wohnbevölkerung gezählt.

¹⁾ Die Vergleichszahlen der Volkszählung 1971 wurden in diesem Abschnitt stets um jene 35.123 ausländischen Arbeitskräfte erhöht, welche wegen eines ausländischen Familienwohnsitzes bei der Volkszählung bloß als vorübergehend anwesend und damit nicht zur Wohnbevölkerung gehörig gewertet wurden; denn 1981 zählte auch diese Kategorie zur Wohnbevölkerung.

- Wanderungsverlust an Inländern, Wanderungsgewinn an Ausländern** Der Wanderungsgewinn an Ausländern war noch stärker: in der Dekade 1971 - 81 wanderten 94.000 Ausländer netto zu, während bei österreichischen Staatsbürgern die Abwanderung um 20.000 höher war als die Rückwanderung. Schätzungen zufolge dürften die Wanderungsverluste an Inländern in den 60er Jahren höher gewesen sein als in den 70er Jahren, ebenso die Wanderungsgewinne an Ausländern.
- 1971-1981: 65.000 Einbürgerungen** Der Wanderungsgewinn an Ausländern ist wesentlich größer als die Bestandsveränderung an ausländischen Arbeitskräften: die Arbeitsmarktstatistik wies für den Mai 1981 mit 174.000 nur um rund 30.000 Personen mehr aus, als für den Mai 1971 geschätzt wurde. Es müssen hier die Einbürgerungen in Rechnung gestellt werden: 65.000 Ausländer erhielten in dieser Periode die österreichische Staatsangehörigkeit, das sind rund 30 % des Ausgangsbestandes des Jahres 1971.
- Geburtenüberschuß der Ausländer, Geburtendefizit der Inländer** Die "junge" Altersstruktur der Ausländer bedingte im Verein mit einer etwas über dem österreichischen Durchschnitt liegenden Geburtenhäufigkeit ein starkes Überwiegen der Geburten über die Sterbefälle: 1971 - 81 betrug der Geburtenüberschuß 51.000 Personen. Das Inländer-Geburtendefizit von 61.000 konnte damit weitgehend abgedeckt werden.
- VZ 1981: knapp 300.000 Ausländer, das sind 80.000 mehr als 1971** Insgesamt hat sich die Zahl der Ausländer zwischen 1971 und 1981 um 80.000 bzw. 38 % erhöht. Sie betrug am 12. 5. 1981 291.000 Personen, das sind 3,9 % der Gesamtbevölkerung Österreichs (1971: 2,8 %). Andererseits lebten 1981 zahlreiche Österreicher im Ausland: 176.000 in der Bundesrepublik Deutschland, 31.000 in der Schweiz. Die genaue Zahl aller im Ausland lebenden österreichischen Staatsbürger ist unbekannt, mit Sicherheit sind es aber mehr als die in Österreich lebenden Ausländer (1975: 353.000 Auslandsösterreicher, siehe Stat. Nachr. 1976, S. 333 f.).

Bevölkerung 1981 nach Bundesländern

Bundesland	Bevölkerung 1981	Veränderung gegenüber 1971 ¹⁾		Ausländer 1981	
		Zahl	% von 1971	Zahl	in %
1 Burgenland	272.274	-45	-0,0	2.021	0,7
2 Kärnten	536.727	+9.968	+1,9	8.158	1,5
3 Niederöst.	1.439.137	+18.321	+1,3	35.800	2,5
4 Oberöst.	1.270.426	+40.454	+3,3	33.501	2,6
5 Salzburg	441.842	+36.727	+9,1	22.145	5,0
6 Steiermark	1.187.512	-7.511	-0,6	14.962	1,3
7 Tirol	586.139	+41.656	+7,7	27.580	4,7
8 Vorarlberg	305.615	+28.461	+10,3	33.876	11,1
9 Wien	1.515.666	-104.219	-6,4	113.405	7,5
1+3+9 Ost	3.227.077	-85.943	-2,6	151.226	4,7
2+6 Süd	1.724.239	+2.457	+0,1	23.120	1,3
4+5+7+8 West	2.604.022	+147.298	+6,0	117.102	4,5
Österreich	7.555.338	+63.812	+0,9	291.448	3,9

1) Bevölkerung 1971 einschl. "vorübergehend anwesende Ausländer"

Die Einbürgerungen konnten einen leichten Rückgang der Zahl österreichischer Staatsbürger um 16.000 Personen nicht verhindern, als Folge des Geburtendefizites und des Wanderungsverlustes insbesondere gegenüber der BRD.

Inländer:
geringer
Rückgang

Vorarlberg verzeichnete mit einer Zunahme um 10,3 % das stärkste Bevölkerungswachstum unter den Bundesländern, Wien die stärkste Bevölkerungsschrumpfung: -6,4 %. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, daß ein Bruch in der Zählungstradition eingetreten ist, der sich vor allem in Ostösterreich ausgewirkt hatte; das Volkszählungsgesetz 1980 räumte Zweitwohnungsbesitzern de facto eine Wahlmöglichkeit für ihren Zählwohnsitz ein, ein Umstand, der um etwa 2 % zu Lasten Wiens gegangen sein dürfte. Faßt man die Bundesländer zu drei großen regionalen Einheiten zusammen, wird das traditionelle West-Ost-Gefälle der Bevölkerungsentwicklung auch in den 70er Jahren sichtbar: Westösterreich wuchs kräftig infolge von Geburtenüberschüssen und - sekundär - Wanderungsgewinnen; Südösterreich (Steiermark, Kärnten)

West-Ost-
Gefälle der
Bevölkerungs-
entwicklung

stagnierte, da die Geburtenüberschüsse die Wanderungsverluste kompensierten; in Ostösterreich reichten die Wanderungsgewinne gegenüber dem Ansland nicht aus, um die Geburtendefizite auszugleichen.

113.000
Ausländer
in Wien

Das Bundesland mit den meisten Ausländern ist Wien (113.000). Damit leben 40 % aller in Österreich wohnhaften Ausländer in Wien. Der Ausländer-Anteil an der Wohnbevölkerung beträgt 7,5 %. Einen noch höheren Anteil, nämlich 11,1 % verzeichnet nur noch Vorarlberg.

Aktuelle Trends in der Bevölkerungsentwicklung

1981: Zunahme der Bevölkerungszahl gegenüber 1980 wegen Flüchtlingsstrom aus Polen

Als Folge des Wiederanstiegs der Geburtenzahl war 1981 erstmals seit 1974 wieder ein Geburtenüberschuß zu verzeichnen; die Geburten überwogen die Sterbefälle um 1.249. Der Zustrom an Polenflüchtlingen dominierte bei den Wanderungen. Die Wanderungsbilanz gegenüber der BRD dürfte ziemlich ausgeglichen gewesen sein. Aus der geringen Veränderung der Zahl jugoslawischer und türkischer Arbeitskräfte (einschließlich Arbeitsloser) gegenüber 1980 kann im übrigen auf eine ausgeglichene Wanderungsbilanz gegenüber diesen Herkunftsländern geschlossen werden. Insgesamt dürfte 1981 die Bevölkerung deutlich zugenommen haben.

Auch 1981 Anstieg der Geburtenzahl

Seit dem Tiefpunkt von 1978 steigt die Geburtenzahl wieder an: 1979 um 1,2 %, 1980 um 5,2 % und 1981 um 3,4 %. 1981 war der Anstiegstrend somit schwächer als 1980. Zum Teil ist dieser Geburtenzuwachs die Folge des letzten Baby-Booms: Die um 1960 geborenen Babies sind selbst Eltern geworden. Aber auch die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau, gemessen durch die Gesamtfruchtbarkeitsrate, stieg an. 1981 war der Geburtenzuwachs je zur Hälfte auf die gestiegene Zahl junger Frauen und die gestiegene Fruchtbarkeit (pro Frau) zurückzuführen.

Lebendgeborene

	Insgesamt	Unehelich Zahl	in %	Ausl. in %	Gesamt- fruchtbar- keitsrate	Netto- reprod. rate
1978	85.402	12.637	14,8	7,8	1,63	0,77
1979	86.388	14.289	16,5	7,7	1,62	0,77
1980	90.872	16.153	17,8	7,1	1,68	0,80
1981	93.942	18.270	19,4	7,2	1,71	0,82

Der Anstieg der Fruchtbarkeit kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gegenwärtige Geburtenzahl noch keineswegs einen vollständigen Ersatz der Generation bedeutet. Die Nettoreproduktionsrate lag 1981 bei 0,82 und damit um 18 % unter dem Wert von 1,00, welcher erst einen vollständigen Ersatz der Elterngeneration durch die Kinder bewirken würde. Aus diesem Grund wäre es unzutreffend, den gegenwärtigen Geburtenanstieg als einen "Baby-Boom" zu bezeichnen.

Nettorepro-
duktionsrate
1981 zeigt
82 %igen Ersatz
der Eltern-
generation an

Die Zahl der unehelichen Geburten steigt seit 1977. In den letzten drei Jahren war der Anstieg mit jeweils 13 % sehr deutlich ausgefallen. Die Unehelichenquote steigt schon seit 1965: damals waren nur 11,2 % aller Lebendgeborenen unehelich zur Welt gekommen, 1981 waren es bereits 19,4 %. Unehelich gezeugte Kinder wurden in den letzten Jahren zunehmend häufiger auch unehelich zur Welt gebracht und führten seltener zu einer sog. "Muß-Ehe": die Bereitschaft zur unehelichen Mutterschaft ist nicht zuletzt infolge der Verbesserung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes gestiegen, steht aber auch im Zusammenhang mit dem west- und nordeuropäischen Trend zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft vor allem in Form der "Probehe". Bemerkenswerterweise sind uneheliche Geburten nicht in der modernen großstädtischen Kultur besonders häufig, sondern dort, wo Illegitimität schon immer akzeptiert wurde: so wurden 1981 in Kärnten 32 % und in Salzburg 30 % aller Kinder unehelich geboren, in einzelnen ländlichen Bezirken war die Quote noch weit höher.

1981 jedes
5. Kind
unehelich
geboren

7 % Ausländer- geburten
Ausländergeburten machten 1981 ebenso wie im Vorjahr 7 % aller Lebendgeburten aus. Dieser Anteil ist regional stark differenziert: in Vorarlberg betrug er 1981 19,1 %, in Wien 18,1 %.

1981 besonders starker Anstieg der Lebenserwartung
Da gegenwärtig starke Geburtsjahrgänge in das Hauptsterbealter von 70 und mehr Jahren einrücken, war auch im Falle einer gleich gebliebenen Sterblichkeit je Alterskategorie mit einem Anstieg der Sterbefälle um ca. 1.500 von 1980 auf 1981 zu rechnen. Tatsächlich wuchs die Gestorbenenzahl nur um 251 Personen, der Anstieg der Lebenserwartung hat sich damit erneut fortgesetzt und zwar stärker als im Vorjahr. Für 1981 kann die Lebenserwartung bei der Geburt auf 69,2 (Männer) und 76,5 (Frauen) veranschlagt werden, das sind 2,6 bzw. 2,8 Jahre mehr als vor 10 Jahren.

Sterblichkeit und Lebenserwartung

	Sterbefälle	Lebenserwartung in Jahren				Säugl.-sterbeziffer (%)
		Bei der Geburt		Im Alter von 60 Jahren		
		Männl.	Weibl.	Männl.	Weibl.	
1978	94.617	68,52	75,81	15,93	19,99	15,0
1979	92.012	68,86	76,11	16,24	20,39	14,7
1980	92.442	68,97	76,15	16,39	20,41	14,3
1981	92.693	69,18	76,50	16,42	20,49	12,7

Weniger Sterbefälle als prognostiziert
Der steile und bislang ungebrochene Aufwärtstrend der Lebenserwartung, der zu Beginn der 70er Jahre eingesetzt hatte, hat alle Erwartungen übertroffen. So liegen die prognostizierten Gestorbenenzahlen sowohl bei der Bevölkerungsprognose des Österreichischen Statistischen Zentralamtes als auch bei jener der Pensionsprognose des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger für 1981 z.T. deutlich zu hoch.

Etwa 1/3 des Anstiegs der Lebenserwartung bei der Geburt ging in den 70er Jahren auf das Konto des Rückgangs der Säuglingssterblichkeit. Von 1980 auf 1981 verringerte sich die Säuglingssterblichkeit besonders stark (-12 %). Mit 12,7 Promille war sie 1981 nur noch halb so hoch wie 1971. Aber auch die Alterssterblichkeit dürfte sich, wie schon in den letzten Jahren, weiter verringert haben: Die Lebenserwartung der 60jährigen stieg stetig an.

1981 stärkster Rückgang der Säuglingssterblichkeit seit 1975

Für die Analyse der Wanderungsbewegungen muß auf singuläre Quellen zurückgegriffen werden, eine reguläre Wanderungsstatistik existiert in Österreich nicht. Jene der Bundesrepublik Deutschland gibt Auskunft über die Wanderungen zwischen Österreich und der BRD:

Wanderungen 1981

Wanderungen zwischen Österreich und der BRD

	Insgesamt			darunter: Berufstätige		
	BRD nach Österr.	Österr. nach BRD	Saldo für Österr.	BRD nach Österr.	Österr. nach BRD	Saldo für Österr.
1978	16.892	18.433	-1.541	7.590	13.142	-5.552
1979	17.271	24.445	-7.174	7.911	18.527	-10.616
1980	21.135	27.849	-6.714	9.866	21.368	-11.502
1981, 1.-3. Qu.	17.230	19.685	-2.455	7.058	14.253	-7.195
%-Änd. ¹⁾	+9,7	-12,0	-63,1	+0,1	-16,4	-28,0

Quelle: Wanderungsstatistik der BRD

¹⁾ Änderung 1.-3. Qu. 1981 gegenüber 1.-3. Qu. 1980

Die bisher vorliegenden Quartalsergebnisse zeigen einen Anstieg der Zuwanderung (meist Rückwanderung) nach Österreich und eine verringerte Abwanderung in die BRD. Berücksichtigt man eine gewisse Untererfassung der Zuwanderung nach Österreich, so dürfte der Wanderungssaldo 1981 ziemlich ausgeglichen gewesen sein (bei den Berufstätigen aber immer noch negativ),

Keine Wanderungsverluste gegenüber BRD und Schweiz im Jahre 1981

gegenüber einem Wanderungsverlust in den beiden vorangegangenen Jahren. Die seit 1974 meist positive Wanderungsbilanz gegenüber der Schweiz fällt wegen ihrer geringen Größe dagegen kaum ins Gewicht.

1981
Wanderungsverlust gegenüber Jugoslawien

Anhaltspunkte für den Wanderungssaldo gegenüber Jugoslawien und der Türkei bieten die Arbeitsmarktstatistiken. Unter der Annahme, daß sich die Abgänge durch Einbürgerungen und die Zugänge durch Berufseintritte nach Schulabschluß die Waage halten und die Erwerbsquoten sich nicht verändert haben, spiegelt die Bestandsveränderung der Beschäftigten und Arbeitslosen den Wanderungssaldo wider:

Jugoslawische und türkische Arbeitskräfte

Jahresdurchschnitt	Unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose		
	Insgesamt	Jugoslawien	Türkei
1978	152.097	125.200	26.897
1979	145.258	118.100	27.158
1980	146.556	117.873	28.683
1981	145.137	115.131	30.006
Jänner 1981	138.308	110.666	27.642
Jänner 1982	132.822	104.450	28.372

Der Vergleich der Jännerwerte 1981/82 läßt auf einen Abwanderungsüberschuß von jugoslawischen und türkischen Arbeitskräften in der Größenordnung von 5.000-6.000 schließen, zuzüglich etwa 1.000 mitwandernden Familienangehörigen. Die Gliederung nach der Staatsangehörigkeit zeigt, daß nur Jugoslawen davon betroffen waren, die Zahl der Türken hat sich sogar etwas erhöht.

Polenflüchtlinge

Die Wanderungsentwicklung im Jahre 1981 wurde durch die Flüchtlingswelle aus Polen maßgeblich bestimmt. 34.557 Flüchtlinge, darunter 29.091 Polen, haben 1981 in Österreich um Asyl angesucht, dagegen haben

nur 6.909 Flüchtlinge (4.215 Polen) Österreich 1981 mit Hilfe des Intergovernmental Committee for Migration (I.C.M.) wieder verlassen. Allerdings ist bei diesen Zahlen zu berücksichtigen, daß weder die Zuwanderung noch die Abwanderung damit vollständig erfaßt sind. Am 1.1.1982 hielten sich noch 27.492 Flüchtlinge, darunter 23.419 Polen, in staatlich betreuten Lagern, Heimen oder Gasthöfen auf (1.1.1981: 4.701, darunter: 1.137 Polen).

Flüchtlinge

	Zustrom von Flüchtlingen		Auswanderung von Flüchtlingen aus Österreich	
	Insg.	dar.: Polen	Insg.	dar.: Polen
1978	3.412	773	2.071	.
1979	5.627	1.095	2.597	.
1980	9.259	2.181	3.818	773
1981	34.557	29.091	6.909	4.215

Quelle: Zustrom gemäß Bundesministerium für Inneres; Auswanderung gemäß Meldungen des I.C.M.

1981 wurde der jüngste Anstiegstrend der Einbürgerungen gestoppt, die Zahl der Staatsbürgerschaftserwerbungen sank gegenüber 1980 um 7 %. Mit einem Anteil von 20 % sind die Jugoslawen als die größte Ausländergruppe an den Einbürgerungen nur relativ schwach vertreten.

Abnahme der Einbürgerungen gegenüber 1980

Einbürgerungen

	Insgesamt ¹⁾	Darunter: Bisherige Staatsbürgerschaft			
		Deutschland		Jugoslawien	
		Zahl	%	Zahl	%
1978	6.562	2.018	30,8	1.197	18,2
1979	7.333	2.072	28,3	1.405	19,2
1980	8.176	2.077	25,4	1.823	22,3
1981	7.591	1.844	24,3	1.507	19,9

1) Ohne Erklärungen nach § 9 StBG bei österr. Vertretungsbehörden im Ausland, da diese nicht bevölkerungswirksam für Österreich sind.

Zunahme der
Eheschließungen
infolge Alters-
struktureffekt

Der Wiederanstieg der Zahl der Eheschließungen setzte sich auch im Vorjahr fort. Zum Großteil hatte dieser Anstieg eine einfache Ursache: die Zahl junger Frauen war größer geworden. Die - altersstrukturbereinigte - Gesamtheiratsrate ist daher nach wie vor sehr niedrig: für die heute junge Generation kann erwartet werden, daß nur 70 % bis zum Alter von 50 Jahren heiraten werden (um 1960: 92 %), wenn es nicht bald zu einem Nachholen von aufgeschobenen Heiraten kommen sollte. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern sind neben die Institution der Ehe andere Lebensformen wie Lebensgemeinschaften ohne Trauschein und, wenngleich in viel geringerem Maß, das Leben als "Single" als attraktive Alternativen getreten.

Eheschließungen und Ehescheidungen

	Heiraten insges.	Erst- heiraten (Frau war ledig)	Gesamt- Erst- heirats- rate (%)	Ehe- schei- dungen	Gesamt- schei- dungs- rate (%)
1978	44.573	37.890	68,9	12.400	23,6
1979	45.445	38.594	68,9	13.072	25,3
1980	46.435	39.602	69,3	13.327	26,3
1981	47.768	40.572	69,8	13.369	(26,5)

() Geschätzter Wert

Erstmals
Stagnation der
Scheidungen

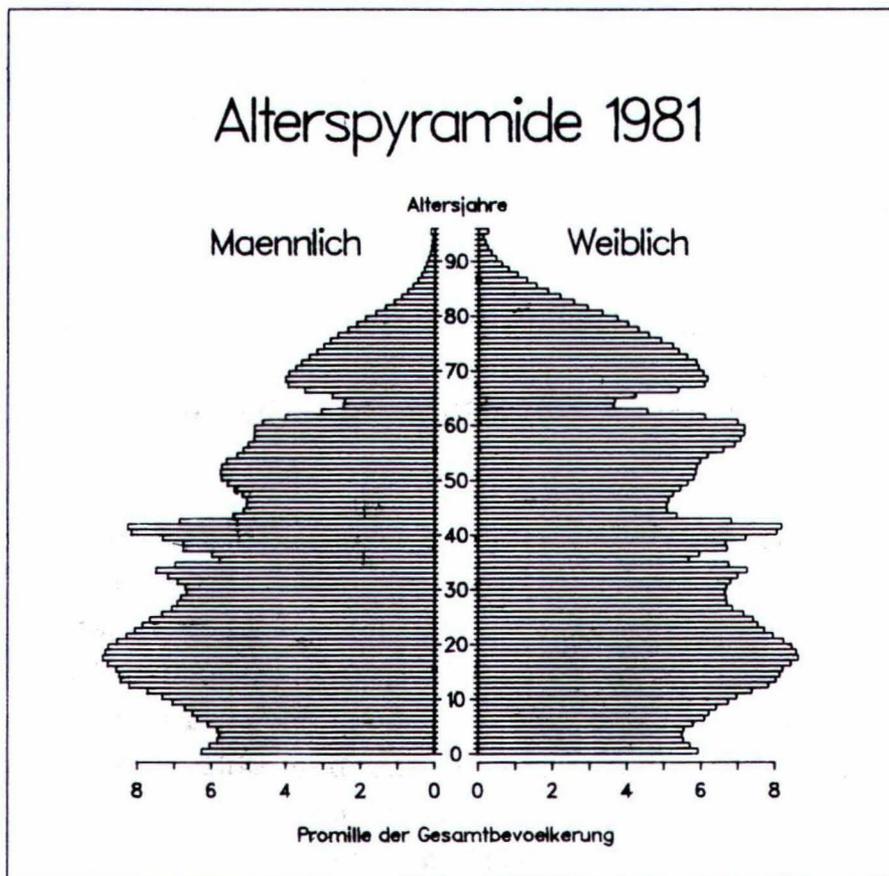
Erstmals seit langer Zeit hat sich der Anstiegstrend der Ehescheidungen im Jahre 1981 entscheidend abgeschwächt. Gegenwärtig endet jede 4. Ehe vor dem Scheidungsrichter (1981: geschätzte 26,5 %).

Änderungen in der Bevölkerungsstruktur

Strukturdaten der Volkszählung 1981 liegen noch nicht vor. Die Veränderungen in der Altersstruktur und in der Familienstandsgliederung werden aber auch durch die bisherige Bevölkerungsfortschreibung hinreichend gut wiedergegeben, wenngleich das Niveau der Bevölkerungszahlen in manchen Altersgruppen etwas zu niedrig ist.

Als Konsequenz des Baby-Booms der 60er Jahre war in den 70er Jahren die Zahl der 15- bis 60jährigen Personen stark gestiegen und hatte in den letzten Jahren zu Unterbringungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt geführt. Der Zuwachs des potentiellen Arbeitsmarktangebotes hielt 1981 weiter an, die Zuwachsraten wurden aber seit 1978 immer schwächer. 1981 betrug der Zuwachs nur noch 26.100, 1980 waren es noch 41.700 gewesen.

1981 Zu-
wachs des
Erwerbs-
potentials
weiter ab-
geschwächt



Bevölkerung nach Alter und Geschlecht (in 1000)

Jahr 1)	Insges.	Unter 15 Jahre	15 bis dar.: unter 15-u. 60 Jahre 20 J.		60 und mehr Jahre	dar.: 75 u. m. J.
			Männlich	weiblich		
Männlich und weiblich						
1978	7.508,4	1.627,3	4.422,0	623,2	1.459,1	428,1
1979	7.503,3	1.581,0	4.481,5	637,6	1.440,8	438,6
1980	7.505,2	1.539,8	4.523,2	646,9	1.442,1	449,8
1981 ⁺	7.507,8	1.505,6	4.549,3	647,5	1.452,9	460,0
Männlich						
1978	3.546,3	832,7	2.166,8	318,5	546,9	138,3
1979	3.546,7	809,3	2.201,0	325,4	536,4	141,8
1980	3.551,0	788,6	2.228,8	329,8	533,7	145,8
1981 ⁺	3.556,0	771,3	2.249,7	330,0	535,0	149,1
Weiblich						
1978	3.962,1	794,7	2.255,2	304,7	912,2	289,8
1979	3.956,6	771,7	2.280,5	312,2	904,4	296,8
1980	3.954,1	751,3	2.294,5	317,1	908,4	304,0
1981 ⁺	3.951,8	734,3	2.299,7	317,5	917,9	310,9

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1971

⁺ Für 1981 geschätzte Zahlen. Volkszählungsergebnisse 1981 nach Alter und Geschlecht liegen noch nicht vor.

1) Jahresdurchschnitt

Weibliches
Erwerbs-
potential
stagniert

Das weibliche Erwerbspotential erhöhte sich nur mehr wenig, der Großteil des Zuwachses entfiel auf die Männer. Die Zahl der 15- bis 20jährigen hatte 1981 bereits zu stagnieren begonnen.

Leichte
Zunahme
der über
60jährigen

Österreich hat gemeinsam mit den beiden deutschen Staaten den höchsten Anteil älterer und alter Menschen unter allen Ländern der Welt (1981: 19,4 % über 60jährige). Nach einem Rückgang um 100.000 Personen zwischen 1974 und 1979 stieg die Zahl der über 60jährigen in den letzten beiden Jahren wieder leicht an. Der mäßige Anstiegstrend wird noch etwa 10 Jahre anhalten. Der Zuwachs 1980/81 entfiel ausschließlich auf die hochbetagte Be-

völkerung im Alter von über 75 Jahren. Diese, zu zwei Drittel von Frauen dominierte Altersgruppe war auch noch nicht vom rückläufigen Trend erfaßt worden, der sich bei der Gesamtzahl der über 60jährigen 1974-79 gezeigt hatte, ein Rückgang wird hier erst mit 15jähriger Verzögerung einsetzen (ab 1990).

Infolge des Geburtenrückganges 1964-78 ist 1981 die Zahl der unter 15jährigen Personen weiter zurückgegangen. Auch diese Entwicklung wird noch einige Jahre andauern, bis sich der gegenwärtige Geburtenanstieg auswirkt.

Rückgang der unter 15-jährigen

Durch diese Altersstrukturveränderungen kam es auch 1981 zu einer weiteren Entlastung der Bevölkerung im Erwerbsalter: Die Kinderbelastungsquote ging zurück, 1981 entfielen nur mehr 331 unter 15jährige auf 1000 15- bis 60jährige (1970 waren es noch 443 gewesen). Die Altenbelastungsquote begann zu stagnieren: 1981 entfielen ebenso wie im Jahr zuvor 319 über 60jährige auf 1000 15- bis 60jährige. Damit ist der Rückgang der Altenbelastungsquote, der seit 1974 zu beobachten war, zum Stillstand gekommen (1974: 367); in den nächsten Jahren wird die Altenbelastungsquote ziemlich unverändert bleiben. Die demographische Gesamtbelastungsquote als Summe von Kinder- und Altenbelastungsquote ging damit weiter zurück:

Rückgang der Gesamtbelastungsquote bei Stagnation der Altenbelastungsquote

Demographische Belastungsquoten

Jahres- durch- schnitt	Auf 1000 15- b.60jährige Personen entfallen Personen im Alter von Jahren:		
	unter 15 =Kinder-BQ	über 60 =Alten-BQ	unter 15 + über 60 =Gesamt-BQ
1978	368	330	698
1979	353	322	674
1980	340	319	659
1981 ⁺	331	319	650

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1971.

⁺ Für 1981 geschätzte Zahlen.

1981 entfielen 650 Kinder (unter 15jährige) und ältere Menschen (über 60jährige) auf 1000 Personen, die sich im Erwerbsalter von 15 bis 60 Jahren befanden. 1970 hatte diese Relation noch 808 : 1000 betragen.

Schwankungen der demographischen Belastungsquoten drücken sich nur vermittelt in Veränderungen des Verhältnisses Nichtberufstätige zu Berufstätige aus, da nicht jeder 15- bis 60jährige berufstätig und nicht jeder Ältere nicht mehr berufstätig ist.

Erwerbsquoten

Berufstätige = Selbständige einschl. Mithelfende, unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose.

Jahres- durch- schnitt	Berufs- tätige insges.	Ände- rung 1)	Er- werbs- quote %	Unselbst. Berufs- tätige 2)	Ände- rung 1)	Uns. Berufs- tätige in % d. Bevölk.
	in 1000			in 1000		
1978	3.316,8	+15,5	44,2	2.816,3	+28,0	37,5
1979	3.321,6	+4,8	44,3	2.830,4	+14,1	37,7
1980	3.326,1	+4,5	44,3	2.841,9	+11,5	37,9
1981	3.344,8	+18,7	44,6 ⁺	2.867,9	+26,0	38,2 ⁺

Quelle: Berufstätige lt. WIFO, Bevölkerung lt. Bevölkerungsfortschreibung

- 1) Gegenüber dem Vorjahr.
 2) Einschl. Arbeitslose.
 + Bei Bezug auf die Bevölkerung laut Volkszählung 1981: 44,3 bzw. 38,0 %.

1981 deutlicher Anstieg der Erwerbsquote trotz rückläufiger Erwerbsneigung

1981 gab es 18.700 Berufstätige mehr als im Jahr zuvor. Ihre Zahl hat sich damit stärker als in den vorangegangenen Jahren erhöht. Bei nahezu konstanter Bevölkerungszahl bedeutet dies einen weiteren Anstieg der Erwerbsquote (Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung). Besonders stark gestiegen ist die Zahl der unselbständig Berufstätigen, während der Rückgang der Selbständigen und der mithelfenden Fami-

Altersspezifische Unselbständigen-Erwerbsquoten

Alter 1)	Unselbständig Berufstätige (Beschäftigte ²⁾ u. Arbeitslose) in % der Bevölkerung, per 31.7. Ohne pragmatisierte Bedienstete Inkl. pragm. Bedienst. 3)				
	1978	1979	1980	1981	1981
Männer					
16-19	66,0	65,5	66,1	64,9	65,2
20-29	73,0	72,2	71,7	72,1	77,2
30-39	73,5	72,4	72,1	71,5	83,1
40-49	68,5	68,9	69,0	68,8	81,8
50-59	57,4	57,1	57,0	56,7	68,1
60-64	16,3	17,2	16,7	14,9	18,0
65+	2,4	2,2	2,0	1,7	2,2
Frauen					
16-19	58,4	59,1	59,1	58,6	58,9
20-29	57,1	57,7	58,6	59,4	64,7
30-39	44,5	44,6	45,4	45,8	52,1
40-49	39,4	40,6	41,8	43,0	47,6
50-59	32,3	31,1	30,1	29,3	32,8
60-64	6,9	7,4	7,5	6,8	7,9
65+	1,1	1,0	0,9	0,8	0,8

Quelle: Beschäftigte sowie Mehrfach-Beschäftigte lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitslose lt. BM für Soziale Verwaltung; Bevölkerung lt. Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der VZ 1971.

- 1) Alter, das im Laufe des Kalenderjahres vollendet wird.
- 2) Um mehrfache Beschäftigungsverhältnisse von Personen bereinigt, soweit es sich nicht um pragmatisierte Bedienstete handelt.
- 3) Einschließlich aller Krankenfürsorgeanstalten-Mitglieder.

lienangehörigen weiter anhielt. Bemerkenswerterweise ereignete sich dieser Anstieg, obwohl die "Erwerbsneigung" insgesamt weiter zurückgegangen war: in summa waren die altersspezifischen Erwerbsquoten niedriger als im Jahr zuvor, der Anstieg der weiblichen Erwerbsquoten im Haupterwerbsalter konnte den in fast allen Altern beobachtbaren Rückgang der männlichen Erwerbs-

quoten nicht ausgleichen. Bei den weiblichen Erwerbsquoten hatte sich 1981 auch der Rückgang im unteren und oberen Randalter der Erwerbstätigkeit fortgesetzt.¹⁾

Zunahme der Berufstätigen war 1981 ausschließlich demographisch bedingt

Die Zunahme der Zahl der Berufstätigen war somit ausschließlich auf einen Struktureffekt zurückzuführen, nämlich auf die geänderte Alters- und Geschlechtszusammensetzung der Bevölkerung. Wäre die Erwerbsneigung nicht zurückgegangen, so wäre die Zahl der Berufstätigen noch weit stärker gestiegen, als es tatsächlich der Fall war.

"Nur"-Hausfrauen und sonstige Erhaltene rückläufig, geringe Zunahme der Pensionisten

Die Ergebnisse des Mikrozensus demonstrieren, in welcher Form die Altersstrukturverschiebungen und die veränderte Erwerbsneigung den Rückgang des nicht berufstätigen Teils der Bevölkerung bewirkten: 1981 ging die Zahl der "Nur"-Hausfrauen und der sonstigen, von Anderen erhaltenen Personen weiterhin stark zurück, während die Zahl der Pensionisten dank einer Zunahme der weiblichen Pensionisten etwas höher war als im Jahr zuvor.

Nichtberufstätige: Pensionisten und erhaltene Personen
(in 1.000)

	Pensionisten zusammen	dar.: Frauen	"Nur"- Haus- frauen	Sonstige erhaltene Personen	Nichtbe- rufstätige insgesamt
1978	1.392,4	818,1	964,8	2.072,5	4.429,6
1979	1.389,8	813,0	959,1	2.038,9	4.387,8
1980	1.411,7	832,1	953,4	2.013,3	4.377,3
1981	1.413,0	838,8	928,3	1.993,5	4.337,2

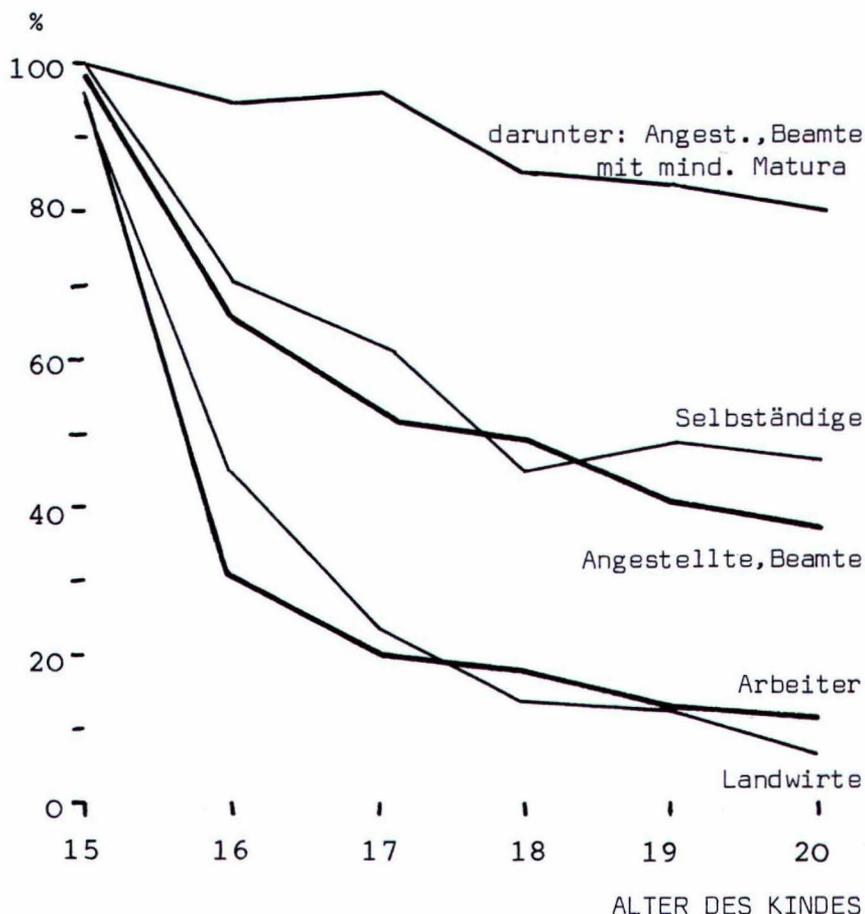
Quelle: Mikrozensus (Jahresdurchschnitt)

1) Trends der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten können nur für Unselbständige ohne Beamte zahlenmäßig belegt werden, Erwerbsquoten für alle Unselbständigen liegen nur für 1981 vor. Zwar hat die Zahl der Beamten etwas zugenommen, andererseits hat die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden stärker abgenommen, so daß die vorliegenden Erwerbsquoten den Gesamttrend gut wiedergeben dürften.

Die Zahl der Pensionisten laut Mikrozensus deckt sich nicht mit der vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger veröffentlichten Zahl von Pensionsbeziehern. Sie umfaßt auch Personen, welche vom Vermögen leben sowie pensionierte Beamte. Gegenwärtig beinhaltet die Hauptverbandsstatistik bei der Zahl der Pensionsbezieher zudem noch nicht die Pensionisten der gewerblichen Selbständigen-Versicherung (GSVG). Auch nach dieser Statistik stieg die Zahl der Pensionisten 1981 weiter an, u. zw. in viel stärkerem Maße als bei den Pensionisten gemäß Mikrozensus.

Die Schaffung einer laufenden Familienstatistik im Mikrozensus ermöglichte 1981 eine Analyse der schichtspezifischen Inanspruchnahme weiterführender Ausbildungsinstitutionen. Die Abbildung zeigt niedrige Schulbesuchs-

SCHULBESUCHSQUOTEN von in Familien lebenden Kindern
nach der sozialen Stellung des Familienvorstandes



Quelle: Mikrozensus September 1981

Anm.: %-Anteil von Personen, die im Alter von 15,16,...,20 Jahren noch als Kind im elterl. Familienverband leben: 98 %, 97 %, 94 %, 91 %, 85 % und 76 %.

Majorität der Arbeiterkinder sofort nach Pflichtschule berufstätig; Majorität der Angestelltenkinder mit 18 noch Schüler

häufigkeiten bei Arbeiter- und Bauernkindern, wo etwa im Alter von 17 Jahren bereits 75 bis 80 % keine Schule mehr besuchen und schon berufstätig sind. Kinder von Angestellten/Beamten und von Selbständigen (außerhalb der Landwirtschaft) gehen in weit höherem Maß in diesem Alter noch zur Schule: bei den 17jährigen sind mit Anteilen von 53 bzw. 62 % die Schüler noch in der Überzahl. Die gleichaltrigen Kinder von Angestellten/Beamten mit Matura oder Hochschulabschluß gehen sogar zu 96% noch zur Schule, dieser Anteil sinkt bis zum Alter von 20 Jahren nur auf 81% ab.

Allerdings dürften durch die Tatsache, daß schichtspezifische Schulbesuchsquoten nur für Kinder ermittelt werden können, die noch im elterlichen Haushalt leben, und nicht für die bereits weggezogenen Kinder, ab dem Alter von etwa 18,19 Jahren die Schulbesuchsquoten insgesamt etwas überschätzt werden. Die schichtspezifischen Unterschiede würden in diesem Fall aber unterschätzt werden, und wären in Wirklichkeit noch größer, als sie die Abbildung ausweist.

Familienstandsgliederung der 15- und mehrjährigen Bevölkerung (in 1.000)

	Ins- gesamt	Ledige	Verhei- ratete	Geschie- dene	Verwitwete zus. Witwer	Witwen	
1977	5.845	1.532	3.418	223	671	96	575
1978	5.881	1.574	3.407	231	669	96	573
1979	5.922	1.619	3.398	239	667	95	572
1980	5.965	1.661	3.392	248	664	94	570

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der VZ 1971

Weiterhin leichter Rückgang der Zahl der Witwer und Witwen

Die Familienstandsgliederung der Bevölkerung für 1981 liegt noch nicht vor. 1980 setzten sich die bisherigen Tendenzen fort: Die Zahl der über 15jährigen Ledigen und jene der Geschiedenen stieg kräftig an, jene der Verheirateten und Verwitweten ging leicht zurück. 1980 waren 95% der Verwitweten über 50 und 83% über 60 Jahre alt. Auf einen Witwer entfielen sechs Witwen.

Familien und Haushalte

Im September 1981 zählte der Mikrozensus 1,979.000 Familien, d.h. in einem Haushalt zusammenlebende Ehepaare mit oder ohne Kinder sowie Elternteile mit ihren Kindern. Ein Drittel aller Familien bestand aus einem - zumeist älteren - Ehepaar ohne Kind(er) im Haushalt, etwas mehr als die Hälfte der Familien bestand aus einem Ehepaar mit Kind(ern). Bei den Ehepaaren sind auch deklarierte Lebensgemeinschaften mitinbegriffen. 235.000 Familien setzen sich nur aus einem Elternteil mit Kind bzw. Kindern zusammen, größtenteils handelt es sich bei dem Elternteil um die Mutter. Ein Viertel dieser Mütter sind noch ledig (45.000). Entwicklungstrends dieser Familientypen können gegenwärtig nicht angegeben werden, da Mikrozensus-Vergleichszahlen vorerst noch fehlen, und die Volkszählung 1971 aus erhebungstechnischen Gründen diesbezüglich nicht geeignet erscheint.

1981 fast
2 Mill.
Familien,
darunter
235.000
allein-
stehende
Elternteile
mit Kind

Familien 1981

Familien insgesamt	1,979.000
Familien mit Kind(ern) zusammen	1,350.000
Beide Eltern vorhanden	1,115.000
Nur ein Elternteil vorhanden, zus.	235.000
Vater	31.000
Mutter, zusammen	203.000
nicht-ledige Mutter	158.000
ledige Mutter	45.000
Ehepaare ohne Kinder	629.000

Quelle: Mikrozensus September 1981

Privathaushalte

	Insgesamt	Bestehend aus:	
		1 Person	Mehreren Personen
1978	2,652.100	689.200	1,962.900
1979	2,658.200	685.900	1,972.300
1980	2,668.500	695.000	1,973.300
1981	2,675.900	699.000	1,976.900

Quelle: Mikrozensus (Jahresdurchschnitt)

1981 rund
2,680.000
Haushalte;
Trend zur
verstärkten
Haushalts-
bildung

Die Zahl der Privathaushalte hat sich 1981 weiter erhöht, und zwar gleichermaßen infolge der Zunahme der Einpersonenhaushalte und der Mehrpersonenhaushalte. Damit hat sich die langfristige Tendenz zur verstärkten Haushaltsbildung und zu kleineren Haushaltsgrößen fortgesetzt, das Zusammenleben mehrerer Generationen in einem Haushalt und die Existenz familienfremder Haushaltsmitglieder wird zunehmend seltener. Bei der Volkszählung 1971 wurden 2.800 Anstaltshaushalte gezählt, größenordnungsmäßig dürfte diese Zahl auch heute noch Gültigkeit haben.

KONJUNKTUR UND ARBEITSMARKT 1981
=====Wirtschaftsentwicklung 1981

Der im Frühjahr 1980 einsetzende Konjunkturabschwung erreichte im 1. Quartal des Jahres 1981 einen Tiefpunkt.

Die darauf einsetzende leichte Konjunkturbelebung des 2. Quartals 1981 wurde von einer neuerlichen Stagnation des wirtschaftlichen Niveaus - vergleichbar mit der gesamtwirtschaftlichen Aktivität des Jahres 1980 - abgelöst.

Damit zeichnet sich gegenüber der Rezession des Jahres 1975 insofern ein abweichender Verlauf ab, als im Gegensatz zu den steilen Ab- und Aufschwüngen des Jahres 1975 mit dem Beginn der Rezession im Frühjahr 1980 ein kontinuierlicher Abstieg auf das gegenwärtige Rezessionsniveau zu verzeichnen war, auf dem die Wirtschaft länger als dies in früheren Rezessionen der Fall war verharrete.

kontinuierlicher Konjunkturabschwung seit 1980

Im Vergleich mit der OECD war die Entwicklung des Brutto-Inlandprodukts (BIP) in Österreich mit einem Anstieg von + 0,1 Prozent gegenüber dem Jahr 1980 etwas ungünstiger, aber besser als in den europäischen OECD-Ländern (-0,5 Prozent).

Entwicklung des BIP: günstiger als in europ. OECD-Ländern

Wachstum des realen Bruttonationalprodukts im OECD-Bereich

	Anteil an OECD gesamt i.J. 1980 i n	Veränderung Ø 1969/1979 P r o z e n t	Veränderung 1979 1980	Veränderung 1980 1981
USA	34,6	3,0	-0,2	1,75
Japan	13,7	5,4	4,2	3,75
BRD	10,8	3,2	1,8	-1,0
Österreich	1,0	4,1	3,1	0,0
OECD Europa	46,3	3,3	1,4	-0,25
OECD Gesamt	-	3,3	-0,8	0,75

Quelle: OECD ECONOMIC OUTLOOK. NR. 30.
Paris, Dezember 1981.

Entstehung des Bruttoinlandsproduktes in Österreich

	1980 Zu Preisen 1976	1981 in Mrd. S	Ø	I.Qu.81 in Reale Veränderung	II.Qu.81 in Prozent gegen das Vorjahr	III.Qu.81	IV.Qu.81
Land- und Forstwirtschaft	39,8	38,3	-3,8	-4,0	+1,8	-5,7	-5,2
Bergbau	4,1	4,0	-1,4	-2,0	-4,1	+3,5	-2,9
Sachgüterproduktion	247,3	245,1	-0,9	-3,3	+0,6	+0,9	-1,7
davon Industrie	187,2	184,9	-1,2	-4,0	+0,5	+0,8	-2,1
Gewerbe	60,1	60,2	+0,2	-1,0	+1,0	+1,0	-0,4
Energie- und Wasserversorgung	26,8	27,2	+1,7	+1,2	-0,3	-0,6	+6,0
Bauwesen	61,4	60,1	-2,1	-4,0	+1,0	-3,0	-2,9
Handel (1)	134,1	135,3	+0,9	+0,4	+2,4	+1,5	-0,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	50,1	50,2	+0,2	-0,8	+0,4	0,0	+1,1
Vermögensverwaltung (2)	92,7	95,9	+3,4	+3,3	+3,5	+3,5	+3,3
Sonstige private Dienste (3)	30,7	31,7	+3,0	+3,0	+3,6	+3,5	+2,1
Öffentlicher Dienst	104,6	106,7	+2,0	+1,3	+2,1	+2,4	+2,2

(1) Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen

(2) Banken und Versicherungen, Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste

(3) Sonstige Dienste, private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste

Fortsetzung der Tabelle auf der folgenden Seite

Entstehung des Bruttoinlandsproduktes in Österreich (Teil II)

	1980 Zu Preisen 1976 in Mrd.S	1981 Ø	I.Qu.81 in Reale Veränderung	II.Qu.81 Prozent gegen das Vorjahr	III.Qu.81	IV.Qu.81	
Rohwertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	791,6	794,5	+0,4	-0,7	+1,6	+0,8	-0,2
Minus imputierte Bankdienstleistungen	-39,8	-41,4	+4,0				
Importabgaben und Mehrwertsteuer	70,4	70,1	-0,5				
Bruttoinlandsprodukt	822,2	823,2	+0,1	-1,0	+1,4	+0,4	-0,4

Quelle: Wirtschaftsforschungsinstitut. Monatsberichte 3/1982/Seite 149.

Rate der Arbeitslosigkeit (Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes)

	Ø1978	Ø1979	Ø1980	XI/1980	XII/1980	Ø1981	XI/1981	XII/1981
Österreich	2,1	2,0	1,9	2,3	2,9	2,4	3,2	4,1
Belgien	10,5	10,9	11,8	13,3	13,7	14,3	15,0	15,4
BRD	4,3	3,8	3,8	4,2	4,8	5,6	6,4	7,3
Großbritannien	5,7	5,4	6,8	8,4	8,8	10,5	11,4	11,5
Italien	7,2	7,7	7,6
Norwegen	1,3	1,4	1,3	1,5	1,8	1,7	1,7	2,1
Schweden	2,2	2,1	2,0	2,3	2,0	2,5	3,0	2,9
Japan	2,2	2,1	2,0	2,1	2,1	2,2	2,1	2,2
USA	6,0	5,8	7,1	7,1	6,9	7,6	7,9	8,3

Quelle: Statistische Nachrichten. Heft 3/1982/Seite 26 und eigene Berechnungen.

Hochzinspolitik:
Erschwerung bei
Investitions-
tätigkeit

Die wirtschaftliche Entwicklung war in Österreich von der im Ausland anhaltenden restriktiven Wirtschaftspolitik wesentlich beeinflusst. Als Folge der Hochzinspolitik der USA hielten es die europäischen Länder und auch Österreich für nötig, zur Vermeidung von Kapitalabflüssen ihr Zinsniveau anzuheben.

Investitions-
entwicklung

Dieser Anstieg des Zinsniveaus in Österreich belastete die Binnenwirtschaft durch die Erschwerung der Investitionstätigkeit und die Beeinträchtigung der Konsumnachfrage erheblich. So nahmen im Jahresdurchschnitt 1981 die Brutto-Anlageinvestitionen real um 1,5 Prozent ab, wobei sich insbesondere die Bauinvestitionen ungünstig entwickelten. Relativ günstig entwickelten sich die Ausrüstungsinvestitionen, und dabei besonders die Industrieinvestitionen, deren Hauptmotiv (nach der Investitionserhebung des Wirtschaftsforschungsinstituts) allerdings im Bereich von Rationalisierungsmaßnahmen und nicht in der Erweiterung von Kapazitäten gelegen war.

Handelsbilanz

Mit der konjunkturbedingten schwachen Inlandnachfrage sind 1981 auch die Importe deutlich zurückgegangen, was in Verbindung mit einem Anstieg der Exportnachfrage zu einer Verbesserung der Handelsbilanz führte.

Die im Jahr 1981 mit 6,8 Prozent um 0,4 Prozent gestiegene Inflationsrate beeinflusste die Lohnbewegung. Trotz des Versuchs der Fortsetzung einer zurückhaltenden Lohnpolitik stieg die gesamtwirtschaftliche Lohnquote im Vergleich zu 1980 um 1,8 Prozent auf 74,4 Prozent im Jahr 1981. Diese Lohnbewegungen führten zu einem Anstieg der Lohnstückkosten, dessen Steigerungsrate allerdings immer noch deutlich unter der der meisten Handelspartner, mit Ausnahme der BRD, lag.

Gegenüber der BRD mußte Österreich eine Wettbewerbsverschlechterung hinnehmen. Das Leistungsvolumen des Dienstleistungssektors wuchs um etwa 2,5 Prozent und hatte damit im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 1981 eine um 0,5 Prozent verringerte Wachstumsrate.

Lohnquote 1981
um 1,8 % ge-
stiegen

Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes

Wachstum des
Arbeitskräfte-
angebotes 1981:
26.000 Personen

Das Wachstum des Arbeitskräfteangebotes betrug im Jahre 1981 26.000 Personen. Dieses Wachstum ist durch die Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, durch die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung, durch die Anzahl der Zugänge aus der selbständigen in die unselbständige Erwerbstätigkeit und durch Wanderungsbewegungen bestimmt.

Zunahme der
erwerbsfähigen
Bevölkerung:
36.000

Die Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung (Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bei Männern und von 15 bis unter 60 Jahren bei Frauen) betrug im Jahre 1981 rund 37.600 Personen, davon rund 32.400 Männer und 5.200 Frauen. (1) Wie bereits auch im Jahre 1980 war die Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Männern stärker als bei den Frauen.

Der Zuwachs an unselbständig Beschäftigten geht hingegen auf eine stärkere Zunahme der Frauenbeschäftigung zurück.

geringer Ab-
gang aus selbst.
Erwerbstätig-
keit

Der Abgang aus der selbständigen Erwerbstätigkeit war im Jahre 1981 relativ schwach. Die Zahl der selbständig Erwerbstätigen betrug in der Land- und Forstwirtschaft im Jahresdurchschnitt 252.900 Personen (-4.600 gegenüber 1980) und in der gewerblichen Wirtschaft 224.000 Personen (-2.700 gegenüber 1980).

(1) Quelle: Prognose des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, zit. nach Arbeitsmarktvorschau 1982 des Wirtschaftsforschungsinstituts, Seite 35.

Damit verstetigte sich der verlangsamte Rückgang der selbständigen Erwerbstätigkeit, der bereits 1980 weit unter den Werten der ersten Hälfte der 70er Jahre geblieben war.

Die Nettorückwanderung von österreichischen Arbeitskräften aus dem Ausland ließ das Angebot weitersteigen. Waren 1980 noch rund 4.400 Arbeitskräfte in die Schweiz und in die BRD ausgewandert, so kam es 1981 zu einer Rückwanderung von 5.300 Arbeitskräften.

Die Zahl der in Österreich lebenden ausländischen Arbeitskräfte nahm 1981 geringfügig ab (- 600 Personen gegenüber einer Zunahme von 3.200 im Jahr 1980).

Die Zahl der arbeitslosen Ausländer stieg von 3.683 im Jahr 1980 auf 6.056 Personen im Jahr 1981.

Quellen zu den Tabellen Seiten 7 und 8:

Bundesministerium für soziale Verwaltung;
Jährliche Arbeitsmarktvorschauen des
Instituts für Wirtschaftsforschung.

Arbeitskräftepotential, Beschäftigte und

	Arbeitslose (in Tausend)				(Veränderung in Tausend)		
	1978	1979	1980	1981	1979/78	1980/79	1981/80
Arbeitskräfte potential	2.816,3	2.830,4	2.841,9	2.867,9	+ 14,1	+ 11,5	+ 26,0
Beschäftigte	2.757,7	2.773,7	2.788,7	2.798,6	+ 16,0	+ 15,0	+ 9,9
Arbeitslose	58,6	56,7	53,2	69,3	- 1,9	- 3,5	+ 16,1
Arbeitslosenrate	2,1	2,0	1,9	2,4			

Unselbständig Beschäftigte
(Jahresdurchschnitt in 1.000)

	männlich	Veränderung zu Vorjahr in %	weiblich	Veränderung zu Vorjahr in %	gesamt	Veränderung zu Vorjahr in %
1976	1.632,5		1.053,4		2.685,9	+ 1,1
1977	1.658,3		1.078,9		2.737,1	+ 1,9
1978	1.663,9		1.093,9		2.757,7	+ 0,8
1979	1.670,2	+ 0,4	1.103,5	+ 0,9	2.773,7	+ 0,6
1980	1.672,1	+ 0,1	1.116,6	+ 1,2	2.788,7	+ 0,5
1981	1.673,2	+ 0,06	1.125,4	+ 0,8	2.798,6	+ 0,4

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung und Wirtschaftsforschungsinstitut.

Entwicklung der Selbständigen

	Landwirtschaft		Gewerbe	
	absolut	Veränderung	absolut	Veränderung
1978	271.200	- 10.400	229.300	- 2.100
1979	263.000	- 8.200	228.200	- 1.100
1980	257.500	- 5.500	226.700	- 1.500
1981	252.900	- 4.600	224.000	- 2.700

Österreichische Arbeitskräfte in der BRD und in der Schweiz

	BRD	Schweiz	Zusammen	Veränderung gegen- über dem Vorjahr
1970	77.344	19.920	97.264	+ 14.265
1974	96.000	15.121	111.121	- 6.253
1978	75.245	9.669	84.914	+ 391
1979	83.698	9.657	93.355	+ 8.441
1980	87.212	10.547	97.763	+ 4.398
1981	80.612	10.866	91.478	- 6.275

Ausländische Arbeitskräfte

	Beschäftigte	Arbeitslose	Veränderung Beschäftigte	Veränderung Arbeitslose
1978	176.709	5.534	- 12.200	+ 1.993
1979	170.592	4.621	+ 6.117	- 912
1980	174.712	3.683	+ 4.120	- 983
1981	171.800	6.056	- 2.900	+ 2.400

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung und Wirtschaftsforschungsinstitut.

Beschäftigungsentwicklung 1981

Im Zuge der im Frühjahr 1980 einsetzenden Rezession reagierten die Betriebe mit einer abwartenden Personalpolitik, sodaß es zu einer Abkoppelung des Arbeitsmarktes von den stagnierenden Gütermärkten kam.

So verlangsamte sich zwar der Trend der Beschäftigungszunahme von bisher etwa 2.000 Beschäftigten pro Monat auf die Hälfte, die Vollbeschäftigung schien jedoch nicht in Gefahr.

Reduktion des Stellenangebots durch Konjunkturabschwung

Mit dem Ausbleiben des üblicherweise nach 4 bis 5 Quartalen einsetzenden Aufschwungs setzte ab dem 2. Quartal 1981 allerdings eine Anpassung des Beschäftigtenstandes an das wirtschaftliche Niveau ein, was zu deutlichen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führte. Entsprechend der Anpassung der Beschäftigung kam es zu einer starken Reduktion des Stellenangebots.

1981: 0,4 %
Wachstum der Zahl der unselbständig Beschäftigten

Trotz dieser ungünstigen wirtschaftlichen Situation stieg in Österreich im Jahresdurchschnitt 1981 der Stand an unselbständig Beschäftigten noch um 0,4 Prozent, woraus sich ein durchschnittlicher Beschäftigtenstand von 2.798.600 Personen ergab.

Mit einer zeitlichen Verzögerung von rund 4 Quartalen reagierte die Beschäftigung deutlich auf die Stagnation der österreichischen Wirtschaft. Der quartalsweise Vergleich des Jahres 1981 mit dem Jahr 1980 zeigt deutlich die abnehmende Rate des Beschäftigungszuwachses und damit im Zusammenhang einen starken Anstieg des Standes an Arbeitslosen mit einer ausgeprägten Reduktion des Standes an offenen Stellen.

Anstieg der Arbeitslosigkeit
Rückgang der Zahl der offenen Stellen

Der saisonbereinigte Beschäftigtenindex lag im 2. Halbjahr 1981 unter dem Index des Vergleichszeitraumes 1980.

Im Jahresdurchschnitt waren 1981 69.295 Personen arbeitslos gemeldet, somit um 16.134 Personen bzw. um 23 Prozent mehr als im Jahr 1980. Das Stellenangebot verringerte sich um 11.150 Stellen auf 25.320; dies entspricht einer Abnahme um 30,6 Prozent.

Jahresdurchschnitt
1981: 69.295 Personen arbeitslos;
23 % mehr arbeitslos als 1980
30,6 % Stellen weniger

Die Arbeitslosenrate, die in der ersten Hälfte des Jahres 1981 zwischen 1,8 und 2,2 Prozent schwankte, stieg in der 2. Jahreshälfte sprunghaft auf 3,0 Prozent.

Der Arbeitsmarkt 1981							
	Unselbständig Beschäftigte			Saisonberein. Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Beschäftig- tenindex Ø1956 = 100	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1977	2,737.100	+ 51.300	128,1	51.200	- 4.100	32.100	+ 2.800
Ø 1978	2,757.700	+ 30.600	129,0	58.600	+ 7.400	29.400	- 2.700
Ø 1979	2,773.700	+ 16.000	129,8	56.700	- 1.900	31.400	+ 2.000
Ø 1980	2,788.700	+ 15.000	130,5	53,200	- 3.600	36.500	+ 5.100
Ø 1981	2,798.600	+ 9.800	131,0	69.300	+16.100	25.300	-11.200
1981:Ø I. Qu.	2,758.800	+ 18.300	131,1	91.400	+14.300	27.300	- 7.600
Ø II. Qu.	2,791.900	+ 18.800	131,2	47.600	+ 9.100	33.800	-11.100
Ø III.Qu.	2,847.000	+ 10.200	131,2	43.400	+12.400	23.500	-12.800
Ø IV. Qu.	2,796.500	- 8.000	130,4	94.700	+28.700	16.700	-13.100

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesministerium für soziale Verwaltung

Die Komponenten der Arbeitsmarktveränderungen

	1978	1979	1980	1981
	absolute Veränderung gegen das Vorjahr			
Inländische Erwerbspersonen	+ 26.100	+ 34.400	+ 9.800	+ 14.000 ^{*)}
Ausländische Erwerbspersonen	- 10.200	- 7.000	+ 3.200	- 500
Österreichische Arbeitskräfte im Ausland ^{**)}	- 400	- 8.400	- 4.400	+ 5.300 ^{*)}
Gesamtangebot im Inland	+ 15.500	+ 19.000 ^{***)}	+ 8.600 ^{***)}	+ 18.700 ^{*)}
Selbständige Beschäftigte	12.500	- 9.300	- 7.000	- 7.300 ^{*)}
Landwirtschaft	- 10.400	- 8.200	- 5.500	- 4.600
Nichtlandwirtschaft	- 2.100	- 1.100	- 1.500	- 2.700 ^{*)}
Angebot an Unselbständigen	+ 28.000	+ 28.300 ^{***)}	+ 15.600 ^{***)}	+ 26.000
Unselbständig Beschäftigte	+ 20.600	+ 30.200 ^{***)}	+ 19.200 ^{***)}	+ 9.800
Arbeitslose	+ 7.400	- 1.900	- 3.600	+ 16.100
Inländer	+ 5.400	- 900	- 2.600	+ 13.800
Ausländer	- 2.000	- 900	- 900	+ 2.400

^{*)} Vorläufige Zahl

^{**)} BRD und Schweiz

^{***)} An Hand bereinigter Zahlen berechnet

Quelle: Wirtschaftsforschungsinstitut. Monatsberichte 3/1982/Seite 202

Arbeitslosen-
rate
Ø 1981 2,4 %

Die Durchschnittsrate der Arbeitslosigkeit des Jahres 1981 von 2,4 Prozent spiegelt nur unzureichend den Anpassungschock ab Mitte des Jahres und die Trendumkehr in der Beschäftigungslage.

Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenrate
Männer: 1,6 %
Frauen: 2,7 %

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit stieg 1981 gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Viertel, wobei die Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Männern deutlicher ausgeprägt war als bei den Frauen. 1981 betrug die Arbeitslosenrate der Männer 1,6 und die der Frauen 2,7 Prozent bei einer allgemeinen Rate von 2,4 Prozent. Im Vergleich zu 1976 bedeutet diese Veränderung in den Raten eine stärkere Betroffenheit der beschäftigten Männer und eine entsprechende Veränderung der Arbeitslosenrate.

1981 wurden 471.215 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen, um 94.043 Personen mehr als 1980, wobei wieder die Männer mit

einer Zunahme von 66.750 von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen ein deutliches Übergewicht hatten, die Beschäftigung der Frauen demgegenüber viel stabiler verlief.

Zugleich mit dem Zuwachs an arbeitslosen Personen erhöhte sich die Dauer der Vormerkung auf 55,9 Tage, was zu einem Trendbruch in der seit 1975 kontinuierlich gesunkenen Vormerkdauer führt.

Dauer der Vormerkung gestiegen

Umgekehrt kam es in Verbindung mit der massiven Abnahme des Durchschnittsbestandes an offenen Stellen zu einer deutlichen Verkürzung der Laufzeit der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen.

Die Arbeitslosigkeit nahm 1981 gegenüber 1980 für alle Altersgruppen sowohl bei den Männern und bei den Frauen zu; diese Zunahme war besonders bedeutsam bei der Altersgruppe der 20 bis 40-jährigen und da sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen.

Zunahme der Arbeitslosigkeit für alle Altersstufen

Verringert hat sich 1981 gegenüber 1980 auch der Anteil der **bedingt** vermittlungsgerechten Arbeitslosen an der Anzahl aller Arbeitslosen (Stand jeweils Feber und August 1980/81), obwohl deren Zahl absolut zugenommen hat. Diese Relationsverschiebung muß auf den überproportionalen Anstieg der Gesamtzahl der Arbeitslosen zurückgeführt werden und darf

nicht dazu führen, die Gefahr des Aufbaus einer größeren Dauerarbeitslosigkeit zu unterschätzen, immerhin ist die Zahl der 6- 12 Monate Arbeitslosen vom August 1980 bis August 1981 um mehr als 30 % gestiegen.

Jugendliche:
niedrigste
Arbeitslosen-
rate

Auch 1981 wiesen die Jugendlichen wie schon 1980 die niedrigste Arbeitslosenrate auf. Dennoch kam es 1981 zu einer Verschlechterung, als im Vergleich zu 1980 die Anzahl der vorge-merkten arbeitslosen jugendlichen Männer von 558 auf 1.013, die der Frauen von 1.444 auf 1.899 Personen zunahm. Die entsprechenden Raten bleiben mit 0,6 bzw. 1,2 Prozent deutlich unter den Arbeitslosenraten der Erwachsenen. Erwähnt sollen auch die starken Steigerungen der Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 20- 30-jähri-gen werden, die Probleme bei der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt anzeigen könnten.

Lehrlingsstand:
geringfügige
Abnahme

Der Lehrlingsstand nahm mit 189.000 gegenüber 193.459 im Jahr 1980 etwas ab, wobei Ende Dezember 1981 insgesamt noch 2.141 Personen als Lehrstellensuchende gemeldet waren. Von seiten der Bevölkerungsentwicklung wird der Jugendarbeitsmarkt eher entlastet, wobei auch bei der für die Lehrstelleneintritte relevanten Zahl der Schulabgänger mit einem Sinken zu rechnen ist.

Altersgliederung der Beschäftigten und Arbeitslosen
nach Männern (M) und Frauen (F)

	Unselbständig Beschäftigte (1)				Arbeitslose (2)				Rate			
	Juli 1980		Juli 1981		August 1980		August 1981		1980		1981	
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
bis 20	181.730	154.000	220.043	194.990	558	1.444	1.013	1.899	0,3	0,9	0,4	0,9
20 - 29	420.880	331.926	389.180	298.234	2.482	5.590	4.903	7.378	0,6	1,7	1,2	2,4
30 - 39	410.156	247.559	403.432	246.486	2.603	5.210	4.567	6.183	0,6	2,1	1,1	2,4
40 - 49	347.819	195.516	357.331	206.638	2.163	3.479	3.702	4.612	0,6	1,7	1,0	2,1
50 - 59	262.422	160.239	260.736	151.268	2.847	2.734	3.503	2.926	1,1	1,7	1,3	1,9
60 - 64	26.738	14.903	26.324	15.261	213	197	256	223	0,8	1,3	0,9	1,4
65 u.mehr	9.950	7.077	8.671	5.848	39	70	42	54	0,4	1,0	0,4	0,9
	1.665.695	1.111.220	1.665.717	1.118.705	10.905	18.724	17.986	23.275	0,7	1,7	1,0	2,0

Rate = Arbeitslose/(Beschäftigte plus Arbeitslose)

(1) Grundzählung des Hauptverbandes der Österr. Sozialversicherungsträger

(2) Bundesministerium für soziale Verwaltung

Altersgliederung der Arbeitslosigkeit

	Männer				Frauen			
	1978	1979	1980	1981	1978	1979	1980	1981
bis 20	814	609	558	1.013	2.326	1.730	1.444	1.899
20 - 29	3.412	2.997	2.482	4.903	6.552	6.350	5.590	7.378
30 - 39	3.008	2.940	2.603	4.567	5.697	5.589	5.210	6.183
40 - 49	2.539	2.466	2.163	3.702	3.597	3.761	3.479	4.612
50 - 59	3.333	2.948	2.847	3.503	3.675	2.988	2.734	2.926
60 - 64	298	229	213	256	223	216	197	223
über 64	65	57	39	42	93	62	70	54

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung, Augustwerte.

Veränderung der Arbeitslosigkeit 1978/1979 - 1980/1981

	1979	1979/ 1978	1980	1980/ 1979	1981	1981/ 1980
Durchschnittl. Arbeits- losenstand	56.917	- 1.851	53.161	- 3.756	69.295	+ 16.134
Männer	28.524	- 322	26.544	- 1.980	38.009	+ 11.465
Frauen	28.195	- 1.529	26.617	- 1.578	31.286	+ 4.669
Summe der Zugänge	386.235	- 6.302	377.172	- 9.063	417.215	+ 94.043
Männer	208.350	- 1.919	207.968	- 382	274.718	- 66.750
Frauen	177.885	- 4.383	169.204	- 8.681	197.746	+ 27.293
Summe der Abgänge	395.681	+ 6.745	364.759	-30.922	433.406	+ 68.647
Männer	215.356	+ 8.941	195.877	-19.479	45.660	+ 49.793
Frauen	180.325	- 2.916	168.882	-11.443	187.746	+ 78.861
Durchschnittl. Ver- weildauer (in Tagen)	53,0	- 1,7	52,3	- 0,7	55,9	+ 3,6
Arbeitslosenrate	2,0	-0,1%Pkt.	1,9	-0,1%Pkt.	2,4	+0,5%Pkt.
Männer	1,7	-	1,6	-0,1%Pkt.	2,2	+0,6%Pkt.
Frauen	2,5	-0,1%Pkt.	2,3	-0,2%Pkt.	2,7	+0,4%Pkt.
offene Stellen						
Durchschnittsbestand	31.360	+ 1.955	36.470	+ 5.110	25.320	- 11.160
Summe der Zugänge	280.080	+ 9.273	286.025	+ 5.945	259.770	- 26.255
Summe der Abgänge	273.734	+ 3.401	289.308	+15.561	271.943	- 17.315
Summe der Laufzeit (in Tagen)	41,3	+ 1,6	46,3	+ 5,0	34,8	- 11,5

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bedingt vermittlungsgerechte Arbeitslose

	Febr. 1979	Aug. 1979	Febr. 1980	Aug. 1980	Febr. 1981	Aug. 1981
Männer absolut	11.947	6.052	10.792	5.545	12.666	7.639
Männer in % der Arbeitslosen	19,8	49,4	20,5	50,8	12,8	18,5
Frauen absolut	17.548	12.615	16.000	11.607	16.903	13.192
Frauen in % der Arbeitslosen	54,3	61,0	53,8	62,0	17,1	31,9
Körperl. oder geistige Be- hinderung						
Männer	5.719	3.334	5.295	3.020	5.732	3.791
Frauen	2.290	1.781	1.781	1.692	2.278	1.898
Alter						
Männer	2.562	1.047	2.264	1.034	2.453	1.427
Frauen	3.231	1.865	2.576	1.776	3.652	1.988
einschränkende Ver- mittlungswünsche						
Frauen	10.787	8.048	10.051	7.178	10.792	8.274

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung

Vorgemerkte Arbeitslose 1981
(Nach dem Alter und nach der Dauer der Arbeitslosigkeit)

Altersstufen	Dauer der Vormerkung zur Arbeitsvermittlung				Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt
	bis zu 1 Monat	mehr als 1 Monat bis zu 6 Monaten	mehr als 6 Monate bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
17 und weniger	+ 35,4	+ 30,4	1)	1)	+ 27,3
18 bis 19 Jahre	+ 41,6	+ 65,6	+ 11,4	1)	+ 53,0
20 bis 29 Jahre	+ 52,1	+ 56,7	+ 35,4	+ 10,6	+ 52,1
30 bis 39 Jahre	+ 28,4	+ 43,1	+ 43,7	+ 3,0	+ 37,6
40 bis 49 Jahre	+ 48,4	+ 53,8	+ 59,0	- 2,9	+ 47,4
50 bis 59 Jahre	+ 16,5	+ 26,7	+ 8,1	- 6,8	+ 15,2
60 bis 64 Jahre	+ 41,0	+ 15,8	+ 10,8	+ 13,9	+ 16,8
65 Jahre und mehr	1)	- 6,8	1)	- 20,0	- 11,9
Insgesamt	+ 39,7	+ 46,8	+ 31,9	- 2,0	+ 39,3

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung, Stichtag Ende August

1) Insgesamt weniger als 20 Personen

Arbeitsmarktsituation nach Sektoren

Rückgang der
Beschäftigung
in der Pro-
duktion

Die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie verringerte sich 1981 um 2,1 Prozent, wobei von der Reduktion besonders die Bereiche Textil/Bekleidung, Holzverarbeitung und Metallwarenindustrie betroffen waren.

Ein ähnlicher Rückgang in der Beschäftigung wie in der Industrie ist in dem Sektor der Sachgüterproduktion (ohne Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauwirtschaft) zu verzeichnen. Ein darüberhinaus gehender Rückgang in der Beschäftigung muß für die Bauwirtschaft angenommen werden.

Zunahme bei
den Dienst-
leistungen

Im Bereich der Dienstleistungen nahm die Beschäftigung um 1,7 Prozent (+ 26.526 Personen) zu, wobei von dieser Zunahme fast die Hälfte auf öffentliche Körperschaften entfiel. Innerhalb der Berufsgruppen nahm in den Produktionsberufen, im besonderen bei der Erzeugung und Verarbeitung von Metallen, die Arbeitslosigkeit stärker zu als in den übrigen Bereichen, gefolgt von der Reduktion der Beschäftigten im Bauwesen.

Entwicklung der Industriebeschäftigung

	Unselbständig Beschäftigte in der Industrie		Veränderung gegen das Vorjahr		Unselbständig Beschäftigte in der Industrie		Veränderung 1979/1980	
	insgesamt		absolut	in %	insgesamt		absolut	in %
	Ø 1980	Ø 1981			Ø 1979	Ø 1980		
Bergwerke	13.384	12.997	- 387	-2,9	13.545	13.384	- 161	-1,2
Eisenerzeugende Industrie	39.764	39.253	- 511	-1,3	39.398	39.764	+ 366	+0,9
Erdölindustrie	8.734	8.798	+ 64	+0,7	8.617	8.743	+ 117	+1,4
Stein- u.keramische Industrie	25.977	25.749	- 228	-0,9	25.983	25.977	- 6	-0,0
Glasindustrie	7.671	7.713	+ 42	+0,5	7.439	7.671	+ 232	+3,1
Chemische Industrie	62.231	61.606	- 625	-1,0	61.409	62.231	+ 822	+1,3
Papierherzeugende Industrie	13.897	13.341	- 556	-4,0	14.154	13.897	- 257	-1,8
Papierverarbeitende Industrie	9.199	9.230	+ 31	+0,3	9.216	9.199	- 17	-0,2
Filmindustrie	1.868	1.966	+ 98	+5,2	1.824	1.868	+ 44	+2,4
Holzverarbeitende Industrie	27.970	26.549	- 1.421	-5,1	28.206	27.970	- 235	-0,8
Nahrungs-u.Genußmittelindustrie	50.067	49.152	- 915	-1,8	50.380	50.067	- 313	-0,6
Lederherzeugende Industrie	1.255	1.164	- 91	-7,3	1.459	1.255	- 204	-14,0
Lederverarbeitende Industrie	14.877	14.693	- 184	-1,2	14.041	14.877	+ 836	+6,0
Gießereiindustrie	10.302	9.989	- 313	-3,0	10.060	10.302	+ 242	+2,4
Metallindustrie	8.181	8.039	- 142	-1,7	8.175	8.181	+ 6	+0,1
Maschinen-u.Stahlbauindustrie	81.545	80.415	- 1.130	-1,4	79.175	81.545	+2.370	+3,0
Fahrzeugindustrie	32.691	32.505	- 186	-0,6	31.180	32.691	+1.511	+4,8
Eisen-u.Metallwarenindustrie	61.543	57.944	- 3.599	-5,8	62.796	61.543	-1.253	-2,0
Elektroindustrie	72.971	72.684	- 287	-0,4	70.572	72.971	+2.399	+3,4
Textilindustrie	46.114	44.134	- 1.980	-4,3	46.245	46.114	+ 131	-0,3
Bekleidungsindustrie	33.226	31.977	- 1.249	-3,8	32.905	33.226	+ 321	+1,0
Gaswerke	3.855	4.017	+ 162	+4,2	3.717	3.855	+ 138	+3,7
insgesamt	627.323	613.913	-13.410	-2,1	620.495	627.323	+6.828	+1,1
Männer	424.066	417.858	- 6.208	-1,5	419.123	424.066	+4.943	+1,2
Frauen	203.257	196.055	- 7.202	-3,5	201.372	203.257	+1.885	+0,9

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt. Industrie insgesamt ohne Bauindustrie, Sägeindustrie, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Die Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Berufsgruppen

	Vorgemerkte Arbeitslose				Veränderung gegen das Vorjahr					
	Stand		Veränderung gegen		Vorge-		merkte			
	Ø 1981	Ø 1981	IV. Qu. 1981	absolut	in %	Ø 1980	absolut	in %	V. Qu.	absolut
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	3.081	+ 151	+ 5,2	+ 518	+ 15,0	2.930	- 112	- 3,7	- 40	- 1,1
Steinarbeiter	951	+ 214	+29,0	+ 475	+ 59,2	737	- 145	-16,4	+ 134	+20,1
Bauberufe	12.314	+ 3.436	+38,7	+ 6.040	+ 64,7	8.878	- 350	- 3,8	+2.764	+42,0
Metallarbeiter, Elektriker	6.876	+ 3.004	+77,6	+ 5.214	+118,3	3.872	- 606	-13,5	+ 705	+19,2
Holzverarbeiter	1.751	+ 687	+64,6	+ 1.148	+100,6	1.064	- 131	-11,0	+ 270	+31,0
Textilberufe	509	+ 106	+26,3	+ 156	+ 34,2	403	- 203	-33,5	- 12	- 2,6
Bekleidungs- und Schuhhersteller	2.258	+ 520	+29,9	+ 871	+ 48,1	1.738	- 281	-13,9	- 116	- 6,0
Nahrungs- und Genussmittelhersteller	996	- 258	+35,0	+ 530	+ 61,8	738	- 115	-13,5	- 20	- 2,3
Hilfberufe allgemeiner Art	4.123	+ 1.116	+37,1	+ 1.933	+ 59,4	3.007	- 346	-10,3	+ 296	+10,0
Handelsberufe	5.669	+ 1.038	+22,4	+ 1.737	+ 33,0	4.631	- 364	- 7,3	+ 65	+ 1,3
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe	9.215	+ 885	+10,6	+ 2.289	+ 14,1	8.330	+ 135	+ 1,6	+ 595	+ 3,8
Reinigungsberufe	2.702	+ 447	+19,8	+ 707	+ 26,0	2.255	- 149	- 6,2	+ 64	+ 2,4
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	7.685	+ 1.377	+21,8	+ 2.512	+ 37,0	6.308	- 471	- 6,0	- 118	- 1,7
Sonstige	11.164	+ 2.894	+35,0	+ 4.560	+ 48,0	8.270	- 421	- 4,8	+1.078	+12,8
Insgesamt	69.295	+16.134	+30,3	+28.688	+ 43,4	53.161	-3.558	- 6,3	+5.663	+ 9,4
Männer	38.008	+11.464	+43,2	+19.920	+ 64,3	26.544	-1.980	- 6,9	+5.258	+20,4
Frauen	31.286	+ 4.669	+17,5	+ 8.768	+ 25,0	26.617	-1.578	- 5,6	+ 405	+ 1,2

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung

Arbeitsmarktsituation nach Bundesländern

Die stärkste Erhöhung des Standes an Arbeitslosen hatten die Bundesländer Wien, Steiermark, Nieder- und Oberösterreich, die größte Verringerung des Standes an offenen Stellen die Bundesländer Wien und Oberösterreich. Trotzdem hatte Wien eine günstige Entwicklung der Beschäftigung zu verzeichnen, was nach dem Rückgang in den Jahren 1978 bis 1980 nicht zu erwarten war.

Unterschiedliche Entwicklung nach Bundesländern

Der hohe Grundstoffanteil in den Bundesländern Steiermark und Niederösterreich ist mit ein Faktor für die etwas ungünstigere Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung. Vergleichsweise günstig entwickelte sich die Arbeitsmarktlage im Bundesland Kärnten, wo einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um 9,4 % Prozent der geringste Rückgang an offenen Stellen mit rund 20 Prozent gegenüberstand.

Vorgemerkte Arbeitslose (1) und offene Stellen (2)
nach Bundesländern

(1)	Bundesländer								
	Bgld.	Ktn.	Nö	Oö	Szbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Wien
Ø 1977	1.893	8.514	7.525	7.369	2.628	8.917	4.682	812	8.825
Ø 1978	1.975	9.159	8.640	8.126	2.921	10.799	5.043	613	11.284
Ø 1979	1.928	8.696	8.810	7.571	2.885	9.914	4.551	545	11.819
Ø 1980	2.213	8.433	8.253	6.547	2.719	8.784	4.169	610	11.433
Ø 1981	2.797	9.234	10.941	9.351	3.388	11.608	4.794	857	16.325
(2)									
Ø 1977	1.165	2.277	6.207	5.009	2.060	2.935	3.336	1.452	8.695
Ø 1978	638	2.379	4.486	4.710	1.919	2.407	3.167	1.920	7.579
Ø 1979	917	3.016	4.415	5.487	2.364	2.752	3.433	2.074	6.902
Ø 1980	903	3.415	5.326	6.718	2.740	3.500	3.717	2.123	8.028
Ø 1981	728	2.599	3.857	4.526	1.979	2.463	2.808	1.378	4.982

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung

Der Arbeitsmarkt in den Bundesländern

	Arbeitslose: gegen 1980 absolut	Veränderung in Prozent	Stellenangebot: gegen 1980 absolut	Veränderung in Prozent
Wien	+ 4.892	+ 42,7	- 3.046	- 37,9
Niederösterreich	+ 2.688	+ 32,5	- 1.469	- 27,5
Burgenland	+ 584	+ 26,3	- 175	- 19,3
Steiermark	+ 2.824	+ 32,1	- 1.037	- 29,6
Kärnten	+ 801	+ 9,4	- 816	- 23,8
Oberösterreich	+ 2.804	+ 42,8	- 2.192	- 32,6
Salzburg	+ 699	+ 24,6	- 761	- 27,7
Tirol	+ 625	+ 14,9	- 909	- 24,4
<u>Vorarlberg</u>	+ 247	+ 40,4	- 745	- 35,0
Österreich	+ 16.134	+ 30,3	- 11.160	- 30,6

Quelle: Bundesministerium für soziale Verwaltung

EINKOMMENSENTWICKLUNG UND EINKOMMENSVERTEILUNG 1981

1. Einkommensentwicklung

Zuwachs
des Volks-
einkommens
um 5 %

Die Zuwachsrate des nominellen Volkseinkommens⁺ hat sich im Jahre 1981 infolge des stagnierenden Wirtschaftswachstums erneut verlangsamt. Obwohl sich der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahr um rund einen halben Prozentpunkt beschleunigte, wuchs das Volkseinkommen nur um 5 % (gegenüber 7,7 % im Jahre 1980).

Anstieg
der Lohn-
quote

Während aber in den Jahren 1979 und 1980 die Einkünfte aus Besitz und Unternehmung sowie die unverteiltten Gewinne der Kapitalgesellschaften ein deutlich rascheres Wachstumstempo als die Bruttoentgelte aus unselbständiger Arbeit aufgewiesen hatten, kehrte sich diese Entwicklung 1981 um. Ausschlaggebend dafür war vor allem der Rückgang der unverteiltten Gewinne der Kapitalgesellschaften (-15,2%). Aber auch die sonstigen Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (+5,6%) erhöhten sich langsamer als die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit (+7,6%); siehe Übersicht 1.

Daraus resultiert ein, für Rezessionsjahre typischer, Anstieg der Lohnquote. Der Anteil der Bruttolohnsumme am nominellen Volkseinkommen (unbereinigte Lohnquote) betrug 1981 74,4%, nach 72,6% im Jahre 1980. Die um Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur bereinigte Lohnquote stieg von 66,1% auf 67,5%; sie liegt damit aber deutlich unter dem Niveau des Rezessionsjahres 1975 (68,6%); siehe Übersicht 2.

Bei einem Wachstum der Leistungseinkommen (öffentliche und private Lohn- und Gehaltssumme) von 7,6% (nach 7,2% im Vorjahr) betrug 1981 die Steigerung der Abzüge (Lohnsteuer und

+)
+) Im Zuge der Umstellungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf Preisbasis 1976 wurden auch die Daten über die Einkommensentwicklung bis 1980 revidiert. Insbesondere für das Jahr 1980 ergeben sich damit Veränderungen gegenüber dem Bericht des Vorjahres.

Sozialversicherung) 11,3%, die der Transfereinkommen 8,5% (1980: 6,8%). Daraus errechnet sich insgesamt eine Zunahme der Netto-Masseneinkommen von 7,1% (1980: 6,3%). Unter Berücksichtigung der Inflationsrate (gemessen am Verbraucherpreisindex) von 6,8% war somit im Jahre 1981 ein geringfügiger Anstieg der realen Netto-Masseneinkommen um 0,3% zu verzeichnen. Noch im Jahr zuvor hatten sie stagniert; siehe Übersicht 3.

Anstieg des
Netto-Ein-
kommens
7,1% (real
0,3%)

Die Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen der Arbeitnehmer fielen nicht in allen Wirtschaftszweigen und nicht für alle sozialrechtlichen Gruppen gleich hoch aus. In der Industrie etwa stiegen die Bruttomonatsverdienste der Angestellten (9,8%) um mehr als drei Prozentpunkte stärker als die der Arbeiter (6,2%). Damit öffnet sich die Schere zwischen Angestellten und Arbeitern weiter: Der Index der Bruttomonatsverdienste in der Industrie auf der Basis 1976 weist bereits einen Abstand von knapp sechs Prozentpunkten auf.

Stärkere
Erhöhung
der Ange-
stellten-
verdienste

In der Bauwirtschaft lag der Zuwachs der Bruttomonatsverdienste je Beschäftigten mit 6,9% deutlich unter dem der Industrie (7,8%). Infolge der Rezession in der Bauwirtschaft und der verschlechterten Arbeitsmarktlage blieben, wie schon in den Jahren zuvor, 1981 die Bauverdienste hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück; siehe Übersicht 4.

Der erhöhte Inflationsdruck verstärkte auch die Tariflohnbewegungen. Die Kollektivvertragsabschlüsse des Jahres 1981 sahen Steigerungsraten vor, die die des Vorjahres um rund 1 1/2 bis 2 Prozentpunkte übertrafen. Die Lohnabschlüsse der größten Arbeitnehmergruppen lagen in der Bandbreite zwischen 6,6% (Chemische Industrie) und 8,5% (Textilindustrie ohne Vorarlberg, Graphisches Gewerbe). Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt erhöhte sich das Tariflohniveau um 7,2% gegenüber dem Vorjahr; siehe Übersicht 5.

Verstärkte
Tariflohn-
bewegung:
zwischen
6,6% und
8,5%

Die Aufgliederung der Tariflohnentwicklung nach Qualifikationsstufen zeigt, daß die Mindestlöhne der Hilfsarbeiter mit 7,5% geringfügig stärker angehoben wurden als jene der Facharbeiter (7,3%) und die der angelernten Arbeiter (7,3%). Der Tariflohnindex ist seit dem Jahr 1976 für alle drei Qualifikationsgruppen in nahezu gleichem Ausmaß gestiegen - die kollektivvertraglichen Lohndifferentiale zwischen Facharbeitern und angelernten Arbeitern blieben daher in den letzten fünf Jahren konstant; siehe Übersicht 6.

Abschwächung
der Lohn-
drift

Die gedämpfte Konjunkturentwicklung im Jahre 1981 führte zu einer Abschwächung der Lohndrift. Die Effektivverdienste stiegen in der Gesamtwirtschaft mit 7,3% in etwa gleich stark wie die Tariflöhne (7,2%). Etwas höher hingegen lag die Lohn-drift in der Industrie (+0,5%); siehe Übersicht 7.

2. Einkommensverteilung

2.1 Einkommen aus unselbständiger Arbeit

2.1.1 Die Verteilung von Löhnen und Gehältern

Die Lohn- und Gehaltspyramide der unselbständig Beschäftigten (mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften) in Österreich hat sich 1981 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Lohnstufenstatistik 1981 zeigt eine leichte Entnivellierung der Angestelltengehälter auf; die Arbeiterlöhne waren hingegen 1981 geringfügig gleichmäßiger verteilt als 1980. Beide Verschiebungseffekte sind allerdings so schwach ausgeprägt, daß sie noch innerhalb des Unschärfebereiches liegen, der sich aus den Einkommensgruppierungen und den Berechnungsmethoden ergibt.⁺⁾

Einkommens-
verteilung
gleichblei-
bend

Der Median ist jenes Einkommen, über dem bzw. unter dem jeweils die Hälfte aller Einkommen liegt; dieses mittlere Einkommen betrug 1981 S 10.250,-, um S 700,- (7,3%) mehr als 1980. Ein Fünftel der Erwerbstätigen bezog ein Einkommen von

Mittleres
Einkommen
1981:
10.250,-

^{+) Um die statistischen Kennzahlen berechnen zu können, mußten alle Personen, die ein Einkommen über der sozialversicherungspflichtigen Höchstbemessungsgrundlage bezogen, mittels einer Annahme über deren Verteilung (Log-Normalverteilung) auf die fortgeschriebenen Lohnstufen zugerechnet werden.}

weniger als S 6.220,- (=2.Dezil); auf diese Gruppe entfielen wie im Vorjahr 6,6% der Lohn- und Gehaltssumme. Die obersten 20% der Arbeitnehmer konnten 38,6% des Gesamteinkommen auf sich vereinigen; dieser Personenkreis umfaßt jene Arbeitskräfte, deren Einkommen S 15.380,- überstieg (=8.Dezil); siehe Übersichten 8 und 13.

Mittleres Einkommen der Angestellten: 11.240,-

Das Medianeinkommen der Angestellten betrug 1981 S 11.240,-, das der Arbeiter S 9.610,-. Das 2. Dezil der Angestellteinkommen lag bei S 6.700, das der Arbeiterlöhne bei S 5.630,-. Ein Fünftel der Arbeiter bezog ein Einkommen von mehr als S 13.630,-; die entsprechende Gehaltsgrenze war bei den Angestellten um S 5.000,- höher. Rund 10% der männlichen Angestellten konnten ein Einkommen von über S 30.000,- erzielen. Weiters zeigen die statistischen Konzentrationsmaße, daß die Angestelltegehälter merklich ungleicher verteilt sind als die Arbeiterlöhne; siehe Übersichten 9, 10 und 13.

Mittleres Einkommen der Arbeiter: 9.610,-

Männer verdienen ca 50 % mehr als Frauen

Für die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede gilt auf nahezu allen vergleichbaren relativen Positionen in der Einkommenshierarchie eine 50%-Regel: Männer verdienen um etwa die Hälfte mehr als Frauen!^{+) So lag das mittlere Männereinkommen 1981 mit S 12.260,- um 52% über dem der Frauen (S 8.060,-). Fast 40% der Männer, aber nur 10% der Frauen bezogen ein Einkommen über S 14.000,-; siehe Übersichten 11, 12 und 13.}

^{+) Vgl. dazu CHRISTL, J., M. WAGNER. Die Stellung der Frau in der österreichischen Lohn- und Gehaltspyramide. Wirtschaft und Gesellschaft 1/1982.}

2.1.2 Nettoeinkommen und berufliche Stellung

Im Juni 1981 wurden im Rahmen einer Mikrozensus-erhebung des Österreichischen Statistischen Zentralamts die unselbständig Erwerbstätigen zu ihren Einkommensverhältnissen befragt. Erhebungseinheit waren sowohl Personen als auch Haushalte. Der zugrundeliegende Einkommensbegriff stellt auf das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen ohne Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeld ab, schließt aber bei der Auswertung auf Haushaltsebene auch diverse Transferleistungen (wie etwa Familienbeihilfen, Stipendien, Schülerbeihilfen, Wohnungs- und Mietzinsbeihilfen) mit ein. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Auskunftsbereitschaft mit steigender Berufsposition deutlich abnahm, was eine Unterschätzung der dargestellten Einkommensunterschiede vermuten läßt.

Das mittlere Nettoeinkommen der österreichischen Arbeitnehmer betrug im Jahre 1981 S 8.450,-; das der Arbeiter lag mit S 7.830,- deutlich unter jenem der Angestellten (S 8.760,-) und dem der öffentlich Bediensteten (S 9.950,-). Innerhalb der einzelnen sozialrechtlichen Kategorien ist das Einkommensgefälle zwischen verschiedenen Berufspositionen noch stärker ausgeprägt. So verdienten etwa jene Personen auf der untersten Stufe der Arbeitsorganisationspyramide, nämlich die Hilfsarbeiter, mit S 6.120,- netto nur etwa die Hälfte eines Meisterlohnes (S 11.030,-); im Angestelltenbereich mußten sich jene Personen, die einfache Hilfstätigkeiten auszuführen haben (S 6.830,-), sogar mit nur rund einem Drittel des mittleren Gehaltes eines leitenden Angestellten (S 19.400,-) begnügen; im öffentlichen Dienst lag die relative Einkommensspanne zwischen A-Beamten und jenen der Verwendungsstufen D bzw. E bei 2:1.

mittleres
Nettoein-
kommen
1981:
8.450,-

Einkommen
nach Be-
rufshier-
archie

Auch nach Berücksichtigung der Effekte von unterschiedlich langen Arbeitszeiten (Teilzeitbeschäftigung, Überstunden) verringern sich die Disparitäten nicht gravierend: Die Ein-

kommenrelationen zwischen niedrigster und höchster Qualifikationsstufe liegen in diesem Fall unter den Arbeitern bei 1:1,6, unter den Angestellten bei 1:2,5 und im öffentlichen Dienst nach wie vor bei 1:2.

Ebenso bleibt auf der Haushaltsebene die relative Einkommensungleichheit trotz der Berücksichtigung diverser öffentlicher Transferleistungen weitgehend erhalten. Ein Hilfsarbeiterhaushalt mußte 1981 mit durchschnittlich S 9.950,- das Auslangen finden; nur unwesentlich höhere Mittel standen jenen Familien zur Verfügung, deren Haushaltsvorstand eine einfache Angestelltentätigkeit ausübte (netto S 10.840,-). Hingegen lag das Haushaltseinkommen von leitenden Angestellten (S 21.750,-) und Akademikern im öffentlichen Dienst (S 22.060,-) um mehr als das Doppelte höher; siehe Übersicht 15.

Haushalts-
einkommen
nach sozia-
len Schich-
ten

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede im unbereinigten mittleren monatlichen Nettoeinkommen auf den verschiedenen Qualifikationsstufen entsprechen weitgehend der sogenannten 50%-Regel. Auch nach Bereinigung der Nettoeinkommen um Arbeitszeiteffekte bleiben markante Einkommensunterschiede aufrecht: männliche Hilfsarbeiter verdienen rund 25% mehr als ihre weiblichen Kollegen; bei Facharbeitern beträgt der Einkommensabstand bereits 40% und bei Angestellten in führenden Positionen 55%. Es läßt sich daher festhalten: Mit steigendem Qualifikationsniveau erhöht sich auch das Ausmaß an geschlechtsspezifischer Einkommensdiskriminierung; siehe Übersicht 16.

Nettoein-
kommen von
Männern und
Frauen

2.1.3 Nettoeinkommen und Schulbildung

Das mittlere Nettoeinkommen eines männlichen Pflichtschulabgängers betrug 1981 S 8.800,-; Frauen mit dem gleichen Bildungsabschluß mußten sich hingegen mit einem Einkommen von S 5.620,- begnügen. Absolventen allgemeinbildender höherer

Schulen erzielen rund um ein Drittel mehr an Gehalt (Männer: S 12.820,-, Frauen S 8.940,-) als Pflichtschulabgänger, Akademiker (Männer S 16.900,-, Frauen: S 11.520,-) wiederum um ca. ein Drittel mehr als Mittelschulabsolventen. Der ausgeprägte geschlechtsspezifische Einkommensabstand bleibt jedoch auch auf diesen Bildungsstufen aufrecht.

Hohe Einkommensunterschiede nach Qualifikation

Akademikerinnen verdienen somit weniger als männliche AHS und BHS-Absolventen. Ähnlich verhält es sich eine Bildungsstufe tiefer: Das mittlere Einkommensniveau von Mittelschulabgängerinnen liegt unter jenem von Männern mit Lehrabschluß; siehe Übersicht 17.

2.1.4 Die Einkommen bei Teilzeitbeschäftigung bzw. Überstundenleistungen

Bei Berücksichtigung unterschiedlicher Arbeitszeitregelungen verschieben sich die relativen Einkommenspositionen recht beträchtlich. So muß etwa bei der Interpretation der untersten Einkommen auch auf das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung Bedacht genommen werden; siehe Übersicht 18.

Einkommen und Arbeitszeit

Aus den Daten des österreichischen Mikrozensus ergeben sich für zwei Arbeitnehmergruppen mit besonderen Arbeitszeitformen folgende Befunde zur Einkommenssituation:

- das arbeitszeitig bereinigte Medianeinkommen teilzeitbeschäftigter Frauen überstieg zum Teil ganz erheblich das aller Frauen; siehe Übersichten 19 und 20.
- das arbeitszeitig bereinigte Medianeinkommen von Arbeitnehmern, die häufig Überstunden leisteten, lag auf allen Qualifikationsebenen über dem der "Normalarbeitszeitleistenden"; siehe Übersichten 19 und 20.

Neben dem Effekt unterschiedlicher Steuerbelastungen resultieren diese Ergebnisse vermutlich auch aus dem Umstand, daß insbesondere Betriebe in ökonomisch günstiger Lage von besonderen Arbeitszeitformen Gebrauch machen.

2.1.5 Die industrielle Lohnstruktur

Die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen den verschiedenen Qualifikationsstufen in der österreichischen Industrie haben sich 1981 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Im September 1981 lag der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn eines Industriearbeiters bei S 61,50; ein Facharbeiter verdiente S 71,20, ein qualifizierter angelernter Arbeiter S 60,- und ein Hilfsarbeiter (leicht) S 48,20. Der Bruttolohnunterschied zwischen niedrigster und höchster Qualifikationsstufe im manuellen Arbeitsbereich betrug somit knapp 50%; siehe Übersicht 21a. Die Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppe der Industrieangestellten sind noch wesentlich stärker ausgeprägt. Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt eines leitenden Angestellten (S 35.380,-) ist rund fünfmal so hoch wie das eines Angestellten, der einfache Hilfstätigkeiten ausübt (S 7.340,-); siehe Übersichten 21a und 21b.

Einkommens-
unterschiede
nach beruf-
lichen Qua-
lifikations-
stufen

Die in der Industrie vorfindbaren qualifikationsspezifischen Lohndifferentiale sind wesentlich größer als jene, die sich aus den Daten der Mikrozensususerhebungen (siehe dazu Abschnitt 2.1.2) ergeben. So etwa ergab die Mikrozensusdatenbasis eine Einkommensrelation zwischen einfachen Angestellten (Hilfstätigkeiten) und leitenden Angestellten von 1:2,5. Dies liegt zum einen daran, daß die Mikrozensususerhebung Nettoverdienste ausweist, die Industrielohnerhebungen hingegen Bruttolöhne bzw. Bruttogehälter. Der progressive Steuertarif verringert somit die Spanne zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Andererseits aber deutet die beträchtliche Diskrepanz in den Einkommensrelationen darauf hin, daß die aus Personenbefragungen gewonnenen Daten der Mikrozensususerhebung gerade die hohen Einkommen beträchtlich unterzeichnen.

Reiht man die Industriebranchen nach der Höhe der durchschnittlichen Ist-Löhne, so belegten 1981 die Fahrzeugin-

dustrrie, die Eisenhütten und die Chemische Industrie die Spitzenplätze der branchenspezifischen Lohnhierarchie. Typische Niedriglohnbranchen sind hingegen die Lederverarbeitende Industrie, die Ledererzeugende Industrie und die Bekleidungsindustrie. Die Einkommensunterschiede zwischen den Branchen sind von beträchtlichem Ausmaß: Das durchschnittliche Lohnniveau der Fahrzeugindustrie lag um mehr als 60% über jenem der Bekleidungsindustrie; siehe Übersicht 22.

Branchen-
spezifische
Lohnhier-
archie

2.2 Die Einkommensverteilung zwischen den selbständig Erwerbstätigen 1978

Die Einkommensverteilung zwischen den selbständig Erwerbstätigen kann anhand der Einkommensteuerstatistik 1978 dargestellt werden. Bei der Dateninterpretation bleibt allerdings zu beachten, daß rund 30% der Einkünfte (nach Verlustausgleich) aus "nichtselbständiger Tätigkeit" erzielt wurden.

2.2.1 Gesamtentwicklung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen

In den letzten 5 Jahren haben sich beträchtliche Anteilsverschiebungen an den Gesamteinkünften (nach Verlustausgleich) zwischen den verschiedenen Einkunftsarten ergeben. Der Anteil der Einkünfte aus "Gewerbebetrieb" fiel von 56,1% im Jahr 1973 auf 42,0% im Jahr 1978, der Anteil aus "nichtselbständiger Arbeit" stieg um 9 Prozentpunkte auf 30,2%. Rund 1/6 der Einkünfte stammte 1978 aus "selbständiger Arbeit"; fast 40% dieser Einkommen lagen über 1 Million Schilling.

Verteilung
der Ein-
künfte an
selbstän-
diger Ar-
beit

Das höchste durchschnittliche Jahreseinkommen je Veranlagungsfall (nach Verlustausgleich) wurde mit S 261.630,- in der Einkunfts-kategorie "selbständige Arbeit" erzielt; gefolgt von den mittleren Einkünften aus "Gewerbebetrieb", die mit S 182.800,- unter dem Niveau von 1975 lagen. Rund 35% der Verlustfälle entfielen auf diese Einkunftsart; weitere 50%

auf "Vermietungen und Verpachtungen". Die höchsten durchschnittlichen Verluste traten in der Kategorie "Kapitalvermögen" auf, die aber nur 0,7% aller Verlustfälle umfaßte; siehe Übersichten 23 und 24.

Hohes Ausmaß
an Ungleich-
heit bei ein-
kommensteuer-
pflichtigen
Einkünften

Die Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen ist durch ein hohes Ausmaß von Ungleichheit gekennzeichnet. Auf das oberste Zehntel der Einkommensteuerpflichtigen entfiel 1978 nahezu die Hälfte des gesamten einkommensteuerpflichtigen Einkommens; das oberste Hundertstel konnte fast 1/5 des Gesamteinkommens für sich beanspruchen. Diese Verteilungsrelationen haben sich seit 1973 kaum verändert, siehe Übersicht 25.

Bedingt durch den progressiven Einkommensteuertarif sind die einkommensteuerpflichtigen Einkommen nach Steuerabzug etwas gleichmäßiger verteilt. Das oberste Zehntel der Einkommensteuerpflichtigen konnte nach Steuerabzug aber immer noch rund 40% des Gesamteinkommens auf sich vereinen, siehe Übersicht 26.

2.2.2 Regionale Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen 1978

Nahezu 30% der einkommensteuerpflichtigen Einkünfte (nach Verlustausgleich) fielen 1978 in Wien an; je rund 15% in Oberösterreich und Niederösterreich, dann folgte die Steiermark mit 11,5%. Die Anteile der übrigen Bundesländer lagen unter der 10%-Marke. Die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigen überstiegen nur in Wien, Burgenland, Oberösterreich und Vorarlberg das Niveau von 1977. Die höchsten mittleren Einkünfte wurden mit S 253.950,- in Wien realisiert; siehe Übersicht 27.

Regionale
Verteilung:

Der Median der einkommensteuerpflichtigen Einkommen in Österreich betrug 1978 rund S 100.000,-. In Vorarlberg erreichte

der Median S 124.450,-, in Wien S 116.030,-. Das niedrigste Medianeinkommen war im Burgenland, knapp gefolgt von Niederösterreich, zu verzeichnen, siehe Übersichten 28 und 29.

höchste
Einkommen:
Vorarlberg,
niedrigstes
Einkommen:
Burgenland

Die regional unterschiedliche Zusammensetzung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen nach Einkunftsarten spiegelt sich in unterschiedlicher Einkommensstreuung wider. Die statistischen Kennzahlen der Einkommenskonzentration weisen das höchste Ausmaß an Einkommensungleichheit für die Bundesländer Salzburg, Oberösterreich und Wien aus; am gleichmäßigsten waren die einkommensteuerpflichtigen Einkommen in Vorarlberg verteilt, siehe Übersicht 30.

Übersicht 1

Netto-Nationalprodukt

	Mrd.S		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	1980	1981	1980	1981
Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit	537,21	578,04	7,6	7,6
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	70,50	59,80	10,3	-15,2
Sonstige Einkünfte aus Besitz u. Unternehmung	152,45	161,50	7,9	5,9
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung	15,52	19,74	17,3	25,5
Zinsen für die Staatsschuld	-24,30	-28,78	14,0	18,4
Zinsen für Konsumentenschulden	-11,62	-13,23	20,0	13,8
Netto-Nationalprodukt zu Faktorkosten	739,76	776,87	7,7	5,0

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Lohnquoten

Jahr	Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ⁺)
1970	64,0	64,0
1971	66,5	65,5
1972	66,7	64,6
1973	69,4	66,0
1974	70,0	65,8
1975	73,2	68,6
1976	72,3	67,4
1977	73,6	67,9
1978	75,0	68,9
1979	72,7	66,4
1980	72,6	66,1
1981	74,4	67,5

+) Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (=Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1970.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Einkommensentwicklung 1980/81

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Index 1976=100
	1980	1981	1981
Leistungseinkommen	7,2	7,6	146,7
Transfereinkommen	6,8	8,5	161,1
Brutto-Masseneinkommen	7,1	7,9	150,7
Abzüge	10,6	11,3	185,9
Netto-Masseneinkommen	6,3	7,1	144,1
Netto-Masseneinkommen, real	0,0	0,3	112,0
Verfügbares persönl. Einkommen ¹⁾	5,9	6,3	141,2
Verfügbares persönl. Einkommen, real	-0,4	-0,5	109,7

1) Nach Abzug der Zinsen für die Konsumentenschuld

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Effektivverdienste

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Index 1976=100
	1980	1981	1981
GESAMTWIRTSCHAFT			
<u>Leistungseinkommen je Beschäftigten</u>			
brutto	5,7	7,3	138,9
brutto, real	-0,6	0,5	107,9
INDUSTRIE			
<u>Monatsverdienste</u>			
brutto, je Beschäftigten	7,2	7,8	142,0
brutto, je Arbeiter	7,9	6,2	139,0
brutto, je Angestellten	6,4	9,8	144,7
netto, je Beschäftigten	6,1	6,9	132,7
brutto, je Beschäftigten ohne Sonderzahlungen	7,2	7,6	142,2
<u>Stundenverdienste</u>			
brutto, je Arbeiter ohne Sonderzahlungen	7,2	6,8	138,8
	6,3	7,2	138,8
BAUWIRTSCHAFT			
<u>Monatsverdienste</u>			
brutto, je Beschäftigten	5,2	6,9	138,3
<u>Stundenverdienste</u>			
brutto, je Arbeiter	4,3	6,4	133,1

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO;
eigene Berechnungen.

Übersicht 5

Lohnrunde 1981

Wichtige Arbeitnehmergruppen	Kollektivvertragsabschlüsse			
	Zeitpunkt	nach... Monaten	Erhöhung in %	umgerechnet auf Jahres- basis in %
<u>BEDIENSTETE</u>				
Bund	Jänner	12	6,6	6,6
Besoldungsreform	Juli	6	1,7	
<u>ARBEITER</u>				
Handel	Jänner	12	8,4	8,4
Textilindustrie	März	12	7,6	7,6
Baugewerbe	April	12	8,2	8,2
Graphisches Gewerbe	April	12	8,5	8,5
Stein-u. keramische Industrie	April	12	8,0	8,0
Gast-, Schank- u. Beherbergungsbetr.	Mai	12	7,9	7,9
Chemische Industrie	Mai	12	6,6	6,6
Papierindustrie	Juli	12	6,8	6,8
Bekleidungsindustrie (ohne Vorarlberg)	Juli	12	7,1	7,1
Metallindustrie	November	13	8,4	7,8
Metallgewerbe	Dezember	13	8,1	7,5
<u>ANGESTELLTE</u>				
Handel	Jänner	12	7,5	7,5
Banken	Jänner	12	7,3	7,3
Textilindustrie (ohne Vorarlberg)	März	12	8,5	8,5
Baugewerbe	April	12	8,1	8,1
Bekleidungsindustrie (ohne Vorarlberg)	August	12	7,0	7,0
Chemische Industrie	Oktober	12	7,9	7,3
Papierindustrie	Oktober	12	7,4	7,4
Metallindustrie	November	13	7,9	7,9

Quelle: WIFO

Übersicht 6

Tariflohnentwicklung nach Branchen und Qualifikationsstufen¹⁾

	Facharbeiter			Angelernte Arbeiter			Hilfsarbeiter			Arbeiter 1981 Index 1976=100
	1980 % gegen das Vorjahr	1981	1981 Index 1976=100	1980 % gegen das Vorjahr	1981	1981 Index 1976=100	1980 % gegen das Vorjahr	1981	1981 Index 1976=100	
Gewerbe	5,1	7,2	139,8	5,2	7,4	139,8	5,2	7,5	141,0	140,0
Industrie ²⁾	6,1	7,2	138,8	6,1	7,4	138,5	5,9	7,2	138,5	138,6
Handel	9,6	8,6	142,1	4,4	7,7	134,2	4,6	8,9	136,1	136,4
Verkehr	5,0	6,5	136,7	5,2	6,7	135,2	5,6	8,0	140,6	136,4
Fremdenverkehr	5,5	7,0	139,1	5,6	7,6	140,3	5,8	7,8	140,4	139,9
Land-und Forst- wirtschaft	4,9	7,0	136,5	4,6	7,4	135,6	4,7	6,8	136,4	136,4
insgesamt	5,6	7,3	139,2	5,7	7,3	138,2	5,4	7,5	138,9	138,8

1) Wochenlöhne

2) Inklusive Bauindustrie und Elektrizitätswerke

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Übersicht 7

Lohndrift¹⁾

	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	1980	1981
Gesamtwirtschaft	0,3	0,1
Industrie, alle Beschäftigte	1,3	0,5
Industrie, Arbeiter ohne Sonderzahlung	0,2	0,0
Bauwirtschaft	0,6	0,4

1) Die Lohndrift ist hier definiert als die Differenz zwischen den Veränderungsraten (in Prozent gegenüber dem Vorjahr) von Ist- und Tariflöhnen.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO; eigene Berechnungen.

Übersicht 8

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Schichtung der Erwerbstätigen ¹⁾ insgesamt nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens		Arithmet. Mittel in Schilling	
	1980	1981	1980	1981
unterstes Zehntel	2,2	2,2	2.340	2.560
2. Zehntel	4,4	4,4	4.670	5.060
3. Zehntel	6,2	6,2	6.580	7.110
4. Zehntel	7,4	7,4	7.840	8.460
5. Zehntel	8,4	8,4	8.960	9.650
6. Zehntel	9,5	9,5	10.170	10.920
7. Zehntel	10,9	10,8	11.580	12.380
8. Zehntel	12,5	12,5	13.350	14.240
9. Zehntel	15,1	15,0	16.010	17.090
oberstes Zehntel	23,4	23,6	24.890	26.970

Statistische Kennzahlen	1980	1981
Variationskoeffizient	0.621	0.627
Log. Standardabweichung	0.657	0.653
Gini-Koeffizient	0.315	0.314
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.368	0.365
Theil-Koeffizient	0.170	0.170

1) Hierunter sind alle unselbständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften zu verstehen.

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1980, 1981; Hauptverband der Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 9

Verteilung der Arbeiterlöhne

Schichtung der Arbeiter insgesamt nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens		Arithmet. Mittel in Schilling	
	1980	1981	1980	1981
unterstes Zehntel	2,3	2,3	2.100	2.280
2. Zehntel	4,4	4,5	4.110	4.440
3. Zehntel	6,6	6,7	6.080	6.560
4. Zehntel	8,0	8,1	7.410	7.980
5. Zehntel	9,1	9,2	8.440	9.070
6. Zehntel	10,3	10,3	9.480	10.170
7. Zehntel	11,5	11,5	10.650	11.360
8. Zehntel	13,0	13,0	12.040	12.790
9. Zehntel	15,0	14,9	13.930	14.720
oberstes Zehntel	19,8	19,5	18.330	19.270

Statistische Kennzahlen	1980	1981
Variationskoeffizient	0.504	0.494
Log. Standardabweichung	0.629	0.622
Gini-Koeffizient	0.280	0.275
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.342	0.337
Theil-Koeffizient	0.131	0.127

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1980, 1981; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 10

Verteilung der Angestelltegehälter

Schichtung der Angestellten insgesamt nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens		Arithmet.Mittel in Schilling	
	1980	1981	1980	1981
unterstes Zehntel	2,3	2,3	2.830	3.100
2. Zehntel	4,4	4,4	5.470	5.920
3. Zehntel	5,8	5,8	7.240	7.840
4. Zehntel	6,9	6,9	8.540	9.230
5. Zehntel	7,9	7,9	9.870	10.650
6. Zehntel	9,1	9,1	11.400	12.280
7. Zehntel	10,7	10,6	13.260	14.270
8. Zehntel	12,6	12,5	15.680	16.860
9. Zehntel	15,7	15,6	19.530	21.030
oberstes Zehntel	24,6	24,9	30.620	33.510

Statistische Kennzahlen	1980	1981
Variationskoeffizient	0.655	0.664
Log. Standardabweichung	0.665	0.661
Gini-Koeffizient	0.333	0.334
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.375	0.371
Theil-Koeffizient	0.186	0.188

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1980, 1981; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 11

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger
Arbeit : Männer

Schichtung der männlichen Erwerbstätigen nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens		Arithmet.Mittel in Schilling	
	1980	1981	1980	1981
unterstes Zehntel	2,2	2,2	2.730	3.000
2. Zehntel	5,2	5,2	6.480	7.050
3. Zehntel	6,7	6,7	8.450	9.100
4. Zehntel	7,7	7,7	9.720	10.420
5. Zehntel	8,7	8,6	10.890	11.650
6. Zehntel	9,6	9,5	12.110	12.920
7. Zehntel	10,7	10,6	13.530	14.410
8. Zehntel	12,2	12,1	15.330	16.330
9. Zehntel	14,5	14,5	18.390	19.570
oberstes Zehntel	22,5	22,9	28.320	30.920

Statistische Kennzahlen	1980	1981
Variationskoeffizient	0.577	0.587
Log. Standardabweichung	0.632	0.626
Gini-Koeffizient	0.292	0.293
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.350	0.346
Theil-Koeffizient	0.149	0.151

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1980, 1981; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 12

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger
Arbeit : Frauen

Schichtung der weiblichen Erwerbstätigen nach Höhe des Einkommens	Einkommensanteile in % des Gesamteinkommens		Arithmet. Mittel in Schilling	
	1980	1981	1980	1981
unterstes Zehntel	2,6	2,6	2.030	2.200
2. Zehntel	4,7	4,7	3.730	4.020
3. Zehntel	6,5	6,5	5.170	5.580
4. Zehntel	7,8	7,8	6.190	6.680
5. Zehntel	8,9	8,9	7.060	7.620
6. Zehntel	9,9	9,9	7.860	8.470
7. Zehntel	11,0	11,0	8.700	9.400
8. Zehntel	12,4	12,4	9.800	10.570
9. Zehntel	14,7	14,7	11.610	12.500
oberstes Zehntel	21,5	21,5	16.970	18.140

Statistische Kennzahlen	1980	1981
Variationskoeffizient	0.539	0.534
Log. Standardabweichung	0.600	0.598
Gini-Koeffizient	0.285	0.283
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0.319	0.318
Theil-Koeffizient	0.137	0.135

Quelle: Lohnstufenstatistik 1970, 1980, 1981; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
nach Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung 1981

Soziale Stellung	Dezile in Schilling								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Angestellte,männlich	7.380	9.650	11.600	13.460	15.320	17.450	20.080	23.790	30.250
Arbeiter, männlich	3.780	7.780	9.200	10.290	11.290	12.320	13.490	14.960	17.240
Angestellte,weiblich	3.750	5.690	6.980	8.130	9.110	10.160	11.460	13.160	15.980
Arbeiter, weiblich	2.670	4.190	5.450	6.380	7.140	7.870	8.570	9.430	10.690
Angestellte,insgesamt	4.580	7.000	8.530	9.900	11.420	13.190	15.400	18.570	24.240
Arbeiter,insgesamt	3.270	5.630	7.360	8.550	9.610	10.740	12.020	13.630	16.030
Männer, insgesamt	4.910	8.350	9.790	11.050	12.260	13.620	15.240	17.610	22.200
Frauen, insgesamt	3.110	4.900	6.160	7.150	8.060	8.910	9.910	11.340	14.030
Erwerbstätige,insges. ¹⁾	3.750	6.220	7.870	9.050	10.250	11.610	13.210	15.380	19.350

1) Hierunter sind alle unselbständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften zu verstehen.

Quelle: Lohnstufenstatistik 1981; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Übersicht 14

Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit:
Veränderung 1980/81

Soziale Stellung	Dezilwachstum in % (1980 = 100)								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Angestellte, männlich	109,8	108,3	107,9	107,6	107,5	108,0	107,9	108,3	109,2
Arbeiter, männlich	109,2	108,1	107,4	106,9	106,5	106,2	106,0	105,6	105,3
Angestellte, weiblich	107,8	108,2	107,6	107,8	107,8	107,4	107,8	107,6	106,8
Arbeiter, weiblich	108,1	107,4	107,9	107,8	107,5	107,8	107,7	107,9	107,3
Angestellte, insgesamt	108,8	108,0	107,4	108,0	107,9	107,7	107,3	107,7	108,0
Arbeiter, insgesamt	108,3	108,3	107,6	107,7	107,4	106,9	106,4	106,0	105,6
Männer, insgesamt	109,6	107,9	107,5	107,3	106,7	106,7	106,3	106,7	107,4
Frauen, insgesamt	108,0	107,9	107,7	107,7	107,9	108,1	107,8	107,8	108,0
Erwerbstätige insgesamt ¹⁾	108,4	108,0	108,3	107,9	107,3	107,1	106,8	106,4	106,9

1) Hierunter sind alle unselbständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften zu verstehen.

Quelle: Lohnstufenstatistik 1980, 1981; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; eigene Berechnungen.

Mittleres monatliches Nettoeinkommen nach Stellung im Beruf 1981

	Netto-Personen- einkommen ¹⁾	um die Arbeitszeit bereinigte Nettopersoneneinkommen ²⁾	Netto-Haughalts- einkommen ³⁾
Hilfsarbeiter in L.u.FW	5.710	5.850	9.740
Sonstige Hilfsarbeiter	6.120	6.220	9.950
angelernte Arbeiter	7.450	6.850	12.480
Facharbeiter	8.720	8.040	12.370
Meister und Vorarbeiter	11.030	9.670	14.790
Arbeiter gesamt	7.830	7.260	12.330
einf.Angest.ohne Lehrabschl.	6.830	6.790	10.840
einf.Angest.mit Lehrabschl.	7.120	7.120	12.300
mittlere Angestellte	9.000	8.660	12.890
höhere Angestellte	11.780	11.210	16.300
hochqualifiz.Angestellte	14.910	13.670	18.180
leitende Angestellte	19.400	16.690	21.750
Angestellte gesamt	8.760	8.340	14.500
Handwerker (P,p)	8.570	7.590	11.220
Hilfsdienst (D,d, E,e)	7.740	7.090	11.880
Fachdienst (C,c)	9.880	8.720	12.880
Maturanten (B,b)	11.850	11.130	16.000
Akademiker (A,a)	15.830	15.160	22.060
Öffentl.Bedienstete gesamt	9.950	8.470	13.970
Unselbständige gesamt	8.450	7.770	13.140

1) Im monatlichen Netto-Personeneinkommen sind keine anteiligen Sonderzahlungen (13.u.14.Gehalt) enthalten; es bezieht sich nur auf Personen ohne Nebenbeschäftigung.

2) Die Bereinigung der Arbeitszeit erfolgte mit dem Umrechnungsfaktor $\frac{40}{\text{individuelle Arbeitszeit}}$

3) Das Haushaltseinkommen enthält auch Unterhaltszahlungen, Stipendien, Schülerbeihilfen, Wohnungs- und Mietzinsbeihilfen und Familienbeihilfen. Die Zuordnung erfolgte nach der beruflichen Stellung des Haushaltsvorstandes.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Mikrozensus Juni 1981.

Übersicht 16

Mittleres monatliches Nettoeinkommen nach Stellung im Beruf und Geschlecht 1981

	Netto-Personeneinkommen ¹⁾			um die Arbeitszeit bereinigte Nettopersoneneinkommen ²⁾		
	Männer	Frauen	Frauen =100	Männer	Frauen	Frauen =100
Hilfsarbeiter in L u. FW	6.810	4.240	161	6.560	4.960	132
sonstige Hilfsarbeiter	7.740	5.080	152	7.070	5.650	125
angelernte Arbeiter	9.080	5.440	167	7.900	5.560	142
Facharbeiter	9.050	5.820	155	8.240	5.870	140
Meister u. Vorarbeiter	11.150	-	-	9.750	-	-
Arbeiter gesamt	8.980	5.350	168	8.030	5.630	143
einf. Angest. ohne Lehrabschl.	9.050	5.920	153	7.930	6.270	126
einf. Angest. mit Lehrabschl.	9.560	6.260	153	8.380	6.450	130
mittlere Angestellte	10.860	7.830	139	9.730	7.960	122
höhere Angestellte	13.020	9.850	132	11.910	10.220	117
hochqualifiz. Angestellte	15.330	10.280	149	14.170	10.140	140
leitende Angestellte	19.710	11.970	165	17.140	11.070	155
Angestellte gesamt	11.330	6.990	162	10.020	7.170	140
Handwerker (P,p)	8.840	6.020	147	7.680	6.500	118
Hilfsdienst (D,d, E,e)	8.260	6.850	121	7.270	6.700	109
Fachdienst (C,c)	10.170	8.340	122	8.980	7.920	113
Maturanten (B,b)	13.360	9.740	137	11.430	9.890	116
Akademiker (A,a)	17.630	12.020	147	16.080	12.410	130
Öffentl. Dienst gesamt	10.340	8.660	119	8.810	7.530	117
Unselbst. Erwerbstätige gesamt	9.770	6.380	153	8.520	6.420	133

1) Im monatlichen Netto-Personeneinkommen sind keine anteiligen Sonderzahlungen (13. u. 14. Gehalt) enthalten; es bezieht sich nur auf Personen ohne Nebenbeschäftigung.

2) Die Bereinigung der Arbeitszeit erfolgte mit dem Umrechnungsfaktor $\frac{40}{\text{individuelle Arbeitszeit}}$

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Mikrozensus Juni 1981.

Übersicht 17

Mittleres monatliches Nettoeinkommen nach Schulbildung und Geschlecht 1981

höchste abgeschlossene Schulbildung	Netto-Personeneinkommen ¹⁾			um die Arbeitszeit ber. Netto-Personeneink. ¹⁾		
	Männer	Frauen	Frauen =100	Männer	Frauen	Frauen =100
Pflichtschule	8.800	5.620	157	7.740	5.880	132
Lehrabschlußprüfung	9.570	6.310	152	8.450	6.450	131
Berufsbild.mittl.Schule	10.610	7.410	143	9.620	7.560	127
Allgem.bild.höhere Schule	12.820	8.940	143	11.670	8.970	130
Berufsbild.höhere Schule	14.690	9.210	160	12.630	8.840	143
Hochschule	16.900	11.520	147	15.940	10.390	153
Insgesamt	9.750	6.380	153	8.510	6.420	133

1) Im monatlichen Netto-Personeneinkommen sind keine anteiligen Sonderzahlungen (13.u.14. Gehalt) enthalten; es bezieht sich nur auf Personen ohne Nebenschäftigung.

2) Die Bereinigung der Arbeitszeit erfolgte mit dem Umrechnungsfaktor $\frac{40}{\text{individ. Arbeitszeit}}$

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Mikrozensus Juni 1981

Übersicht 18

Teilzeitbeschäftigung
(Normalarbeitszeit unter 36 Std. wöchentlich)

	1970 %	1979 %	1980 %
Unselbst. Erwerbstätige			
insgesamt	5,6	7,9	7,5
Männer	1,3	1,6	1,3
Frauen	13,7	18,7	18,1
Angestellte und Beamte			
insgesamt	6,3	9,4	8,7
Männer	2,4	2,8	2,3
Frauen	12,2	18,0	17,1
Arbeiter			
insgesamt	5,1	6,2	6,1
Männer	0,5	0,5	0,4
Frauen	15,5	20,0	19,9

Quelle: Mikrozensus, Jahresergebnisse 1970, 1979, 1980,
Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene
Berechnungen.

Übersicht 19

Medianeinkommen teilzeitbeschäftigter Frauen nach
beruflicher Tätigkeit (Juni 1981)

berufliche Tätigkeit	unbereinigtes Nettoeinkommen	bereinigtes ¹⁾ Nettoeinkommen
Hilfearbeiter (ohne Land-u.Forstwirtsch.)	3.560	5.970
Angelernte Arbeiter	3.930	6.150
Facharbeiter	4.110	6.350
Angestellte in Hilfs- tätigkeiten	4.340	6.600
Angestellte in ge- lernten Tätigkeiten	4.240	7.550
mittlere Angestellte	5.690	8.770

1) nach Umrechnung auf Wochenarbeitszeit von 40 Stunden.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt,
Mikrozensus Juni 1981.

Übersicht 20

Medianeinkommen häufig überstundenleistender Arbeitnehmer
nach beruflicher Tätigkeit (Juni 1981)

berufliche Tätigkeit	unbereinigtes Nettoeinkommen	bereinigtes Nettoeinkommen ¹⁾
Hilfsarbeiter (ohne Land-u.Forstwirtschaft.)	7.360	6.980
Angelernte Arbeiter	9.510	8.150
Facharbeiter	9.420	8.750
Angestellte in Hilfstätigkeiten	8.290	7.750
Angestellte in gelernten Tätigkeiten	9.250	7.730
Mittlere Angestellte	10.230	9.520
Höhere Angestellte	14.160	11.600
Angestellte in hochqualifizierten Tätigkeiten	17.930	14.340
Arbeiter, insgesamt	9.400	8.490
Angestellte, insgesamt	11.720	10.120
Öffentl. Bedienstete, insgesamt ²⁾	11.360	9.750

1) Nach Umrechnung auf Wochenarbeitszeit von 40 Stunden.

2) Etwa 80% der Vertragsbediensteten im öffentlichen Dienst dürften in der Kategorie der Angestellten erfaßt sein.

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Mikrozensus Juni 1981.

Übersicht 21a

Industrielle Lohnstruktur
(ohne Vorarlberg)

ARBEITER ¹⁾	Stundenverdienst in S ³⁾			Überzahlung in %	
	1970	1980	1981	1980	1981
Facharbeiter	25,27	66,23	71,19	39,1	38,7
bes. qualifizierte angelernte Arbeiter	23,45	61,26	65,71	50,0	50,1
qualifizierte angelernte Arbeiter	21,90	55,94	59,96	46,8	45,8
sonstige angelernte Arbeiter	18,60	48,82	52,30	40,4	40,0
Hilfsarbeiter, schwer	19,16	49,04	52,00	28,3	27,0
Hilfsarbeiter, leicht	16,23	44,54	48,19	20,9	31,3
insgesamt	21,53	57,16	61,53	41,0	40,6

ANGESTELLTE ²⁾	Monatsgehalt in S			Überzahlung in %	
	1970	1980	1981	1980	1981
Verwendungsgruppe					
I	2.757	6.695	7.343	15,6	17,5
II	3.445	8.403	8.957	23,2	22,7
III	4.551	11.271	12.119	24,7	25,3
IV	6.234	15.617	16.851	28,1	28,6
V	8.992	22.092	23.900	31,5	31,7
VI	13.606	33.215	35.383	29,0	27,1
insgesamt	5.773	15.151	16.403	27,7	27,8

1) Arbeiter: Oktober 1970, September 1980, September 1981

2) Angestellte: Jänner 1970, Jänner 1980, Jänner 1981

3) Lohnarbeit + Akkordarbeit + Prämienarbeit

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Industrielle Lohnstruktur
(ohne Vorarlberg)

ARBEITER	Stundenverdienste insgesamt = 100	
	1980	1981
Facharbeiter	116	116
bes. qualifizierte angelemte Arbeiter	108	107
qualifizierte angelemte Arbeiter	98	97
sonstige angelemte Arbeiter	85	85
Hilfsarbeiter, schwer	86	85
Hilfsarbeiter, leicht	79	78
insgesamt	100	100

ANGESTELLTE	Monatsgehälter insgesamt = 100	
	1980	1981
Verwendungsgruppe		
I	44	45
II	55	55
III	74	74
IV	103	103
V	146	146
VI	219	219
insgesamt	100	100

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Die branchenspezifische Lohnhierarchie in der Industrie

	Stundenlöhne in S				Rang				1971=100	
	1971		1981		71	81	71	81	1971=100	
	KV	Ist	KV	Ist	KV	KV	Ist	Ist	KV	Ist
Fahrzeug	17,28	29,13	43,93	70,67	8	10	1	1	254	243
Eisenhütten	17,62	27,41	42,74	69,15	7	13	3	2	243	252
Chemie	18,03	24,84	46,59	68,85	4	6	9	3	258	277
Bau			51,49	68,75						
Bergbau	17,01	25,54	44,58	68,40	11	9	7	4	262	266
Maschinen	17,71	26,44	45,17	65,90	6	8	4	5	255	249
Papier	19,51	25,72	51,79	65,79	3	1	6	6	266	256
Gießerei	16,63	27,55	41,26	65,38	14	16	2	7	248	237
Gaswerke	19,97	25,07	48,14	65,20	2	4	8	8	241	260
Stein-u.Keramik	17,24	24,47	47,78	62,66	9	5	10	9	277	256
Glas	17,78	24,09	48,19	62,38	5	3	11	10	271	259
Metall	17,10	26,31	43,27	62,13	10	12	5	11	253	236
Holz	16,07	23,13	43,78	58,81	16	11	13	12	272	254
Elektro	17,00	22,57	41,35	58,36	12	14	14	13	243	259
Nahrungsmittel	20,34	22,45	51,16	57,83	1	2	15	14	252	258
Eisen-u.Metall	16,60	23,27	41,06	57,60	15	17	12	15	247	248
Säge	16,87	21,22	46,39	56,49	13	7	16	16	275	266
Textil	14,53	19,92	36,99	50,06	19	18	19	17	255	251
Papierverarb.	15,53	19,94	41,29	49,91	17	15	18	18	266	250
Lederverarbeit.	14,54	20,10	32,31	46,07	18	20	17	19	222	229
Ledererzeugung	13,69	19,45	32,25	44,36	21	21	20	20	236	228
Bekleidung	14,21	18,63	34,89	43,40	20	19	21	21	246	233
insgesamt	17,25	23,89	43,82 ¹⁾	61,53 ¹⁾						

1) inkl. Bau

Quelle: Lohnerhebungen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Übersicht 23

Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten) nach Einkunftsarten

Einkunftsarten	Anteil der Fälle ¹⁾ in % aller erfaß- ten Fälle			Anteil der Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten)			Durchschnittliche Einkünfte je Fall		
	1973	1977	1978	1973	1977	1978	1973	1977	1978
Land-und Forstwirtschaft	9,1	9,4	9,6	2,1	2,4	2,4	23.600	31.850	31.690
selbständige Arbeit	7,7	8,3	7,8	13,1	16,6	16,3	175.150	249.520	261.630
Gewerbebetrieb	32,0	28,4	28,6	56,1	44,3	42,0	181.510	194.380	182.800
nichtselbständige Arbeit	25,5	27,1	27,7	21,4	27,8	30,2	86.640	128.190	136.030
Kapitalvermögen	5,4	5,4	5,3	2,1	2,2	2,3	40.730	51.130	54.890
Vermietung u. Verpachtung	15,3	15,6	15,3	3,4	4,3	4,3	23.320	34.630	34.980
Sonstige Einkünfte	5,0	5,8	5,7	1,8	2,4	2,5	36.980	51.000	54.670

1) Zahl der erfaßten Fälle der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten übersteigt die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen bei weitem. Das bedeutet, daß beim überwiegenden Teil der Veranlagten das steuerpflichtige Einkommen aus zumindest zwei Einkommensquellen stammt.

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1973, 1977, 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Einkünfte und Verluste nach Einkunftsarten 1978

Einkunftsarten	Fälle von Einkünften	Durchschnittl. Einkünfte je Fall	Fälle von Verlusten	Durchschnittl. Verluste je Fall
Land-und Forstwirtschaft	57.116	33.540	1.021	72.050
selbständige Arbeit	44.426	278.510	2.572	29.890
Gewerbebetrieb	163.044	198.910	10.553	66.050
nichtselbständige Arbeit	167.872	136.210	202	14.080
Kapitalvermögen	31.661	56.510	207	193.420
Vermietung u. Verpachtung	77.662	47.180	15.186	27.370
Sonstige Einkünfte	34.712	54.840	77	19.660
insgesamt	576.493	133.470	29.818	43.850

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 25

Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen
in Österreich

Schichtung der Einkommen- steuerpflichtigen nach der Einkommenshöhe	Anteil am gesamten einkommen- steuerpflichtigen Einkommen in %		
	1973	1977	1978
unterstes Zehntel	1,3	1,2	1,2
2. Zehntel	2,1	2,1	2,0
3. Zehntel	2,8	2,9	2,7
4. Zehntel	3,5	3,6	3,5
5. Zehntel	4,4	4,5	4,5
6. Zehntel	5,5	5,6	5,6
7. Zehntel	6,6	7,1	7,1
8. Zehntel	9,3	9,5	9,6
9. Zehntel	13,7	14,5	14,5
oberstes Zehntel	50,8	49,0	49,3
oberstes Hundertstel	19,3	18,9	18,6

Statistische Kennzahlen	1973	1977	1978
Variationskoeffizient	2,079	2,843	2,767
log. Standardabweichung	0,991	1,000	0,990
Gini-Koeffizient	0,595	0,586	0,589
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0,666	0,674	0,658
Theil-Koeffizient	0,708	0,834	0,830

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1973, 1977, 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 26

Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen
 vor und nach Steuern 1978

Schichtung der Einkommen- steuerpflichtigen nach der Einkommenshöhe	Anteil am gesamten einkommen- steuerpflichtigen Einkommen in %	
	vor Steuer	nach Steuer
unterstes Zehntel	1,2	1,8
2. Zehntel	2,0	2,8
3. Zehntel	2,7	3,8
4. Zehntel	3,5	4,6
5. Zehntel	4,5	5,7
6. Zehntel	5,6	6,9
7. Zehntel	7,1	8,5
8. Zehntel	9,6	11,0
9. Zehntel	14,5	15,2
oberstes Zehntel	49,3	39,7
oberstes Hundertstel	18,6	13,7

Statistische Kennzahlen	vor Steuer	nach Steuer
Variationskoeffizient	2,767	2,054
log. Standardabweichung	0,990	0,851
Gini-Koeffizient	0,589	0,494
Atkinson-Koeffizient ($\epsilon=2$)	0,658	0,550
Theil-Koeffizient	0,830	0,556

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 27

Einkommensteuerpflichtige und Einkünfte (nach Verlustausgleich)
nach Bundesländern

Bundesland	Anteil Steuerpflichtige			Anteil Einkünfte (nach Ausgleich mit Verlusten) an den Gesamteinkünften			Durchschnittliche Einkünfte je Steuerpflichtigen		
	1973	1977	1978	1973	1977	1978	1973	1977	1978
Burgenland	2,8	2,9	2,8	1,8	1,9	1,9	112.200	142.530	147.600
Kärnten	5,7	5,7	5,9	5,5	5,4	5,4	171.210	204.280	197.890
Niederösterreich	16,5	18,0	18,4	13,1	14,7	14,6	139.230	174.210	170.410
Oberösterreich	15,6	15,4	15,3	16,0	15,8	15,7	179.290	219.480	220.220
Salzburg	6,8	6,8	6,8	8,3	7,7	7,4	211.040	240.550	233.850
Steiermark	10,9	11,3	11,2	11,2	11,7	11,5	178.200	222.280	219.130
Tirol	8,4	8,7	9,1	8,6	8,4	8,8	178.380	208.130	207.180
Vorarlberg	6,3	6,3	6,5	5,8	5,8	6,3	160.790	195.140	208.650
Wien	27,0	24,9	24,0	29,7	28,6	28,4	191.790	245.290	253.950
Österreich	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	174.560	213.900	214.670

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1973, 1977, 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen
nach Bundesländern 1978

Bundesland	Dezile in Schilling								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Burgenland	28.190	37.600	48.300	61.140	76.410	95.790	123.210	165.410	271.920
Kärnten	33.100	45.740	59.140	74.650	93.250	117.610	150.280	213.120	369.890
Niederösterreich	29.320	38.980	49.850	63.210	78.630	98.790	131.230	184.810	314.020
Oberösterreich	35.280	49.470	64.220	79.870	97.190	118.530	147.310	209.060	380.400
Salzburg	33.470	47.920	63.690	81.160	101.560	128.900	167.830	241.390	417.310
Steiermark	34.400	47.350	61.680	77.820	97.650	125.720	165.280	236.440	412.450
Tirol	34.170	49.610	65.460	82.540	101.340	125.790	158.400	219.120	267.860
Vorarlberg	40.500	61.300	81.660	102.580	124.450	148.970	177.120	213.800	307.730
Wien	35.730	51.670	68.860	89.390	116.030	149.350	197.930	282.820	469.750
Österreich gesamt	33.320	46.860	61.850	78.590	98.440	123.940	162.220	225.090	383.800

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Übersicht 29

Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen
nach Bundesländern 1978

Bundesland	Indexwerte der Dezile nach Bundesländern (Österreich gesamt = 100)								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Burgenland	84,6	80,2	78,1	77,8	77,6	77,3	76,0	73,5	70,8
Kärnten	99,3	97,6	95,6	95,0	94,7	94,9	92,6	94,7	96,4
Niederösterreich	88,0	83,2	80,6	80,4	79,9	79,7	80,9	82,1	81,8
Oberösterreich	105,9	105,6	103,8	101,6	98,7	95,6	90,8	92,9	99,1
Salzburg	100,5	102,3	103,0	103,3	103,2	104,0	103,5	107,2	108,7
Steiermark	103,2	101,0	99,7	99,0	99,2	101,4	101,9	105,0	107,5
Tirol	102,6	105,9	105,8	105,0	102,9	101,5	97,6	97,3	95,8
Vorarlberg	121,5	130,8	132,0	130,5	126,4	120,2	109,2	95,0	80,2
Wien	107,2	110,3	111,3	113,7	117,9	120,5	122,0	125,6	122,4
Österreich gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

Verteilung der einkommensteuerpflichtigen Einkommen
nach Bundesländern 1978

Bundesland	Variations- koeffizient	log.Standard- abweichung	Gini-Koeffizient	Atkinson- Koeffizient ($\epsilon=2$)	Theil- Koeffizient
Burgenland	1.513	0.960	0.540	0.633	0.583
Kärnten	1.652	0.985	0.570	0.642	0.663
Niederösterreich	1.754	0.954	0.577	0.617	0.697
Oberösterreich	1.922	0.970	0.600	0.641	0.791
Salzburg	1.901	1.016	0.604	0.666	0.784
Steiermark	1.728	0.995	0.587	0.646	0.710
Tirol	1.759	0.973	0.568	0.640	0.687
Vorarlberg	1.569	0.898	0.506	0.594	0.559
Wien	1.778	1.067	0.602	0.699	0.748
Österreich gesamt	2.767	0.990	0.589	0.658	0.830

Quelle: Einkommensteuerstatistik 1978, Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen.

SOZIALE SICHERHEIT

=====

DIE SOZIALAUSGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

In der Abgrenzung der EG-Sozialkonten - sie umfassen neben den Ausgaben der öffentlichen Hand für soziale Sicherheit auch sogenannte "freiwillige Arbeitgeberleistungen" - betragen 1981 die Sozialausgaben in Österreich etwa 282 Mrd.S. Gegenüber 1980 stiegen sie um etwa 24 Mrd.S oder 9,4 %. Diese Steigerungsrate war - am längerfristigen Trend gemessen - mäßig, jedoch deutlich höher als das nominelle Wirtschaftswachstum (ü5,7 %). Die Sozialquote (das ist der Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt) stieg dadurch um fast einen Prozentpunkt auf 26,8 %.

Sozialausgaben
1981:282 Mrd.S

Steigerung
9,4 %

Sozialquote
26,8 %

Entsprechende Daten für die EG-Länder reichen zur Zeit nur bis zum Jahr 1979 (bzw. für 4 Länder bis 1980). Demnach hatten 1979 die Niederlande mit 30,0 % die höchste Sozialquote, gefolgt von Dänemark (27,1 %) und Belgien (27,0 %). Den relativ niedrigsten Sozialausgabenanteil am Brutto-Inlandsprodukt verzeichneten Irland (18,2 %) und Großbritannien (20,4 %). Österreich lag mit einer Quote von 25,9 % an der 5. Stelle der 10 Vergleichsländer. Bereits in den Vorjahren war Österreich im Mittelfeld gelegen. (1)

internat.Ver-
gleich 1979
Österreich an
5. Stelle

(1) Siehe G. Busch, Die Sozialausgaben Österreichs im internationalen Vergleich, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, Wien 1979. Hierin wird auch die Problematik solcher internationaler Vergleiche ausführlich erörtert. Insbesondere ist bei der Interpretation der Daten zu beachten, daß eine hohe Sozialquote nicht unbedingt mit einem hohen Niveau an sozialer Vorsorge gleichgesetzt werden kann; sie kann z.B. auch durch hohe Arbeitslosigkeit - und entsprechend hohe Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung - bedingt sein.

Entwicklung der Sozialquoten¹⁾ im internationalen Vergleich²⁾

Sozialquoten

	1975	1978	1979	1980
BRD	27,8 (1)	27,4 (2)	26,8 (4)	.
Frankreich	22,9 (6)	25,0 (6)	25,3 (6)	25,8
Italien	22,6 (7)	23,6 (7)	22,8 (7)	.
Niederlande	26,7 (2)	28,9 (1)	30,0 (1)	30,7
Belgien	24,5 (4)	26,4 (3)	27,0 (3)	.
Luxemburg	22,4 (8)	25,6 (5)	25,3 (6)	26,5
Großbritannien	20,0 (9)	20,4 (8)	20,4 (8)	.
Irland	19,4 (10)	17,5 (9)	18,2 (9)	.
Dänemark	25,8 (3)	26,2 (4)	27,1 (2)	28,0
Österreich	23,9 (5)	26,2 (4)	25,9 (5)	25,9

1) Sozialausgaben in % des Brutto-Inlandsprodukts

2) Die Ziffern in Klammern entsprechen dem Rang im internationalen Vergleich

Quelle: EG-Sozialkonten; Wifo-Berechnungen

FAMILIENLASTENAUSGLEICH (FLAG)

Die Ausgaben des Familienlastenausgleichs (Kapitel 56 des Bundesvoranschlages) betragen 1981 31,3 Mrd.S. Dies entsprach 9,3 % der Gesamtausgaben des Bundes. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Aufwendungen um 8,3 % und damit rascher als in den beiden letzten Jahren. Maßgebend hierfür war die Anhebung der Familienbeihilfen um rund 10 % ab Jahresbeginn. Für das erste Kind betrug die Beihilfe nunmehr S 1.000,- monatlich (vorher: S 910,-), für Kinder ab dem 10. Lebensjahr S 1.050,-. An die Stelle der bisher nach der Kinderzahl gestaffelten Beihilfe trat nunmehr eine Staffelung nach dem Alter eines Kindes (sie wurde Anfang 1982 weiter ausgebaut, indem die Beihilfe für Kinder ab 10 Jahren auf S 1.200,- erhöht wurde). Von den übrigen, quantitativ weniger bedeutenden Leistungen, stiegen die Ausgaben für Schülerfreifahrten am stärksten (etwa um ein Fünftel). Die Zahl der Kinder, für die Familienbeihilfen (in voller Höhe) aus Mitteln des FLAG geleistet wurden, betrug knapp über 1,9 Millionen; sie ist in den letzten Jahren geringfügig gestiegen.

Ausgaben des Familienlastenausgleichs:
31,3 Mrd.S,
8,3 % Erhöhung

Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds

Die Aufwendungen des FLAG wurden 1981 zu etwa 60 % aus zweck gebundenen Dienstgeberbeiträgen in der Höhe von rund 18,5 Mrd.S gedeckt. Gegenüber 1980 hat sich sowohl der Finanzierungsanteil als auch die absolute Höhe (-3,8 %) der Dienstgeberbeiträge verringert, da der Beitragssatz von 5 % auf 4,5 % gesenkt wurde.⁽¹⁾

(1) Diese Senkung ist im Zusammenhang mit einer gleichzeitigen Beitragssatzerhöhung in der Pensionsversicherung der Unselbständigen zu sehen. Sie trägt daher den Charakter einer Budgetumschichtung mit dem Ziel, den Bund in der Finanzierung der Pensionsversicherung zu entlasten.

Einnahmen
des FLAG
Fonds

Abgesehen von den Dienstgeberbeiträgen erfolgt die Finanzierung überwiegend aus dem allgemeinen Aufkommen der direkten Steuern. Die Einnahmen blieben, wie in den beiden Vorjahren, hinter den Ausgaben zurück; das Defizit vergrößerte sich infolge der niedrigeren Dienstgeberbeiträge auf etwa 3,1 Mrd.S (1980: 496 Mill.S). Zur Deckung des Abgangs mußten Mittel des Reservefonds in Anspruch genommen werden. Dank der Überschüsse aus den Jahren vor 1979 wies der Reservefonds Ende 1980 ein Vermögen von 12,8 Mrd.S. aus.

Mit Jahresanfang 1982 wurden der Alterszuschlag zur Familienbeihilfe und die Geburtenbeihilfe angehoben. Auf der Beitragsseite wurden keine neuen Maßnahmen getroffen. Zur Deckung der Mindereinnahmen wird der Reservefonds heuer voraussichtlich mit 3,3 Mrd.S beansprucht werden.

Gebahrung des Familienlastenausgleichs

Mill.S

	1980	1981
Ausgaben insgesamt	29.194	31.338
davon Familienbeihilfen	23.081	24.600
Geburtenbeihilfen	1.335	1.300
Schülerfreifahrten	2.083	2.520
Schulbücher	953	995
 Einnahmen		
Dienstgeberbeiträge	19.229	18.500
Öffentliche Mittel ¹⁾	9.377	9.651
Sonstige Einnahmen ²⁾	92	100
Ersatz vom Reservefonds	496	3.087

1) Anteil an Einkommens- und Körperschaftssteuer, Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Beiträge der Länder

2) Rückgezahlte Unterhaltsvorschüsse

Quelle: Bundesvoranschlag (für 1981) bzw. Bundesrechnungsschluß (für 1980)

Die Entwicklung der österreichischen Sozialversicherung im Jahre 1981

Entwicklung der Versichertenstände

Im Jahresdurchschnitt 1981 waren in der sozialen Krankenversicherung 7,486.000 Personen leistungsberechtigt, davon waren 4,820.000 beitragszahlende Versicherte und 2,666.000 mitversicherte Angehörige. Der Anteil der durch die soziale Krankenversicherung geschützten Personen an der Gesamtbevölkerung - diese betrug zum Volkszählungstag 12. Mai 1981 7,555.338 - betrug somit 99'1 %.

Stand in der Krankenversicherung

Obwohl sich die Zahl der in der Krankenversicherung geschützten Personen gegenüber dem Vorjahr um 27.000 erhöhte, fiel der Anteil der geschützten Personen an der Gesamtbevölkerung von 99'4 % im Jahre 1980 auf 99'1 % im Jahre 1981 zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerungszahl durch das Volkszählungsergebnis um etwa 40.000 bis 50.000 gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung korrigiert wurde.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der beitragszahlenden Versicherten um 21.000 und die Zahl der ohne Beitragsleistung mitversicherten Angehörigen um 6.000. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der mitversicherten Angehörigen nur schätzungsweise ermittelt wird, so daß kleinere Abweichungen zur tatsächlichen Zahl auftreten können.

Weiters ist zur statistischen Erfassung der Zahl der krankenversicherten Personen festzustellen, daß in der gesamten Sozialversicherung grundsätzlich fallbezogene Statistiken und nicht personenbezogene Statistiken geführt werden. Treffen in einer Person mehrere Versicherungsverhältnisse zusammen, wie zum Beispiel bei Doppelbeschäftigung, bei beschäftigten Pensionisten oder bei Bezug von zwei Pensionen usw., dann werden auch mehrere Versicherungsfälle gezählt.

statistische Erfassung

Durch statistische Auswertungen der Daten der Versicherungsdatei des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger können nun personenbezogene Daten gewonnen werden. Aufgrund dieser statistischen Sondererhebungen, die allerdings nicht alle Bereiche der Sozialversicherung erfassen, kann abgeschätzt werden, daß die Zahl der krankenversicherten Personen um rund 250.000 niedriger ist als die Zahl der Versicherungsverhältnisse. Berücksichtigt man diese Bereinigung des Gesamt-Versichertenstandes, dann reduziert sich der Anteil der geschützten Personen an der Bevölkerung von 99'1 % auf rund 96 %.

Die Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der österreichischen Bevölkerung und der geschützten Personen seit dem Jahre 1971.

Von der Gesamtzahl der beitragszahlenden Personen entfielen 88'4 % auf die Krankenversicherung der Unselbständigen und 11'6 % auf die Krankenversicherung der Selbständigen. Die Zahl der in der Krankenversicherung der Selbständigen versicherten Personen zeigt langfristig eine fallende Tendenz, während die Zahl der in der Krankenversicherung der Unselbständigen versicherten Personen ständig zunimmt.

Durch das ASVG wurden im Jahre 1981 3,796.267 Personen, das sind 78'8 % aller Versicherten, erfaßt. Die Zahl der krankenversicherten Arbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 1981 1,372.380 und war damit um rund 10.000 Personen niedriger als im Vorjahr. Die Zahl der krankenversicherten Angestellten betrug 1,095.412; gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl um rund 18.000. Im Vergleich zum Jahre 1971 erhöhte sich die Zahl der Angestellten um 328.000, die Zahl der Arbeiter sank hingegen um 25.000 (siehe Tabelle 2).

Stand in der Unfallversicherung

In der Unfallversicherung betrug die Zahl der unfallversicherten Personen 4,950.100. Die Zahl der unfallversicherten Unselbständigen betrug 2,713.300 und die Zahl der unfallversicherten Selbständigen betrug 919.800. Weiters waren 1,317.000 Schüler und Studenten in der Unfallversicherung versichert.

In der P e n s i o n s v e r s i c h e r u n g waren im Jahresdurchschnitt 1981 2,813.946 Personen versichert; 2,439.148 in der Pensionsversicherung der Unselbständigen und 374.798 in der Pensionsversicherung der Selbständigen. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1980 erhöhte sich die Zahl der pensionsversicherten Personen lediglich um 2.889 bzw. 0'1 %, und zwar im Bereich der Pensionsversicherung der Unselbständigen um 1.890 und im Bereich der Pensionsversicherung der Selbständigen um 999.

Stand in der Pensionsversicherung

Entwicklung der Pensionen und Renten

Nachdem sich das Wachstum des Pensionsstandes seit Mitte der siebziger Jahre vorübergehend verlangsamte hatte, beschleunigte es sich in den letzten drei Jahren. Hiefür waren einerseits demographische Faktoren wie die tendenziell steigende Lebenserwartung, andererseits der latente Arbeitskräfteüberschuß und höhere Leistungsansprüche (u.a. auch Mehrfachbezüge von Pensionen) bestimmend. Im Jahre 1981 ist die Zahl der Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung um weitere 23.175 gestiegen und überschritt damit zum ersten Mal die 1'5 Millionen-Grenze (Pensionsstand Dezember 1981: 1,507.751). Eine Zunahme der Pensionen ist bei allen Pensionsarten (Ausnahme Waisenspensionen) festzustellen. Überdurchschnittlich stark stieg die Zahl der Alterspensionen an Unselbständige (+ 3'4 %), vor allem an Angestellte (+ 6'4 %). Darin spiegelt sich der steigende Anteil der Angestellten an den Erwerbstätigen sowie die steigende Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahrzehnten. Von den Pensionen an Selbständige nahmen die **Erwerbsunfähigkeitspensionen** um 3'6 % zu, während die Alterspensionen um 0'6 % zurückgingen. Nach den Folgewirkungen verschiedener Leistungsverbesserungen (vor allem bei den Bauernpensionen) hat sich die Entwicklung hier weitgehend normalisiert.

Beschleunigte Zunahme der Zahl der Pensionen

Verschlechterung
der Belastungs-
quote

Da sich die Zahl der aktiven Pensionsversicherten lediglich um 2.889 erhöhte, hat sich die Belastungsquote (Pensionen je 1.000 Versicherte) sowohl im Bereich der Unselbständigen als auch im Bereich der Selbständigen bedeutend verschlechtert. Insgesamt entfielen im Jahre 1980 auf 1.000 Pensionsversicherte 523 Pensionen, im Jahre 1981 aber bereits 531 Pensionen. Im Bereich der Pensionsversicherung der Unselbständigen erhöhte sich die Pensionsbelastungsquote von 477 auf 486 und im Bereich der Pensionsversicherung der Selbständigen von 823 auf 825.

Der anhaltende Konjunkturabschwung und die damit verbundene Nachfrageabschwächung auf dem Arbeitsmarkt sowie demographische Faktoren führten zu einer deutlichen Zunahme der vorzeitigen Alterspensionen.

Steigerung bei
den vorzeiti-
gen Alters-
pensionen

Die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen bei langer Versicherungsdauer betrug im Dezember 1981 78.429 und war damit um 10.522 bzw. 15'5 % höher als im Dezember 1980; die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen bei Arbeitslosigkeit stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1.918 bzw. 29'1 % auf 8.513.

Witwerpension

Durch die 36. Novelle zum ASVG wurde eine Witwerpension eingeführt, für die "spiegelgleich" die Anspruchsvoraussetzungen gelten wie bisher bereits für die Witwenpensionen. Voraussetzung ist, daß der Versicherungsfall nach dem 31. Mai 1981 eingetreten ist. Die Witwerpension gebührt jedoch noch nicht in voller Höhe. Ab 1. Juni 1981 wird sie zu einem Drittel, ab 1. Jänner 1985 zu zwei Drittel gewährt und erst ab 1. Jänner 1989 in der vollen Höhe zur Auszahlung gebracht.

Insgesamt haben in der zweiten Jahreshälfte 1981 ca. 900 Witwer einen Antrag auf Witwerpension gestellt. Im Dezember 1981 haben die Pensionsversicherungsträger 684 Witwerpensionen ausbezahlt. Damit wurde die prognostizierte Zahl an Witwerpensionen (3.600 Ende 1981) bei weitem nicht erreicht.

Die Gesamtzahl aller Pensionen und Renten aus der Unfall- und Pensionsversicherung betrug im Dezember 1981 1,633.087 und war damit um 21.406 bzw. 1'3 % höher als vor Jahresfrist.

In den einzelnen Bereichen wurde folgende Anzahl von Pensionen und Renten ausbezahlt:

Pensionsversicherung der Unselbständigen : 1,197.328
 Pensionsversicherung der Selbständigen: 310.423
 Unfallversicherung: 125.336

Zahl der Pensionen nach Versicherungsbe-
 reichen

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der ausbezahlten Pensionen mit der Zahl der Pensionsbezieher nicht ident ist. Wie aus einer Auswertung der Versicherungsdatei des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger hervorgeht, war zum Stichtag 1. Juli 1981 die Zahl der ausbezahlten Pensionen etwa um 9'3 % höher als die Zahl der Pensionsbezieher. Vor allem bei den Witwen ist die

Zahl der Doppelpensionsbezieher groß. Rund 28 % der Witwen bezogen neben der Witwenpension noch eine eigene Alterspension oder Invaliditätspension.

Im Zeitraum 1. Jänner 1977 bis 31. Dezember 1980 konnten von den Pensionsversicherten unter bestimmten Voraussetzungen Anträge auf nachträglichen Einkauf von Versicherungsmonaten gestellt werden.

nachträglicher
 Einkauf von
 Versicherungs-
 zeit

Die folgende Tabelle gibt nun einen Überblick über die Zahl der Anträge im Zeitraum Jänner 1977 bis Dezember 1980.

Zahl der Anträge auf nachträglichen Einkauf von
 Versicherungsmonaten

JAHR	INSGESAMT	MÄNNER	FRAUEN
1977	12.464	2.468	9.996
1978	8.700	1.992	6.708
1979	9.875	3.219	6.656
1980 ¹⁾	41.958	10.372	31.586

1) vorläufige Zahlen; einschließlich der Anträge, die im Dezember 1980 eingelangt sind, jedoch erst im Jahre 1981 statistisch erfaßt wurden sowie Abtretungen von anderen Versicherungsträgern.

Insgesamt wurden bis Dezember 1981 36.427 Anträge angenommen. 13.749 Anträge wurden abgetreten oder es kam zu einem Verfahrensabbruch bzw. zu einer sonstigen Erledigung. 18.688 Anträge waren am Ende des Jahres 1981 noch unerledigt. Insgesamt wurden bis zum Dezember 1981 3,158.781 Versicherungsmonate eingekauft, wofür ein Betrag von 1.838 Millionen Schilling aufgewendet wurde.

Pensionsanpassung und Pensionshöhe

Für das Jahr 1981 wurde der Anpassungsfaktor mit 1'051 festgesetzt. Mit 1. Jänner 1981 wurden die Pensionen und Renten demnach um 5'1 % angehoben.

Pensions-
anpassung
1981:
5,1 %

Einen Überblick über die Entwicklung der Pensionsanpassung seit dem Jahre 1970 gibt die folgende Tabelle:

Jahr	PENSIONSAN- PASSUNG IN %
1970	+ 5'4
1971	+ 7'1
1972	+ 7'4
1973	+ 9'0
1974	+ 10'4
1.7.1974	+ 3'0
1975	+ 10'2
1.7.1975	+ 3'0
1976	+ 11'5
1977	+ 7'0
1978	+ 6'9
1979	+ 6'5
1980	+ 5'6
1981	+ 5'1

Das erklärte Ziel der Pensionsdynamik ist es, die Pensionisten an der Einkommensentwicklung der unselbständig Erwerbstätigen teilnehmen zu lassen. Da Lohnbewegungen nur

im nachhinein festgestellt werden können, ist eine Verzögerung der Pensionsanpassung unvermeidbar und in Jahren eines stärkeren Preisauftriebes scheinbar ungünstig. Der Anpassungsfaktor des Jahres 1981 spiegelt die Lohnbewegungen der Erwerbstätigen im Zeitraum Juli 1978 bis Jänner 1980 wider. In diesem Zeitraum war die Inflationsrate gering (1978: 3'6 %, 1979: 3'7 %). Die durchschnittliche Beitragsgrundlagenerhöhung auf der Grundlage der Berechnungsmethode für die Richtzahl betrug aber 5'1 %.

Im Jahre 1981, in dem die Pensionen um 5'1 % angehoben wurden, war die Pensionsanpassung unter der Inflationsrate von 6'8 %. Damit mußten die Pensionisten im Jahre 1981 zwar einen Realwertverlust hinnehmen; langfristig gesehen hat jedoch die lohnorientierte Pensionsdynamik für die Pensionisten bedeutende Vorteile gegenüber einer preisorientierten Anpassung gebracht. Seit 1970 wurden die Pensionen um 144'0 % angehoben. Der Verbraucherpreisindex stieg im selben Zeitraum aber nur um 96'4 %. Die reale Pensionssteigerung betrug demnach + 24'2 %.

reale Pensionssteigerung seit 1970: 24,2 %

Die tatsächliche Steigerung der Durchschnittspensionen gegenüber dem Vorjahr lag bei den meisten Versicherungsträgern über dem Wert des Anpassungsfaktors. Dies erklärt sich aus Strukturverschiebungen und daraus, daß die Beträge der jährlich neu anfallenden Pensionen in der Regel höher sind als die der wegfallenden. Aber auch eine Änderung in der Zusammensetzung des Pensionsstockes beeinflußt den Gesamtdurchschnitt.

Die tatsächliche Erhöhung der Durchschnittspensionen im Vergleichszeitraum Dezember 1981 zu Dezember 1980 bei den einzelnen Pensionsversicherungsträgern kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

VERSICHERUNGSTRÄGER	DURCHSCHNITTS- PENSION DEZEMBER 1981	ERHÖHUNG GEGENÜBER DEZEMBER 1980	
	S	S	%
Pensionsversicherung insges.	4.451	306	7'4
Pensionsvers. der Unselbst.	4.646	318	7'3
PVA der Arbeiter	4.026	262	7'0
VA d. österr. Eisenbahnen	3.692	258	7'5
PVA der Angestellten	6.110	411	7'2
VA d. österr. Bergbaues	5.638	409	7'8
Pensionsvers. der Selbst.	3.698	250	7'3
SVA d. gewerbl. Wirtschaft	4.444	317	7'7
SVA der Bauern	3.096	194	6'7
VA d. österr. Notariates	15.822	1.399	9'7

Eine vergleichende Darstellung der Durchschnittspensionen, die sich nur auf den Bereich der Alterspension beschränkt, gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen besser entsprechendes Bild. Stellt doch für den überwiegenden Teil der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen die Alterspension die einzige finanzielle Sicherung ihres Lebensstandards dar. In der folgenden Aufstellung wird daher die Entwicklung der durchschnittlichen Alterspension seit 1970 - getrennt nach Versicherungsträgern - angegeben.

durch-
schnittl.
Alters-
pension

Durchschnittliche Alterspension

(in Schilling)

VERSICHERUNGSTRÄGER	D E Z E M B E R				STEIGERUNG 1970-1981 IN %
	1970	1975	1980	1981	
Pensionsvers. insgesamt	1.863	3.280	5.153	5.533	197'0
Pensionsvers.d.Unselbst.	2.182	3.612	5.461	5.843	167'8
PVA der Arbeiter	1.867	3.082	4.568	4.864	160'5
VA d.ö.Eisenbahnen	1.940	3.348	5.180	5.541	185'6
PVA der Angestellten	2.953	4.737	7.019	7.485	153'5
VA d.ö.Bergbaues	3.405	5.675	8.408	8.958	163'1
Pensionsvers.d.Selbst.	965	2.269	4.092	4.418	357'8
SVA d.gew.Wirtschaft	1.644	3.015	4.999	5.405	228'8
SVA der Bauern	478	1.674	3.244	3.466	625'1
VA d.österr.Notariates	7.206	14.529	25.021	27.049	275'4

Wie aus obiger Tabelle ersichtlich, stiegen vor allem die Alterspensionen bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern überproportional. Bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern macht sich vor allem die Umwandlung der bäuerlichen Zuschußrenten in Übergangspensionen bemerkbar.

Zum Vergleich soll im folgenden die Entwicklung der höchstmöglichen Pension in der Pensionsversicherung nach dem ASVG dargestellt werden. Die überproportionale Steigerung in den letzten Jahren ist auf die zusätzliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage in den Jahren 1977 bis 1979 zurückzuführen.

Höchstpensionen
Höchstbeitrags-
grundlagen

Entwicklung der Höchstpension in der
Pensionsversicherung nach dem ASVG
1970 - 1981

JAHR	HÖCHSTPENSION IN S	STEIGERUNG GEGEN- ÜBER VORJAHR IN %
1970 ^{+))}	5.448'90	-
1971 ^{+))}	5.848'--	+ 7'3
1972 ^{+))}	6.267'80	+ 7'2
1973 ^{+))}	6.762'30	+ 7'9
1974	7.251'20	+ 7'2
1975	7.876'90	+ 8'6
1976	8.653'60	+ 9'9
1977	9.357'20	+ 8'1
1978	10.298'40	+ 10'1
1979	11.442'40	+ 11'1
1980	12.744'60	+ 11'4
1981	13.993'60	+ 9'8

+) Stichtag 1. Juli

Ausgleichszulagen

Erreicht das Gesamteinkommen nicht die Höhe des Richtsatzes, so hat der Pensionsberechtigte einen Anspruch auf eine Ausgleichszulage zur Pension, und zwar in der Höhe der Differenz zwischen Gesamteinkommen und Richtsatz. Ab 1. Jänner 1981 standen die einzelnen Richtsätze in folgender Höhe in Geltung:

Ausgleichszulage,
Richtsätze

Für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung, wenn sie mit dem Ehegatten (Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	S	5.316,--
Alleinstehende	S	3.703,--
Für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer)pensionen	S	3.703,--
Für Pensionsberechtigte auf Waisenpensionen:		
bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	S	1.383,--
falls beide Elternteile verstorben sind	S	2.078,--
nach Vollendung des 24. Lebensjahres	S	2.456,--
falls beide Elternteile verstorben sind	S	3.703,--

Die Bemühungen im Kampf gegen die Armut wurden auch im Berichts-
jahr fortgesetzt. Die Richtsätze für Ausgleichszulagen wurden auch im Jahre 1981 über die Pensionsanpassung hinaus angehoben. Trotz dieser Maßnahme verläuft die Entwicklung der Zahl der Ausgleichszulagen immer günstiger. In der gesamten Pensionsversicherung wurden im Dezember 1981 309.768 Ausgleichszulagen ausbezahlt, um 6.045 weniger als im gleichen Monat des Jahres 1980. Da die Gesamtzahl der Pensionen anstieg, die Zahl der Ausgleichszulagen sich aber verringerte, hat sich der Anteil der Pensionen mit einer Ausgleichszulage von 21'3 % im Dezember 1980 auf 20'5 % im Dezember 1981 verringert.

Verringerung
der Zahl der
Ausgleichszulagen

Die durchschnittliche Ausgleichszulage je Empfänger betrug im

Dezember 1970	S	432,56
Dezember 1975	S	811,88
Dezember 1980	S	1.228,72
Dezember 1981	S	1.300,51

Die durchschnittliche Ausgleichszulage je Empfänger erhöhte sich demnach im Zeitraum Dezember 1970 bis Dezember 1981 um S 867,95 bzw. 200'7 % und von Dezember 1980 auf Dezember 1981 um 5'8 %.

überproportio-
nale Erhöhung
der Ausgleichs-
zulagen

Seit dem Jahre 1974 liegt eine getrennte statistische Erfassung der Bezieher von Ausgleichszulagen zu Direkt- pensionen nach Alleinstehenden und Verheirateten vor. Im genannten Zeitraum war folgende Entwicklung festzu- stellen:

		Alleinstehende	Verheiratete
Zahl der AZ-Bezieher	Dez. 1974	132.005	90.879
	Dez. 1975	130.339	86.717
	Dez. 1976	126.915	79.912
	Dez. 1977	122.549	76.694
	Dez. 1978	120.654	72.139
	Dez. 1979	117.675	66.831
	Dez. 1980	114.206	61.947
	Dez. 1981	112.524	58.199
Schilling je AZ-Fall	Dez. 1974	747'11	797'75
	Dez. 1975	854'59	914'92
	Dez. 1976	948'28	1.022'48
	Dez. 1977	1.032'65	1.126'25
	Dez. 1978	1.123'72	1.239'23
	Dez. 1979	1.199'95	1.330'31
	Dez. 1980	1.267'23	1.410'17
	Dez. 1981	1.336'84	1.505'21

Vorläufige GebarungsergebnisseS o z i a l v e r s i c h e r u n g i n s g e s a m t

Das für das Jahr 1981 einstweilen nur vorläufig vorliegende Gebarungsergebnis der Sozialversicherungsträger ergab Gesamteinnahmen in der Höhe von 159.837 Millionen Schilling, denen Ausgaben von 159.276 Millionen Schilling gegenüberstanden. Im Vergleich zum Jahre 1980 sind die Gesamteinnahmen um 7'6 % und die Gesamtausgaben um 8'2 % gestiegen.

Gebarung der
Sozialversi-
cherung

Beträge in Mill.S

BEZEICHNUNG	1980	1981 ¹⁾	VERÄNDE- RUNG IN %
Einnahmen	148.507	159.837	+ 7'6
Ausgaben	147.147	159.276	+ 8'2
Saldo	+ 1.360	+ 561	--

1) Vorläufige Erfolgsrechnung

K r a n k e n v e r s i c h e r u n g

Im Jahre 1981 betragen die Gesamteinnahmen aller Krankenversicherungsträger 43.474 Millionen Schilling und die Gesamtausgaben 43.488 Millionen Schilling. Die prozentuelle Steigerung der Gesamteinnahmen gegenüber dem Jahre 1980 betrug 7'4 % und die der Gesamtausgaben 7'8 %.

Gebarung der
Krankenversi-
cherung

Im Berichtsjahr betrug der Gebarungsabgang in der gesamten Krankenversicherung zwar lediglich 14 Millionen Schilling, doch ist dies nur darauf zurückzuführen, daß die nach dem B-KUVG eingerichteten Versicherungsträger das Geschäftsjahr mit einem relativ hohen Gebarungsüberschuß abschließen konnten (+ 415 Millionen Schilling). Die ASVG-Krankenversicherungsträger verzeichneten im Jahre 1981 einen Gebarungsabgang in der Höhe von 218 Millionen Schilling.

Dennoch ist das Gebarungsergebnis günstiger ausgefallen als zu Beginn des Jahres 1981 prognostiziert wurde. Hauptursache für den im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringeren Ausgabenzuwachs ist die unterdurchschnittliche Steigerung der Ausgaben für Heilmittel (+ 5'8 %) und für Krankenunterstützung (+ 5'7 %).

Beträge in Mill.S

BEZEICHNUNG	1980	1981 ¹⁾	STEIGERUNG IN %
Einnahmen	40.473	43.474	+ 7'4
Ausgaben	40.324	43.488	+ 7'8
Saldo	+ 149	- 14	--

1) Vorläufige Erfolgsrechnung

Betrachtet man die Ausgabenseite, so ist bei den wichtigsten Leistungsarten folgende Entwicklung zu beobachten:

Ausgaben nach Leistungsbe-reichen Die betragsmäßig größte Ausgabenposition ist mit 11.423 Millionen Schilling die Leistungsposition "Anstalts-pflege". Gegenüber dem Jahre 1980 betrug die Steigerung 959 Millionen Schilling bzw. 9'2 %.

Anstalts-pflege Nach den seit 1. Jänner 1978 geltenden Rechtsvorschriften über die Krankenanstaltenfinanzierung erhöhen sich die Pflegegebührenersätze der Sozialversicherungsträger mit jedem 1. Jänner im prozentuellen Ausmaß der Erhöhung der Beitragseinnahmen aller Krankenversicherungsträger vom Vorjahr auf das laufende Jahr, wobei allerdings vor der Berechnung der Steigerungsrate jeweils die an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gemäß § 447f ASVG zu überweisenden Beträge der Krankenversicherungsträger von insge-

samt 3'75 % der Beitragseinnahmen für pflichtversicherte Erwerbstätige, für freiwillig Versicherte und für Arbeitslose, abzuziehen sind.

Eine Gegenüberstellung bzw. Schätzung der Beitragseinnahmen des jeweiligen Vorjahres zum laufenden Jahr ergaben folgende Erhöhungen der Pflegegebührenersätze:

1977 auf 1978	11'43 % (endgültig)
1978 auf 1979	7'96 % (endgültig)
1979 auf 1980	7'24 % (endgültig)
1980 auf 1981	7'52 % (provisorisch)
1981 auf 1982	8'52 % (provisorisch)

Die an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zu leistenden Überweisungen betragen für

1978	810'5 Mill.S
1979	867'7 Mill.S
1980	925'4 Mill.S

und werden voraussichtlich

für 1981	990'0 Mill.S
für 1982	1.071'5 Mill.S

erreichen.

Für die Leistungsposition "Ä r z t l i c h e H i l f e " haben die Krankenversicherungsträger im Jahre 1981 10.889 Millionen Schilling aufgewendet, das sind um 862 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1980. Die relative Steigerung betrug bei dieser Leistungsposition 8'6 %.

Ärztliche
Hilfe

Die drittgrößte Leistungsposition ist der Aufwand für "H e i l m i t t e l". Im Jahre 1981 haben die Krankenversicherungsträger 5.897 Millionen Schilling für Heilmittel ausgegeben. Gegenüber 1980 stieg der Aufwand um 325 Millionen Schilling bzw. um 5'8 %.

Heilmittel

Nach den überproportionalen Steigerungsraten der letzten Jahre (1979: + 14'1 %; 1980: + 12'9 %) ist im Jahre 1981 auf dem Heilmittelsektor eine Beruhigung eingetreten.

Zahnbe-
handlung,
Zahner-
satz

Der Aufwand für "Z a h n b e h a n d l u n g , Z a h n -
e r s a t z" betrug im Jahre 1981 3.559 Millionen Schilling.
Die Aufwandssteigerung gegenüber 1980 betrug 208 Mil-
lionen Schilling bzw. 6'2 %.

Kranken-
unter-
stützung

Der Aufwand für "K r a n k e n u n t e r s t ü t z u n g"
betrug im Jahre 1981 2.631 Millionen Schilling. Die
Aufwandssteigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 142 Mil-
lionen Schilling bzw. 5'7 %. Dies bedeutet, daß sich
die Zahl der Krankenstandstage beträchtlich reduziert
haben dürfte; genaue statistische Unterlagen liegen
derzeit nicht vor.

P e n s i o n s v e r s i c h e r u n g

Gebarung
der Pen-
sionsver-
sicherung

Die Gesamteinnahmen in der Pensionsversicherung betragen
109.236 Millionen Schilling, um 7.812 Millionen Schilling
oder 7'7 % mehr als im Jahre 1980. Die Ausgaben betragen
108.742 Millionen Schilling; sie erhöhten sich gegenüber
dem Jahre 1980 um 8.298 Millionen Schilling oder 8'3 %.
Das Rechnungsjahr 1981 wurde mit einem Mehrertrag in der
Höhe von 494 Millionen Schilling, das sind 0'5 % der Ge-
samteinnahmen, abgeschlossen.

Beträge in Mill.S

BEZEICHNUNG	1980	1981 ¹⁾	DIFFERENZ IN %
Einnahmen	101.424	109.236	+ 7'7
Ausgaben	100.444	108.742	+ 8'3
Saldo	+ 980	+ 494	--

1) Vorläufige Gebarungsergebnisse

Von den im Jahre 1981 erzielten Gesamteinnahmen in der Höhe von 109.236 Millionen Schilling entfielen

Einnahmen in der
Pensionsversicherung

83.457 Mill.S bzw. 76'4 % auf Beiträge für Versicherte,
24.549 Mill.S bzw. 22'5 % auf Bundesmittel und
1.230 Mill.S bzw. 1'1 % auf sonstige Einnahmen.

Die derzeitige Regelung für die Verteilung des Bundesbeitrages sieht vor, daß 100'5 % der Ausgaben gedeckt sein müssen. Diese Ausfallhaftung des Bundes gewährleistet, daß jedem Pensionsversicherungsträger die für die Leistungserbringung benötigten Mittel zur Verfügung stehen.

Im Bereich der Pensionsversicherung der Unselbständigen betrug der Bundesbeitrag im Jahre 1981 7.362 Millionen Schilling und war damit um 372 Millionen Schilling bzw. 5'3 % höher als im Jahre 1980. Ursache für diese geringe Steigerung waren die finanziellen Maßnahmen der 35. Novelle zum ASVG, insbesondere die Erhöhung des Zusatzbeitrages gemäß § 51a ASVG von 3'0 % auf 3'6 %.

Bundesbeitrag in
der Pensionsver-
sicherung

In der Pensionsversicherung der Selbständigen hingegen erhöhte sich der Bundesbeitrag (einschließlich der Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer und einschließlich des Beitrages gemäß § 31 Abs.3 BSVG sowie der Überweisung gemäß § 12 Abs.3 des Wohnungsbeihilfengesetzes) gegenüber dem Jahre 1980 um 1.410 Millionen Schilling bzw. 14'6 % auf 11.086 Millionen Schilling.

Damit betrug der Bundesbeitrag im Bereich der Pensionsversicherung der Unselbständigen nur noch 8'1 % der Gesamteinnahmen, im Bereich der Pensionsversicherung der Selbständigen aber rund 60 %.

Im Jahre 1981 wurde in der Pensionsversicherung der Unselbständigen der höchste Grad an Eigenfinanzierung erreicht.

Pro ausbezahlter Jahrespension hat der Bund im Jahre 1981 im Bereich der Pensionsversicherung der Unselbständigen S 6.216,--, im Bereich der Pensionsversicherung der Selbst-

ständigen aber S 35.870,-- an Bundesbeiträgen zur Verfügung gestellt. Es muß hier auf die gewaltigen Leistungsverbesserungen im Bereich der bäuerlichen Pensionsversicherung hingewiesen werden. Die Durchschnittspensionen stiegen in diesem Bereich von 1970 - damals noch Zuschußrenten - auf 1981 um 625 %. Diese gewaltige Leistungsverbesserung wurde zum Großteil durch Bundesmittel finanziert. Diese stiegen von rund 700 Millionen Schilling im Jahre 1970 auf rund 6'7 Milliarden Schilling im Jahre 1981, also um fast das Zehnfache an.

Stellt man den Bundesbeitrag dem Pensionsaufwand gegenüber, dann ergibt sich für die Jahre 1980 und 1981 bei den einzelnen Versicherungsträgern nachstehendes Ergebnis:

PENSIONSVERSICHERUNGSTRÄGER	BUNDESBEITRAG IN % DES PENSIONS-AUFWANDES	
	1980	1981
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	80'2	82'9
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	72'2	77'6
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues	29'4	24'8
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen	16'7	8'4
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	15'5	15'4
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	-	0'1

Im Jahre 1981 mußte zum ersten Mal seit dem Jahre 1971 die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten wiederum einen Bundesbeitrag in Anspruch nehmen. Zwar fiel dieser Bundesbeitrag mit 18 Millionen Schilling gering aus, doch ist für die Zukunft mit einer starken Erhöhung der Bundesmittel im Bereich der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten zu rechnen.

Die Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates hat als einziger Pensionsversicherungsträger keinen Anspruch auf einen Bundesbeitrag.

Einen Gesamtüberblick über die zur Verfügung gestellten Bundesmittel gibt folgende Tabelle:

Bundesmittel in der gesetzlichen Pensionsversicherung
im Jahre 1981

B E Z E I C H N U N G	BUNDESMITTEL IN MILL.S
Pensionsversicherung der Unselbständigen	
Bundesbeitrag	7.362
Ersätze für Ausgleichszulagen	3.362
Ersätze für Wohnungsbeihilfen	267
Pensionsversicherung der Selbständigen	
Bundesbeitrag einschließlich der Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer und einschließlich des Betrages gemäß § 31 Abs.3 BSVG sowie der Überweisung gemäß § 12 Abs.3 des Wohnungsbeihilfengesetzes	11.086
Ersätze für Ausgleichszulagen	2.472
Ersätze für Wohnungsbeihilfen	0
Pensionsversicherung insgesamt	24.549

Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Bundesmittel seit dem Jahre 1956 geben die Tabellen 15 bis 17.

Die Gebarungsergebnisse in der Pensionsversicherung, gegliedert nach einzelnen Leistungspositionen, für die Jahre 1980 und 1981 zeigt die Tabelle 11.

U n f a l l v e r s i c h e r u n g

Die Unfallversicherung hat das Geschäftsjahr 1981 mit einem Gebarungsüberschuß in der Höhe von 81 Millionen Schilling abgeschlossen. Den Gesamteinnahmen in der Höhe von 7.127 Millionen Schilling standen Gesamtausgaben in der Höhe von 7.046 Millionen Schilling gegenüber.

Gebarung
der Un-
fallver-
sicherung

BEZEICHNUNG	1980	1981 ¹⁾	STEIGERUNG GEGENÜBER VOR- JAHR IN %
Einnahmen	6.610	7.127	+ 7'8
Ausgaben	6.379	7.046	+ 10'5
Saldo	+ 231	+ 81	--

1) Vorläufige Gebarungsergebnisse

Von den Gesamtausgaben entfallen rund die Hälfte auf Rentenzahlungen und etwa ein Viertel auf Unfallheilbehandlung.

Die Gebarungsergebnisse in der Unfallversicherung, gegliedert nach einzelnen Leistungspositionen, für die Jahre 1980 und 1981 zeigt die Tabelle 12.

S o n d e r r u h e g e l d

Das mit 1. Juli 1981 in Kraft getretene Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz (NSchG) sieht neben anderen Maßnahmen die Gewährung eines Sonderruhegeldes vor. Anspruch auf diese neue Leistung haben derzeit Männer ab dem 57. Lebensjahr und Frauen ab dem 52. Lebensjahr, wenn sie in den letzten 20 Jahren mindestens 15 Jahre Nachtschicht-Schwerarbeit geleistet haben.

Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz

In der Vorbereitungsphase des Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes wurde erwartet, daß die Dienstgeber für **cirka 70.000 Personen einen Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag** zu leisten haben werden; tatsächlich wurden von den Krankenversicherungsträgern am Ende des Berichtsjahres erst 5.572 Versicherte nach dem NSchG registriert, davon 5.566 Männer und 6 Frauen. Die Erfassung aller unter das NSchG fallenden Arbeitnehmer ist allerdings noch nicht abgeschlossen, da Messungen für die Kriterien der Schwerarbeit für jeden einzelnen Arbeitsplatz vorgenommen werden müssen. Eine Zunahme des Standes der unter die Bestimmungen des NSchG fallenden Personen wird daher in den nächsten Monaten mit Sicherheit eintreten.

Der Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag beträgt derzeit 2'5 v.H. der allgemeinen Beitragsgrundlage in der nach dem ASVG geregelten Pensionsversicherung. Dieser Beitrag wird von den Krankenversicherungsträgern eingehoben und an den Bund abgeführt. Der Bund ersetzt den Pensionsversicherungsträgern die Aufwendungen für das Sonderruhegeld, die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge für Versicherte, die Nachtschicht-Schwerarbeit leisten. Die gesamte Ersatzleistung des Bundes ist aber mit 110 v.H. des Aufwandes für Sonderruhegeld begrenzt. Einen allfälligen Fehlbetrag haben die Pensionsversicherungsträger aus ihrer ordentlichen Gebarung zu decken.

Die Sonderruhegeld-Empfänger sind von den Pensionsversicherungsträgern verwaltungstechnisch wie Pensionisten zu behandeln. Die Pensionsversicherungsträger haben jedoch die Aufwendungen und Erträge nach dem NSchG nicht im eigenen Budget, sondern in einer gesonderten Erfolgsrechnung nachzuweisen.

Bis zum 31. Dezember 1981 wurden 547 Anträge (davon zwei Anträge von Frauen) auf Gewährung eines Sonderruhegeldes gestellt. Die Pensionsversicherungsträger haben bis zu diesem Stichtag in 49 Fällen ein Sonderruhegeld zuerkannt, zwei Anträge mußten abgelehnt werden und 51 Anträge wurden auf sonstige Art (u.a. Abtretungen an andere Pensionsversicherungsträger) erledigt; 445 Anträge verblieben noch unerledigt. Von den Pensionsversicherungsträgern wurden bisher für Sonderruhegeld 34,6 Millionen Schilling, für die Gesundheitsvorsorge der nach dem NSchG Versicherten 13,8 Millionen Schilling und für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld 2,6 Millionen Schilling aufgewendet. Die Gebarungsdaten sind allerdings noch als vorläufig anzusehen.

Mit dem zu erwartenden Anwachsen sowohl des Standes an NSchG-Versicherten als auch an Sonderruhegeld-Empfänger wird sich das Gebarungsvolumen im Jahre 1982 wesentlich erhöhen.

Beitragsgrundlagen und Beitragssätze

Einen Überblick über die im Jahre 1981 in Geltung gestandenen Beitragssätze, und zwar getrennt nach Dienstnehmeranteil und Dienstgeberanteil, gibt die folgende Tabelle:

BEZEICHNUNG	INSGESAMT	DIENST-NEHMER-ANTEIL	DIENST-GEBER-ANTEIL
Beitragsätze in %			
in der Krankenversicherung (ASVG) für Dienstnehmer, deren Beschäftigungsverhältnis durch das Angestelltengesetz, Gutsangestellten-gesetz, Journalistengesetz oder Schauspielergesetz geregelt ist, für Vertragsbedienstete, die zur Pensionsversicherung der Angestellten gehören sowie für Krankenpflege- und Hebammenschülerinnen	5'0	2'5	2'5
für Dienstnehmer, die unter den Geltungsbereich des EFZG fallen, auch für Hausgehilfen, Lehrlinge und Heimarbeiter sowie			
für Dienstnehmer, deren Beschäftigungsverhältnis dem Landwirtschaftsgesetz unterliegt	6'3	3'15	3'15
für die übrigen Vollversicherten	7'5	3'75	3'75
in der Unfallversicherung (ASVG)	1'5	-	1'5
in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten	17'5	8'75	8'75
in der knappschaftlichen Pensionsversicherung (ASVG)	23'0	8'75	14'25
für den Zusatzbeitrag in der Pensionsversicherung (ASVG)	3'6	1'0	2'6
in der Arbeitslosenversicherung (ALVG 1977)	2'6	1'3	1'3
Zuschlag nach dem IESG	0'3	-	0'3
für den Schlechtwetter-schadigungsbeitrag	1'4	0'7	0'7
für die Arbeiterkammerumlage ...	0'5	0'5	-
für den Wohnbauförderungsbeitrag	1'0	0'5	0'5
für den besonderen Beitrag zum Wohnungsbeihilfengesetz	0'4	-	0'4
EFZG-Beitrag	3'8	-	3'8

Die Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Beitragsgrundlagen und der Beitragssätze in den Jahren 1981 und 1982. In dieser Tabelle werden die für die Beitragsbemessung maßgeblichen Höchst- und Mindestgrenzen angeführt. Die Darstellung bezieht sich sowohl auf den Bereich des ASVG als auch auf die Bereiche des B-KUVG, GSVG und BSVG.

Tabelle 1

Geschützte Personen in der sozialen Krankenversicherung

JAHR	BEVÖLKERUNG ¹⁾ IM JAHRES- DURCHSCHNITT	GESCHÜTZTE PERSONEN			ANTEIL DER GESCHÜTZTEN PERSONEN AN DER BEVÖL- KERUNG IN %
		ZUSAMMEN	VERSICHERTE	ANGEHÖRIGE	
AUF 1000 Personen gerundet					
1971	7,456.000	6,857.000	4,435.000	2,422.000	92'0
1972	7,495.000	6,946.000	4,423.000	2,523.000	92'7
1973	7,525.000	7,164.000	4,521.000	2,643.000	95'2
1974	7,533.000	7,259.000	4,589.000	2,670.000	96'4
1975	7,520.000	7,284.000	4,600.000	2,684.000	96'9
1976	7,513.000	7,293.000	4,624.000	2,669.000	97'1
1977	7,518.000	7,413.000	4,724.000	2,689.000	98'6
1978	7,509.000	7,438.000	4,751.000	2,687.000	99'1
1979	7,503.000	7,450.000	4,775.000	2,675.000	99'3
1980	7,505.000	7,459.000	4,799.000	2,660.000	99'4
1981	7,555.338 ²⁾	7,486.000	4,820.000	2,666.000	99'1

1) Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

2) Volkszählungsergebnisse vom 12. Mai 1981

Tabelle 2

Die Entwicklung des Versichertenstandes
in der allgemeinen Krankenversicherung

JAHRES- DURCH- SCHNITT	INSGESAMT	ARBEITER	ANGESTELLTE
1971	3,360.893	1,397.389	767.242
1972	3,426.857	1,410.435	807.045
1973	3,526.987	1,435.866	870.408
1974	3,584.170	1,426.868	924.604
1975	3,594.208	1,382.970	964.755
1976	3,615.764	1,378.220	990.275
1977	3,670.091	1,399.751	1,015.135
1978	3,708.502	1,389.659	1,038.965
1979	3,736.557	1,382.198	1,058.578
1980	3,771.566	1,382.077	1,077.173
1981	3,796.267	1,372.380	1,095.412

HAUPTVERBAND
DER ÖSTERREICHISCHEN
SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

Tabelle 3

Pensions-Belastungsquote

(Pensionsversicherte : Pensionsbezieher)

Jahresdurchschnitte 1977 - 1981

VERSICHERUNGSBEREICH (VERSICHERUNGSTRÄGER)	AUF JE 1000 PENSIONSVERSICHERTE ENTFALLEN PENSIONSBEZIEHER				
	1977	1978	1979	1980	1981
Pensionsversicherung i n s g e s a m t	511	516	521	523	531
Pensionsversicherung der Unselbständigen	467	469	473	477	486
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter	586	592	598	605	617
Versicherungsanstalt der österr. Eisenbahnen	605	622	628	610	588
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	282	284	288	295	303
Versicherungsanstalt des österr. Bergbaues	1.757	1.885	1.956	1.970	1.999
Pensionsversicherung der Selbständigen	790	819	841	823	825
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	733	746	759	726	727
Sozialversicherungsanstalt der Bauern	840	886	917	920	924
Versicherungsanstalt des österr. Notariates	582	601	581	569	561

Die Höhe der Durchschnittspensionen²⁾

Tabelle 4

in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

VERSICHERUNGS- TRÄGER	PENSIONSART	ZAHL DER PENSIONEN			PENSIONS-AUFWAND IN 1000 S			DURCHSCHNITT IN S		
		D E Z E M B E R			D E Z E M B E R			D E Z E M B E R		
		1981	1980	1979	1981	1980	1979	1981	1980	1979
Alle Träger der Pensionsver- sicherung der Unselbständigen	Pensionen insgesamt	1,197.328	1,175.829	1,153.043	5,562,562	5,088,524	4,634,605	4.646	4.328	4.019
	Pensionen wegen gem.Arbeitsf.	241.447	238.564	237.341	1,088,087	1,001,357	928,254	4.507	4.197	3.911
	Alterspensionen	529.653	512.007	493.176	3,094,989	2,796,099	2,508,301	5.843	5.461	5.086
	davon gem.§§ 253, 276 ASVG	454.120	446.903	437.723	2,495,827	2,319,128	2,133,626	5.496	5.189	4.874
	" " §§ 253a, 276a ASVG	8.513	6.595	4.847	44,447	31,689	21,087	5.221	4.805	4.350
	" " §§ 253b, 276b ASVG	67.020	58.509	50.606	554,715	445,282	353,588	8.277	7.610	6.987
	Knappschaftsolds	2.297	2.388	2.435	1,418	1,404	1,359	617	588	558
	Witwen(Witwer)pensionen	364.850	362.877	360.104	1,295,675	1,211,642	1,125,270	3.551	3.339	3.125
Waisenpensionen	59.081	59.993	59.987	82,393	78,022	71,421	1.395	1.301	1.191	
Pensions- versicherungs- anstalt der Arbeiter	Pensionen insgesamt	816.048	807.789	798.337	3,285,354	3,040,852	2,804,155	4.026	3.764	3.512
	Invaliditätspensionen	188.891	186.940	186.352	797,440	734,489	682,973	4.222	3.929	3.665
	Alterspensionen	331.815	325.645	318.460	1,613,981	1,487,670	1,361,022	4.864	4.568	4.274
	davon gem.§ 253 ASVG	289.973	289.014	286.427	1,330,850	1,256,979	1,173,198	4.590	4.349	4.096
	" " § 253a ASVG	5.644	4.413	3.313	25,737	18,468	12,727	4.560	4.185	3.841
	" " § 253b ASVG	36.198	32.218	28.720	257,394	212,223	175,097	7.111	6.587	6.097
	Witwen(Witwer)pensionen	249.987	248.855	246.958	814,852	762,453	708,632	3.260	3.064	2.869
	Waisenpensionen	45.355	46.349	46.567	59,081	56,240	51,528	1.303	1.213	1.107
Versicherungs- anstalt der österreichischen Eisenbahnen	Pensionen insgesamt	15.825	15.695	15.782	58,432	53,903	50,090	3.692	3.434	3.174
	Invaliditätspensionen	2.412	2.419	2.460	9,702	9,156	8,596	4.022	3.785	3.494
	Alterspensionen	4.983	4.810	4.730	27,609	24,916	22,777	5.541	5.180	4.815
	davon gem.§ 253 ASVG	4.331	4.255	4.198	22,388	20,804	19,091	5.169	4.889	4.548
	" " § 253a ASVG	20	19	16	69	66	56	3.473	3.483	3.476
	" " § 253b ASVG	632	536	516	5,152	4,046	3,630	8.152	7.549	7.035
	Witwen(Witwer)pensionen	7.869	7.915	8.028	20,366	19,131	18,073	2.588	2.417	2.251
	Waisenpensionen	561	551	564	755	700	644	1.346	1.270	1.142
Pensions- versicherungs- anstalt der Angestellten	Pensionen insgesamt	335.133	321.726	307.999	2,047,808	1,833,655	1,630,534	6.110	5.699	5.294
	Berufsunfähigkeitspensionen	42.119	41.025	40.226	227,749	207,499	189,337	5.407	5.058	4.707
	Alterspensionen	186.110	174.958	163.500	1,392,979	1,228,069	1,073,429	7.485	7.019	6.565
	davon gem.§ 253 ASVG	153.986	147.902	141.425	1,091,014	993,615	896,971	7.085	6.718	6.342
	" " § 253a ASVG	2.288	1.693	1.156	13,556	9,257	5,595	5.925	5.468	4.840
	" " § 253b ASVG	29.836	25.363	20.919	288,409	225,197	170,863	9.666	8.879	8.168
	Witwen(Witwer)pensionen	94.998	94.005	92.923	407,062	379,529	351,081	4.285	4.037	3.778
	Waisenpensionen	11.906	11.738	11.350	20,018	18,558	16,687	1.681	1.581	1.470
Versicherungs- anstalt des österreichischen Bergbaues	Pensionen insgesamt	30.322	30.619	30.925	170,968	160,114	149,826	5.638	5.229	4.845
	Pensionen wegen gem.Arbeitsf.	8.025	8.180	8.303	53,196	50,213	47,348	6.629	6.139	5.703
	davon Knappschaftspens.	2.032	2.145	2.196	7,037	6,980	6,638	3.463	3.254	3.023
	" Knappschaftsvollpens.	5.993	6.035	6.107	46,159	43,233	40,710	7.702	7.164	6.666
	Knappschaftsalterspensionen	6.745	6.594	6.486	60,420	55,444	51,073	8.958	8.408	7.874
	davon gem.§ 276 ASVG	5.830	5.732	5.673	51,575	47,730	44,366	8.846	8.327	7.821
	" " § 276a ASVG	561	470	362	5,085	3,898	2,709	9.064	8.294	7.483
	" " § 276b ASVG	354	392	451	3,760	3,816	3,998	10.623	9.735	8.864
	Knappschaftsolds	2.297	2.388	2.435	1,418	1,404	1,359	617	588	558
	Witwen(Witwer)pensionen	11.996	12.102	12.195	53,395	50,529	47,484	4.451	4.175	3.894
	Waisenpensionen	1.259	1.355	1.506	2,539	2,524	2,562	2.017	1.863	1.701

2) Einschließlich aller Zulagen (ohne Familienbeihilfe).

Tabelle 5

Die Höhe der Durchschnittspensionen²⁾
in der Pensionsversicherung der Selbständigen

VERSICHERUNGS- TRÄGER	PENSIONSART	ZAHL DER PENSIONEN			PENSIONS-AUFWAND IN 1000 S			DURCHSCHNITT IN S		
		D E Z E M B E R			D E Z E M B E R			D E Z E M B E R		
		1981	1980	1979	1981	1980	1979	1981	1980	1979
Sozial- versicherungs- anstalt der gewerblichen Wirtschaft	Pensionen insgesamt	135.730	134.447	133.297	603,161	554,805	508,444	4.444	4.127	3.814
	Erwerbsunfähigkeitspensionen	16.443	16.347	16.773	66,636	62,199	60,052	4.053	3.805	3.580
	Alterspensionen	71.312	70.633	69.538	385,427	353,111	319,886	5.405	4.999	4.600
	davon gem. § 130 GSVG	63.980	63.831	62.824	343,879	319,291	290,079	5.375	5.002	4.617
	" " § 131 GSVG	5.003	4.027	3.464	32,594	23,745	18,605	6.515	5.896	5.371
	" " § 238 GSVG	2.329	2.775	3.250	8,954	10,075	11,202	3.845	3.631	3.447
	Witwen(Witwer)pensionen	42.402	41.763	41.210	143,071	131,941	121,642	3.374	3.159	2.952
	davon gem. §§ 136, 137 GSVG	35.781	34.473	33.259	123,529	111,544	100,489	3.452	3.236	3.021
	" " § 238 GSVG	6.621	7.290	7.951	19,542	20,397	21,153	2.951	2.798	2.660
	Waisenpensionen	5.561	5.693	5.763	8,013	7,542	6,851	1.441	1.325	1.189
	davon gem. § 138 GSVG	5.304	5.425	5.486	7,072	6,618	5,969	1.333	1.220	1.088
" " § 238 GSVG	257	268	277	941	924	882	3.661	3.446	3.184	
Höherversicherungspensionen	12	11	13	14	12	13	1.161	1.064	1.008	
Sozial- versicherungs- anstalt der Bauern	Pensionen insgesamt	174.368	173.969	173.479	539,763	504,913	469,091	3.096	2.902	2.704
	Erwerbsunfähigkeitspensionen	44.771	42.767	40.557	136,812	123,300	110,403	3.056	2.883	2.722
	davon gem. § 123 BSVG	37.127	34.366	31.420	114,567	100,401	87,163	3.086	2.922	2.774
	" " § 225 BSVG	7.644	8.401	9.137	22,245	22,899	23,240	2.910	2.726	2.544
	Alterspensionen	76.151	77.708	79.371	263,923	252,094	240,220	3.466	3.244	3.027
	davon gem. § 121 BSVG	41.514	40.446	38.881	146,100	134,899	122,865	3.519	3.335	3.160
	" " § 122 BSVG	6.406	5.371	4.578	28,243	22,058	17,709	4.409	4.107	3.868
	" " § 225 BSVG	28.231	31.891	35.912	89,580	95,137	99,646	3.173	2.983	2.775
	Witwen(Witwer)pensionen	43.851	43.538	43.159	125,085	116,297	106,409	2.852	2.671	2.466
	davon gem. §§ 127, 128 BSVG	13.396	11.770	10.149	35,523	29,478	23,780	2.652	2.505	2.343
	" " § 225 BSVG	30.455	31.768	33.010	89,562	86,819	82,629	2.941	2.733	2.503
Waisenpensionen	9.593	9.954	10.390	13,938	13,219	12,050	1.453	1.328	1.160	
davon gem. § 129 BSVG	5.811	5.778	5.783	5,618	5,141	4,495	967	890	777	
" " § 225 BSVG	3.782	4.176	4.607	8,320	8,078	7,555	2.200	1.934	1.640	
Höherversicherungspensionen	2	2	2	5	3	9	2.440	1.589	4.488	
Versicherungs- anstalt des österreichischen Notariates	Pensionen insgesamt	325	331	337	5,142	4,774	4,617	15.822	14.423	13.700
	Berufsunfähigkeitspensionen	3	4	4	59	69	64	19.811	17.302	15.950
	Alterspensionen	92	88	96	2,489	2,202	2,246	27.049	25.021	23.400
	Witwen(Witwer)pensionen	198	204	202	2,443	2,349	2,163	12.338	11.513	10.706
	Waisenpensionen	32	35	35	151	154	144	4.731	4.413	4.120

2) Einschließlich aller Zulagen (ohne Familienbeihilfe).

Betragsangaben in Schilling

BERICHTS- MONAT	BEZEICHNUNG	SUMME PENS.VERS. SPALTE 4+9+10	PENS.VERS.DER UNSELBSTÄNDIGEN SPALTE 5 BIS 8	FVA DER ARBEITER ¹⁾	VA DER ÖGT. EISENBAHNEN	FVA DER ANGESTELLTEN	VA DES ÖST. BERGBAUES	SVA DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT	SVA DER BAUERN
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Dezember 1971	Zahl der Pensionen	1.295.220	1.040.668	752.760	15.579	242.169	30.160	109.442	145.110
	Zahl der Ausgleichszulagen	370.630	257.264	235.038	2.428	14.851	4.947	48.642	64.724
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	28'6	24'7	31'2	15'6	6'1	16'4	44'4	44'6
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	517'54	476'66	482'16	390'16	408'77	461'40	771'55	489'17
Dezember 1972	Zahl der Pensionen	1.325.700	1.056.573	761.808	15.663	249.057	30.045	113.611	155.516
	Zahl der Ausgleichszulagen	383.478	255.737	233.911	2.303	14.779	4.744	48.971	78.770
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	28'9	24'2	30'7	14'7	5'9	15'8	43'1	50'7
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	552'93	508'71	514'10	416'14	441'48	497'40	803'54	540'66
Dezember 1973	Zahl der Pensionen	1.343.580	1.067.061	767.410	15.621	254.077	29.953	117.206	159.313
	Zahl der Ausgleichszulagen	379.989	252.123	230.977	2.249	14.281	4.616	47.934	79.932
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	28'3	23'6	30'1	14'4	5'6	15'4	40'9	50'2
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	617'35	564'86	570'77	460'27	492'34	544'41	884'48	622'72
Dezember 1974	Zahl der Pensionen	1.367.738	1.083.648	776.043	15.683	261.987	29.935	122.003	162.087
	Zahl der Ausgleichszulagen	372.704	244.813	224.184	2.212	13.977	4.440	47.352	80.539
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	27'2	22'6	28'9	14'1	5'3	14'8	38'8	49'7
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	707'40	645'76	652'15	527'31	566'21	632'48	981'82	733'42
Dezember 1975	Zahl der Pensionen	1.395.166	1.102.786	784.786	15.933	272.230	29.837	126.146	166.234
	Zahl der Ausgleichszulagen	367.413	239.016	218.861	2.189	13.734	4.232	46.714	81.683
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	26'3	21'7	27'9	13'7	5'0	14'2	37'0	49'1
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	811'88	737'78	744'86	597'75	650'12	728'55	1.101'22	863'25
Dezember 1976	Zahl der Pensionen	1.412.321	1.115.997	789.595	15.878	280.983	29.541	128.977	167.747
	Zahl der Ausgleichszulagen	354.400	229.294	209.710	2.113	13.455	4.016	45.063	80.043
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	25'1	20'5	26'6	13'3	4'8	13'6	34'9	47'8
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	905'16	819'50	827'73	653'85	720'03	810'08	1.201'95	983'46
Dezember 1977	Zahl der Pensionen	1.429.744	1.127.912	791.993	15.845	289.126	30.948	130.375	171.457
	Zahl der Ausgleichszulagen	343.997	223.677	204.523	2.107	13.215	3.832	43.088	77.232
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	24'1	19'8	25'8	13'3	4'6	12'4	33'0	45'0
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	989'66	896'47	904'56	713'48	801'51	892'88	1.276'55	1.099'51
Dezember 1978	Zahl der Pensionen	1.442.517	1.138.237	793.606	15.810	297.823	30.998	131.292	172.988
	Zahl der Ausgleichszulagen	335.668	218.666	199.662	2.097	13.141	3.766	41.570	75.432
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	23'3	19'2	25'2	13'3	4'4	12'1	31'7	43'6
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	1.082'64	969'70	978'76	771'25	865'59	963'14	1.356'95	1.258'85
Dezember 1979	Zahl der Pensionen	1.459.819	1.153.043	798.337	15.782	307.999	30.925	133.297	173.479
	Zahl der Ausgleichszulagen	324.253	211.460	192.850	2.054	12.960	3.596	39.940	72.853
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	22'2	18'3	24'2	13'0	4'2	11'6	30'0	42'0
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	1.162'07	1.035'64	1.045'44	821'89	925'87	1.027'48	1.432'37	1.380'86
Dezember 1980	Zahl der Pensionen	1.484.245	1.175.829	807.789	15.695	321.726	30.619	134.447	173.969
	Zahl der Ausgleichszulagen	315.813	206.250	188.196	1.973	12.651	3.430	38.399	71.164
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	21'3	17'5	23'3	12'6	3'9	11'2	28'6	40'9
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	1.228'72	1.086'25	1.096'79	853'84	968'65	1.075'00	1.494'86	1.498'04
Dezember 1981	Zahl der Pensionen	1.507.426	1.197.328	816.048	15.825	335.133	30.322	135.730	174.368
	Zahl der Ausgleichszulagen	309.768	201.300	183.782	1.913	12.357	3.248	37.293	71.175
	Ausgleichszulagen in % des Pensionsstandes	20'5	16'8	22'5	12'1	3'7	10'7	27'5	40'8
	Durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen	1.300'51	1.153'90	1.164'33	911'85	1.039'69	1.141'03	1.573'06	1.572'35

1) Einschließlich der ehemaligen Land- und Forstw.SVA.

Die Höhe der Durchschnittsrenten²⁾
in der Unfallversicherung

Tabelle 7

VERSICHERUNGS- TRÄGER	RENTENART	ZAHL DER RENTEN			RENTENAUFWAND IN 1000 S			DURCHSCHNITT IN S		
		D E Z E M B E R			D E Z E M B E R			D E Z E M B E R		
		1981	1980	1979	1981	1980	1979	1981	1980	1979
Alle Träger der Unfall- versicherung	Renten insgesamt	125.336	127.105	127.262	207,351	197,025	184,552	1.654	1.550	1.450
	Versehrtenrenten	98.615	100.027	99.840	147,596	140,351	131,080	1.497	1.403	1.313
	Witwen(Witwer)renten	16.761	16.772	16.752	41,834	39,336	36,776	2.496	2.345	2.195
	Waisenrenten	9.832	10.172	10.526	17,720	17,138	16,493	1.802	1.685	1.567
	Eltern(Geschwister)renten	128	134	144	201	200	203	1.575	1.499	1.406
Allgemeine Unfall- versicherungs- anstalt	Renten insgesamt	81.356	82.974	83.288	164,192	156,499	146,946	2.018	1.886	1.764
	Alle Versehrtenrenten	62.110	63.472	63.538	115,521	110,313	103,254	1.860	1.738	1.625
	davon Teilrenten bis 49 v.H.	54.434	55.763	55.833	77,627	74,545	69,807	1.426	1.337	1.250
	Teilrenten 50 - 99 v.H.	6.573	6.622	6.636	27,278	25,950	24,431	4.150	3.919	3.682
	Vollrenten 100 v.H.	1.103	1.087	1.069	10,616	9,818	9,016	9.625	9.032	8.434
	Alle Witwen(Witwer)renten	11.889	11.905	11.886	33,808	31,805	29,769	2.844	2.672	2.505
	davon Bemessungsgrundlage 20 v.H.	5.771	5.847	5.848	11,999	11,446	10,722	2.079	1.958	1.833
	Bemessungsgrundlage 40 v.H.	6.118	6.058	6.038	21,809	20,359	19,047	3.565	3.361	3.155
	Waisenrenten	7.235	7.469	7.725	14,668	14,186	13,725	2.027	1.899	1.777
Eltern(Geschwister)renten	122	128	139	195	195	198	1.600	1.526	1.426	
Sozial- versicherungs- anstalt der Bauern	Renten insgesamt	36.525	36.734	36.701	26,250	24,857	23,157	719	677	631
	Alle Versehrtenrenten	31.310	31.438	31.312	20,939	19,824	18,441	669	631	589
	davon Teilrenten bis 49 v.H.	28.311	28.380	28.275	15,433	14,533	13,557	545	512	479
	Teilrenten 50 - 99 v.H.	2.701	2.765	2.744	4,448	4,301	4,001	1.647	1.556	1.458
	Vollrenten 100 v.H.	298	293	293	1,058	990	883	3.551	3.378	3.014
	Alle Witwen(Witwer)renten	3.331	3.319	3.315	3,725	3,482	3,229	1.118	1.049	974
	davon Bemessungsgrundlage 20 v.H.	1.211	1.227	1.242	1,100	1,042	959	908	850	772
	Bemessungsgrundlage 40 v.H.	2.120	2.092	2.073	2,625	2,440	2,270	1,238	1.166	1.095
	Waisenrenten	1.881	1.974	2.072	1,584	1,549	1,486	842	785	717
Eltern(Geschwister)renten	3	3	2	2	2	1	696	663	476	
Versicherungs- anstalt der österreichischen Eisenbahnen	Renten insgesamt	4.859	4.927	4.986	10,626	10,158	9,614	2.187	2.062	1.928
	Alle Versehrtenrenten	3.327	3.358	3.372	6,783	6,468	6,079	2.039	1.926	1.803
	davon Teilrenten bis 49 v.H.	2.717	2.731	2.743	3,833	3,599	3,395	1.411	1.318	1.238
	Teilrenten 50 - 99 v.H.	523	534	537	2,160	2,081	1,958	4.129	3.896	3.646
	Vollrenten 100 v.H.	87	93	92	790	788	726	9.085	8.473	7.889
	Alle Witwen(Witwer)renten	1.132	1.151	1.177	3,102	2,968	2,832	2.740	2.579	2.406
	davon Bemessungsgrundlage 20 v.H.	376	394	418	693	683	677	1.842	1.733	1.620
	Bemessungsgrundlage 40 v.H.	756	757	759	2,409	2,285	2,155	3.187	3.019	2.839
	Waisenrenten	397	415	434	737	719	699	1.857	1.732	1.611
Eltern(Geschwister)renten	3	3	3	4	3	4	1.433	1.148	1.087	
Versicherungs- anstalt öffentlich Bediensteter	Renten insgesamt	2.596	2.470	2.287	6,283	5,511	4,835	2.420	2.231	2.114
	Alle Versehrtenrenten	1.868	1.759	1.618	4,353	3,746	3,306	2.330	2.130	2.043
	davon Teilrenten bis 49 v.H.	1.707	1.609	1.472	3,243	2,806	2,441	1.900	1.744	1.658
	Teilrenten 50 - 99 v.H.	137	129	125	833	729	665	6.081	5.649	5.321
	Vollrenten 100 v.H.	24	21	21	277	211	200	11.566	10.067	9.538
	Alle Witwen(Witwer)renten	409	397	374	1,199	1,081	946	2.931	2.722	2.530
	davon Bemessungsgrundlage 20 v.H.	267	269	259	622	587	535	2.330	2.182	2.067
	Bemessungsgrundlage 40 v.H.	142	128	115	577	494	411	4.060	3.856	3.571
	Waisenrenten	319	314	295	731	684	583	2.292	2.179	1.976
Eltern(Geschwister)renten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

2) Einschließlich aller Zulagen (ohne Familienbeihilfe).

Tabelle 8

Mittel der Sozialversicherung im Vergleich zum
Bruttoinlandsprodukt und Bundesbudget

JAHR	BRUTTO- INLANDS- PRODUKT	BUNDES- BUDGET	MITTEL DER SOZIALVERSICHERUNG		
			IN MILL.S	IN PROZENT VON	
	MILLIONEN SCHILLING			SPALTE 2	SPALTE 3
1	2	3	4	5	6
1971	419.620	112.567	51.508	12'3	45'8
1972	479.540	127.889	57.728	12'0	45'1
1973	543.460	141.151	66.196	12'2	46'9
1974	618.560	167.133	77.280	12'5	46'2
1975	656.720	196.697	88.600	13'5	45'0
1976	724.750	221.900	103.005	14'2	46'4
1977	796.190	236.658	113.779	14'3	48'1
1978	842.690	265.521	126.271	15'0	47'6
1979	923.000	288.134	137.542	14'9	47'7
1980	995.930	306.492	148.507	14'9	48'5
1981 ¹⁾	1,052.360	339.456	159.837	15'2	47'9
1982	1,135.600 ²⁾	368.349	174.368	15'4	47'3

1) Vorläufige Zahlen

2) Prognose Wifo März 1982

Tabelle 9

Gebarungsergebnisse in der Krankenversicherung
1980 und 1981

Beträge in 1.000 Schilling

B E Z E I C H N U N G	1980	1981 ¹⁾	VERÄNDERUNG IN %
Gesamteinnahmen	40,,473,314	43,,473,804	+ 7'4
Beiträge für Versicherte	34,,858,104	37,,613,443	+ 7'9
Beiträge des Bundes	582,388	615,233	+ 5'6
Sonstige Einnahmen	5,,032,822	5,,245,128	+ 4'2
Gesamtausgaben	40,,323,945	43,,487,726	+ 7'8
Ärztliche Hilfe	10,,027,485	10,,889,466	+ 8'6
Heilmittel	5,,572,436	5,,896,990	+ 5'8
Heilbehelfe	717,426	813,927	+ 13'5
Zahnbehandlung, Zahnersatz	3,,350,604	3,,559,274	+ 6'2
Anstaltspflege, Haus- krankenpflege	9,,546,537	10,,442,432	+ 9'4
Überweisung an den Sonderfonds 2)	925,425	989,990	+ 7'0
Krankenunterstützung	2,,489,025	2,,630,668	+ 5'7
Mutterschaftsleistungen	2,,083,784	2,,353,322	+ 12'9
Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung	614,891	684,763	+ 11'4
Jugendlichen- und Ge- sundenuntersuchung	147,315	159,663	+ 8'4
Bestattungskostenbeitrag	575,415	619,573	+ 7'7
Fahrtspesen und Transport- kosten	597,326	669,432	+ 12'1
Allgemeiner Verwaltungs- aufwand	1,,561,318	1,,763,476	+ 12'9
Sonstige Ausgaben	1,,994,143	1,,728,073	- 13'3
Zuweisung an Rücklagen	120,815	286,677	+ 137'3
S a l d o	+ 149,369	- 13,922	-

1) Vorläufige Gebarungsergebnisse

2) Gemäß § 447f ASVG

HAUPTVERBAND
DER ÖSTERREICHISCHEN
SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

Tabelle 10

Gebarungübersicht - Krankenversicherung¹⁾

Jänner - Dezember 1981

Angaben in 1000 S

BEZEICHNUNG	KRANKEN- VERSICHERUNG ZUSAMMEN	DAVON NACH DEM			
		ASVG	B-KUVG	GSVG	BSVG
E i n n a h m e n insgesamt	43,473,804	32,929,272	5,908,989	2,498,521	2,137,022
Beiträge für Versicherte	37,613,443	28,940,522	5,148,028	2,267,134	1,257,759
Beiträge des Bundes	615,233	--	--	--	615,233
Wohnungsbeihilfenbeiträge	14,365	14,365	--	--	--
Sonstige Einnahmen	5,221,471	3,973,826	752,228	231,387	264,030
Auflösung von Rücklagen	9,292	559	8,733	--	--
A u s g a b e n insgesamt	43,487,726	33,147,669	5,494,431	2,593,766	2,251.860
Ärztliche Hilfe	10,889,466	7,970,449	1,723,714	760,932	434,371
Heilmittel	5,896,990	4,311,083	810,419	392,653	382,835
Heilbehelfe	813,927	615,578	109,838	48,520	39,991
Zahnbehandlung, Zahnersatz	3,559,274	2,631,945	562,134	230,043	135,152
Anstaltspflege	10,432,457	7,816,813	1,247,821	744,840	622,983
Hauskrankenpflege	9,975	8,993	--	318	664
Überweisung an den Sonderfonds ²⁾	989,990	775,929	112,806	54,900	46,355
Krankenunterstützung	2,630,668	2,602,465	--	28,203	--
Mutterschaftsleistungen	2,353,322	2,209,242	102,414	10,250	31,416
Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung	684,763	315,865	297,642	12,910	58,346
Jugendl.(Gesunden)untersuchung	159,663	121,990	27,980	2,292	7,401
Bestattungskostenbeitrag	619,573	472,491	51,554	39,747	55,781
Fahrtspesen und Transportkosten	669,432	530,867	62,180	28,645	47,740
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	1,763,476	1,311,579	202,069	118,579	131,249
Sonstige Ausgaben	1,728,073	1,272,303	107,661	101,398	246,711
Zuweisung an Rücklagen	286,677	180,077	76,199	19,536	10,865
S a l d o	- 13,922	- 218,397	+ 414,558	- 95,245	- 114,838

1) Erstellt auf Grund der vorläufigen Gebarungsergebnisse.

2) Gemäß § 447f ASVG.

Tabelle 11

Gebarungsergebnisse in der Pensionsversicherung1980 und 1981

Beträge in 1.000 Schilling

B E Z E I C H N U N G	1980	1981 ¹⁾	VERÄNDE- RUNG IN %
Gesamteinnahmen	101,,423,601	109,,236,392	+ 7'7
Beiträge für Versicherte	77,,036,743	83,,457,190	+ 8'3
Bundesbeitrag	16,,665,627	18,,448,374	+ 10'7
Ersätze für Ausgleichs- zulagen	5,,620,109	5,,833,752	+ 3'8
Sonstige Einnahmen	2,,101,122	1,,497,076	- 28'7
Gesamtausgaben	100,,444,255	108,,742,316	+ 8'3
Pensionsaufwand	81,,577,832	89,,171,212	+ 9'3
Ausgleichszulagen	5,,620,109	5,,833,752	+ 3'8
Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation	1,,290,057	1,,446,192	+ 12'1
Beiträge zur Krankenver- sicherung der Pensionisten	6,,210,835	6,,774,918	+ 9'1
Sonstige Leistungen	1,,283,542	1,,239,029	- 3'5
Auszahlungsgebühren	81,740	94,775	+ 15'9
Allgemeiner Verwaltungs- aufwand	2,,776,165	3,,066,406	+ 10'5
Sonstige Ausgaben	1,,551,933	1,,098,456	- 29'2
Zuweisung an Rücklagen	52,042	17,576	- 66'2
S a l d o	+ 979,346	+ 494,076	-

1) Vorläufige Gebarungsergebnisse

Tabelle 12

Gebarungsergebnisse der Unfallversicherung
1980 und 1981

B E Z E I C H N U N G	1980	1981 1)	VERÄNDE- RUNG IN %
Gesamteinnahmen	6,,609,841	7,,126,400	+ 7'8
Beiträge für Versicherte	6,,041,751	6,,500,386	+ 7'6
Bundesbeitrag gemäß § 72 ASVG	175,430	200,366	+ 14'2
Sonstige Einnahmen	392,660	425,648	+ 8'4
Gesamtausgaben	6,,378,403	7,,045,785	+ 10'5
Rentenaufwand	3,,094,424	3,,369,212	+ 8'9
Unfallheilbehandlung	1,,527,416	1,,707,728	+ 11'8
Sonstige Leistungen	325,418	365,205	+ 12'2
Auszahlungsgebühren	8,419	10,612	+ 26'0
Verwaltungsaufwand	512,990	562,842	+ 9'7
Sonstige Ausgaben	897,696	1,,028,188	+ 14'5
Zuweisung an Rücklagen	12,040	1,998	- 83'4
S a l d o	+ 231,438	+ 80,615	-

1) Vorläufige Gebarungsergebnisse

HAUPTVERBAND
DER ÖSTERREICHISCHEN
SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

Tabelle 13

Erstattung der Arbeitgeberaufwendungen¹⁾

für das Jahr 1981

K A S S E	ZAHL DER TAGE	AUFWAND IN SCHILLING	ZAHL DER PERSONEN ²⁾	AUFWAND IN S		TAGE PRO PERSON (SP.2:SPA)
				PRO TAG (SE3:SP.2)	PRO PERSON (SE3:SP.4)	
1	2	3	4	5	6	7
I n s g e s a m t	18,176.264	6,033,632.835	1,279.555	331'95	4.715'41	14'2
S u m m e GKK	17,354.383	5,683,240.487	1,234.213	327'48	4.604'75	14'1
GKK Wien	4,282.852	1,,438,982.797	286.659	335'99	5.019'84	14'9
" N.Ö.	2,959.667	990,747.562	205.868	334'75	4.812'54	14'4
" Burgenland	407.288	115,770.961	30.302	284'25	3.820'57	13'4
" O.Ö.	3,463.087	1,,186,380.907	227.554	342'58	5.213'62	15'2
" Steiermark	2,533.995	758,213.403	170.764	299'22	4.440'12	14'8
" Kärnten	1,053.038	311,943.869	76.684	296'23	4.067'91	13'7
" Salzburg	857.910	291,713.453	78.165	340'03	3.732'02	11'0
" Tirol	1,116.577	360,312.384	101.093	322'69	3.564'17	11'0
" Vorarlberg	679.969	229,175.151	57.124	337'04	4.011'89	11'9
S u m m e BKK	452.338	192,378.421	24.054	425'30	7.997'77	18'8
BKK Staatsdruckerei	12.295	6,769.834	755	550'62	8.966'67	16'3
" Tabakwerke	20.270	8,800.632	1.130	434'17	7.788'17	17'9
" Semperit	121.296	46,166.289	6.458	380'61	7.148'70	18'8
" Neusiedler	13.282	6,352.664	731	478'29	8.690'37	18'2
" Donawitz	96.730	45,510.135	5.207	470'49	8.740'18	18'6
" Zeltweg	43.093	17,586.480	2.002	408'11	8.784'46	21'5
" Kindberg	17.448	7,724.827	955	442'73	8.088'82	18'3
" Kapfenberg	110.612	46,985.064	5.785	424'77	8.121'88	19'1
" Pengg	17.312	6,482.496	1.031	374'45	6.287'58	16'8
VA d.öst.Bergbaues	246.753	116,851.676	11.409	473'56	10.242'06	21'6
VA d.öst.Eisenbahnen	122.790	41,162.251	9.879	335'22	4.166'64	12'4

1) Lt. Formular EF/M.

2) 12-Monats-Durchschnitt.

Tabelle 14

Beitragsgrundlagen und Beitragssätze

Höchst- und Mindestgrenzen sowie Beitragssätze
in den Jahren 1981 und 1982

B E Z E I C H N U N G	MONATLICH	
	1981	1982
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling		
in der Krankenversicherung (ASVG)	15.300,-	18.000,-
in der Arbeitslosenversicherung (AlVG 1977)	15.300,-	18.000,-
in der Unfallversicherung (ASVG)	20.400,-	21.600,-
in der Pensionsversicherung (ASVG)	20.400,-	21.600,-
für den Arbeitgeberbeitrag nach dem EFZG	20.400,-	21.600,-
für den Schlechtwetterentschädigungsbeitrag	20.400,-	21.600,-
für die Arbeiterkammerumlage	15.300,-	18.000,-
für den Wohnauförderungsbeitrag	15.300,-	18.000,-
für den besonderen Beitrag zum Wohnungs- beihilfengesetz	15.300,-	18.000,-
Beitragssätze in %		
in der Krankenversicherung (ASVG)		
für Dienstnehmer, deren Beschäftigungs- verhältnis durch das Angestelltengesetz, Gutsangestelltengesetz, Journalistengesetz oder Schauspielergesetz geregelt ist, für Vertragsbedienstete, die zur Pensionsver- sicherung der Angestellten gehören sowie für Krankenpflege- und Hebammenschülerinnen	5'0	5'0
für Dienstnehmer, die unter den Geltungs- bereich des EFZG fallen, auch für Hausge- hilfen, Lehrlinge und Heimarbeiter sowie		
für Dienstnehmer, deren Beschäftigungs- verhältnis dem Landarbeitsgesetz unterliegt	6'3	6'3
für die übrigen Vollversicherten	7'5	7'5
in der Unfallversicherung (ASVG)	1'5	1'5
in der Pensionsversicherung der Arbeiter und der Angestellten (ASVG)	17'5	17'5
in der knappschaftlichen Pensionsver- sicherung (ASVG)	23'0	23'0
für den Zusatzbeitrag in der Pensionsver- sicherung (ASVG)	3'6	3'6

B E Z E I C H N U N G	MONATLICH	
	1981	1982
in der Arbeitslosenversicherung (ALVG1977)	2'6	3'0
für den Schlechtwetterentschädigungsbeitrag	1'4	1'4
für die Arbeiterkammerumlage	0'5	0'5
für den Wohnbauförderungsbeitrag	1'0	1'0
für den besonderen Beitrag zum Wohnungsbeihilfengesetz	0'4	0'4
Geringfügigkeitsgrenze in Schilling	1.896,-	1.995,-
Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem B-KUVG in Schilling	15.700,-	16.600,-
Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem B-KUVG in Schilling	3.140,-	3.320,-
Beitragssatz in der Krankenversicherung nach dem B-KUVG in %	6'4	6'4
zuzüglich Beitrag des Dienstgebers für erweiterte Heilbehandlung in %	0'34	0'4
Beitragssatz in der Unfallversicherung nach dem B-KUVG in %	0'39	0'43
Beitragssatz in der Krankenversicherung der pragmatisierten Bundesbahnbeamten in %	7'7	7'7
zuzüglich Beitrag des Dienstgebers für erweiterte Heilbehandlung in %	0'43	0'5
Pensionsversicherung nach dem GSVG		
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	23.800,-	25.200,-
Mindestbeitragsgrundlage in Schilling	5.910,-	6.217,-
Beitragssatz in %	11'0	11'0
Krankenversicherung nach dem GSVG		
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	17.850,-	21.000,-
Mindestbeitragsgrundlage in Schilling	5.910,-	6.217,-
Beitragssatz in %		
für den Grundbeitrag	7'7	7'7
für den Familienbeitrag (Ehegattin) ...	3'85	3'85
Pensionsversicherung nach dem BSVG		
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	23.800,-	25.200,-
Mindestbeitragsgrundlage in Schilling	2.620,-	2.756,-
Beitragssatz in %	10'75	10'75
Krankenversicherung nach dem BSVG		
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	17.850,-	21.000,-
Mindestbeitragsgrundlage in Schilling	2.620,-	2.756,-
Beitragssatz in %	4'8	4'8

Tabelle 15

Entwicklung des Bundesbeitrages in der
Pensionsversicherung

in Mill.S

JAHR	PV INSGESAMT	D A V O N		
		ASVG	GSVG ¹⁾	BSVG ²⁾
1956	376	376	--	--
1961	2.101	1.680	178	243
1966	5.122	4.333	439	350
1967	5.994	5.066	563	365
1968	6.842	5.629	707	506
1969	7.279	5.937	834	508
1970	7.579	5.841	1.012	726
1971	8.195	6.182	1.275	738
1972	8.926	6.205	1.565	1.156
1973	9.605	6.460	1.780	1.365
1974	12.154	7.968	2.342	1.844
1975	15.933	10.774	2.869	2.290
1976	18.171	11.852	3.531	2.788
1977	21.145	13.483	4.104	3.558
1978	16.357	8.101	4.204	4.052
1979	18.368	9.196	4.574	4.598
1980	16.666	6.990	5.134	4.542
1981 ³⁾	18.448	7.362	6.034	5.052

- 1) Einschließlich Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer und Überweisung gemäß § 12 Abs.3 WBG
- 2) Einschließlich Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (BGBl.Nr.166/1960) und Überweisung gemäß § 12 Abs.3 WBG
- 3) Vorläufige Gebarungsergebnisse

Tabelle 16

Entwicklung der Ersätze für Ausgleichszulagen

in Mill.S

JAHR	PV INSGESAMT	ASVG	GSVG	BSVG
1956	63	63	--	--
1961	861	681	180	--
1966	1.375	1.013	362	--
1967	1.572	1.172	400	--
1968	1.632	1.218	414	--
1969	1.732	1.299	433	--
1970	1.852	1.397	455	--
1971	2.594	1.644	514	436
1972	3.150	1.892	577	681
1973	3.430	2.064	620	746
1974	3.801	2.259	674	868
1975	4.266	2.514	743	1.009
1976	4.658	2.723	788	1.147
1977	4.947	2.900	808	1.239
1978	5.268	3.061	824	1.383
1979	5.482	3.166	834	1.482
1980	5.620	3.242	843	1.535
1981 ¹⁾	5.834	3.362	856	1.616

1) Vorläufige Gebarungsergebnisse

Tabelle 17

Entwicklung der Bundesmittel in der
Pensionsversicherung

(Bundesbeitrag + Ausgleichszulage)

in Mill.S

Jahr	PV INSGESAMT	ASVG	GSVG ¹⁾	BSVG ²⁾
1956	439	439	--	--
1961	2.962	2.361	358	243
1966	6.497	5.346	801	350
1967	7.566	6.238	963	365
1968	8.474	6.847	1.121	506
1969	9.011	7.236	1.267	508
1970	9.431	7.238	1.467	726
1971	10.789	7.826	1.789	1.174
1972	12.076	8.097	2.142	1.837
1973	13.035	8.524	2.400	2.111
1974	15.955	10.227	3.016	2.712
1975	20.199	13.288	3.612	3.299
1976	22.829	14.575	4.319	3.935
1977	26.092	16.383	4.912	4.797
1978	21.625	11.162	5.028	5.435
1979	23.850	12.362	5.408	6.080
1980	22.286	10.232	5.977	6.077
1981 ³⁾	24.282	10.724	6.890	6.668

1) Einschließlich Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer und Überweisung gemäß § 12 Abs.3 WBG

2) Einschließlich Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (BGBl.Nr.166/1960) und Überweisung gemäß § 12 Abs.3 WBG

3) Vorläufige Gebarungsergebnisse

DIE SITUATION BEHINDERTER MENSCHEN IN ÖSTERREICH

Zur sozialen Lage behinderter Menschen

Statistische Ergebnisse über die Zahl der Behinderten hängen von der Definition des Begriffs Behinderung ab. Drei Behindertenbegriffe wurden in zwei Mikrozensus-erhebungen über Körperbehinderungen des Statistischen Zentralamtes verwendet. Dementsprechend gibt es auch drei verschieden große Zahlen von Körperbehinderten. Der weitestmögliche Begriff wurde bei der Mikrozensus-erhebung im Dezember 1976 verwendet und ergab 1,5 Millionen Personen mit körperlichen Behinderungen und Beeinträchtigungen. Es wurde dabei nach spezifischen körperlichen Beeinträchtigungen auch mit geringem Schweregrad der Behinderung gefragt. So fallen unter anderem unter die 1,5 Millionen Personen auch Brillenträger mit nur teilweiser Korrektur des Sehvermögens.

Definition:
weitestmög-
licher Behin-
dertenbegriff

In einer weiteren Mikrozensus-erhebung vom September 1978 wurden nicht die jeweiligen Beeinträchtigungen erhoben, sondern es wurde gefragt, ob Behinderung vorhanden wäre oder nicht. 900.000 Personen mit einem Alter von mehr als 15 Jahren gaben eine Behinderung an. 450.000 meinten, daß sie in ihrer Leistungsfähigkeit stark oder vollkommen beeinträchtigt wären. Da in dieser Erhebung unter "vollkommener" Beeinträchtigung ständige Bettlägrigkeit und "starker Beeinträchtigung" die Möglichkeit nur unter ständig erschwerten Bedingungen lebensnotwendige Tätigkeiten ausüben zu können, verstanden wurde, ist es gerechtfertigt, diese 450.000 Personen als "ständig Behinderte" zu bezeichnen. Gemäß dem erweiterten Behindertenbegriff ist demnach jeder fünfte Österreicher, und entsprechend einer restriktiveren Definition jeder Neunte körperbehindert. Die geistig und psychisch Behinderten und die Personen in Kranken- und Pflegeanstalten sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

engerer Be-
hinderten-
begriff

jeder 5.Öster-
reicher be-
hindert

Bei der großen Zahl von 1,5 Millionen Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen und Behinderungen handelt es sich um ca. 600.000 Sehbehinderte, ca. 350.000 Hörbehinderte, ca. 400.000 Bewegungsbehinderte, ca. 1 Million sonstige Behinderte (durch chronische Leiden). 730.000 Personen wiesen mehr als eine Behinderung auf.

Von der österreichischen Bevölkerung unter 40 Jahren sind nach dem weitestgehenden Behindertenbegriff weniger als 10 % körperbehindert. Von den 50 bis 59Jährigen jedoch mehr als ein Drittel, von 60 bis 69Jährigen fast die Hälfte, und von den Menschen über 70 Jahren mehr als zwei Drittel. Das Überwiegen alter Menschen bei den Körperbehinderten ist darauf zurückzuführen, daß die meisten Behinderungen nicht plötzlich - etwa durch Unfälle - entstehen, sondern als Ergebnis von Alterungsprozessen zu verstehen sind.

Integrationshemmnisse

Behinderte Menschen sind noch immer beachtlichen Integrationshemmnissen ausgesetzt. So wohnen 18 % aller "ständig Behinderten" in Substandardwohnungen, während im Gesamtdurchschnitt aller österreichischen Haushalte dies nur bei 15 % der Fall ist. Fast die Hälfte der "ständig Behinderten" mit einer Wohnung im 4. Stock oder höher haben keinen Aufzug zur Verfügung. Von den "ständig Behinderten" können mehr als 4/5 nur mit großen Schwierigkeiten oder überhaupt nicht stiegensteigen. Zwei Drittel von ihnen haben beträchtliche Probleme beim Tragen von Einkaufstaschen. Behindertenhaushalte sind im Durchschnitt im geringeren Ausmaß mit Telefon, Elektro- bzw. Gasherd und PKWs ausgestattet als Nichtbehindertenhaushalte. Nur ca. ein Viertel der "ständig Behinderten" können in größeren Gemeinden innerhalb von 15 Gehminuten einen Arzt, ein Lebensmittelgeschäft oder ein Verkehrsmittel erreichen.

40.000 Körperbehinderte (davon 30.000 Frauen) lebten zum Zeitpunkt der Befragung in Anstalten, manche Behinderungsgruppen zu einem relativ hohen Anteil: 17 % aller praktisch Blinden, 11 % aller Vollblinden, 16 % der an beiden Ohren Tauben, 11 % der Sprechgestörten, 20 % der Stummen.

Über die zahlenmäßige Größe der als geistig behindert zu bezeichnenden Menschen gibt es in Österreich - wie auch in anderen europäischen Ländern - keine genauen Angaben. Es gibt aber gut abgesicherte internationale Schätzzahlen über die Größe der Population. So wird angenommen, daß 0,8 % eines Geburtsjahrganges und 0,6 % der Gesamtbevölkerung geistig behindert sind. Für Österreich bedeutet dies, daß alljährlich 600-700 geistig behinderte Kinder zur Welt kommen. Bezogen auf die österreichische Gesamtbevölkerung kann angenommen werden, daß es rund 45.000 geistig behinderte Mitbürger gibt. Rechnet man nun die engsten Angehörigen (Eltern, Geschwister und Großeltern) dazu, so kann man annehmen, daß 200.000 Österreicher von den Problemen geistig behinderter Menschen persönlich betroffen sind. Grob geschätzt kann angenommen werden, daß sich leichte, mittlere und schwer Behinderung etwa verhält wie 75 : 20 : 5. Im Kindergarten- und schulischen Bereich gibt es einen Fehlbestand an Förderplätzen. Nach einer Erhebung von Abgängern der Sonderschulen für Schwerstbehinderte der Jahre 1970 bis 1972 in Wien und Niederösterreich standen in den letzten zehn Jahren weniger als ein Fünftel jemals in einem Beschäftigungsverhältnis. Eine Alternative zu Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft oder in geschützten Werkstätten sind Tagesheimstätten mit Beschäftigungstherapie. Geschätzt wird, daß es derzeit in Österreich rd. 4.300 Plätze in Tagesheimstätten mit Beschäftigungstherapie gibt. Demgegenüber kann von einem angenommenen Bedarf von 20. bis 25.000 Plätzen ausgegangen werden.

geistig
Behinderte

Rund die Hälfte der ca. 20. bis 25.000 erwachsenen geistig Behinderten lebt in Heimen und Anstalten, rund ein Viertel davon in psychiatrischen Anstalten. Die Unterbringung und Beschäftigung geistig Behinderter entsprechend ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen ist sicherlich in Zukunft eines der bedeutendsten Probleme der Hilfe für Behinderte.

25.000 Personen entmündigt

Es gibt derzeit in Österreich ca. 25.000 entmündigte Personen. Davon sind ca. 2/3 voll und 1/3 beschränkt entmündigt. Seit längerer Zeit sinkt der relative Anteil von voll Entmündigten an allen Entmündigten. Fast die Hälfte aller Entmündigten ist über 60 Jahre alt. Auffällig ist ein extrem hoher Anteil Lediger bei den Entmündigten. Fast die Hälfte der Entmündigten leben in Anstaltshaushalten (Psychiatrische Krankenhäuser, Heime bzw. sonstige Krankenhäuser). Nur 5 % der Entmündigten sind berufs- oder erwerbstätig. Grundlegende Reformen des Entmündigungs- und Anhalterechtes stehen derzeit in Diskussion.

30.000 Sonderschüler

Mehr als 30.000 österreichische Schüler besuchen eine Sonderschule oder Sonderschulklasse. Das sind fast 4 % aller Pflichtschüler. Etwa 4/5 aller Sonderschüler sind Schüler der Allgemeinen Sonderschule für Leistungsbehinderte und Lernschwache. Vom verbleibenden Fünftel stellen die Schüler der Sonderschule für Schwerbehinderte (überwiegend geistig behinderte Kinder) etwa die Hälfte. Die restlichen ca. 10 % verteilen sich auf die übrigen acht derzeit bestehenden Sonderschulsparten. Sonderschüler sind im beruflichen Bereich, in ihrer Wohnsituation, bei ihren Familienverhältnissen und bei der sozialen Integration insgesamt beträchtlichen Benachteiligungen ausgesetzt.

Während die Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung bei den 15-65jährigen Männern mehr als 4/5 und bei den 15-60jährigen Frauen mehr als die Hälfte ausmacht, beträgt sie bei den männlichen Behinderten in dieser Altersstufe nur 2/3 und bei den Frauen weniger als die Hälfte. Bei den männlichen "ständig Behinderten" beträgt sie gar nur 50 % und bei den Frauen weniger als ein Drittel. Von den 900.000 Personen, die im Mikrozensus 1978 angaben, behindert zu sein, befanden sich ca. 450.000 im erwerbsfähigen Alter und mehr als 250.000 davon waren berufstätig. Von den ca. 190.000 der "ständig Behinderten" im berufsfähigen Alter waren ca. 80.000 erwerbstätig. Die Beschäftigungsmöglichkeiten sind demnach für die Behinderten - besonders krass für die "ständig Behinderten" - gegenüber der Gesamtbevölkerung bedeutend eingeschränkt. Rund 14.000 Unternehmen sind zur Einstellung "begünstigter Invaliden" verpflichtet. Hierzu zählen Personen, deren Erwerbsfähigkeit infolge von Gesundheitsschädigungen um mindestens 50 % gemindert sind. Rund die Hälfte dieser Unternehmen kam der Einstellungspflicht nicht nach.

Erwerbsquote
bei Behin-
derten

Es gibt ca. 300.000 Empfänger von Pensionen wegen geminderter Erwerbsfähigkeit. Der größte Anteil der Pensionen wegen geminderter Erwerbsfähigkeit entfällt auf die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter (190.000). Fast 40 % der Pensionen der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter (exkl. Witwen- und Waisenspension) sind Invaliditätspensionen. Die Zahl der Anträge um eine Pension aus geminderter Arbeitsfähigkeit steigt absolut und relativ an. Die Zahl der Anträge bei den unselbständig Erwerbstätigen stieg in den letzten sechs Jahren kontinuierlich von ca. 25.000 auf ca. 35.000 jährlich an. Das bedeutet eine Steigerung von 40 %.

Pensionsemp-
fänger wegen
geminderter
Erwerbsfähig-
keit

(Die hier angeführten Daten stammen aus der Broschüre "Zur sozialen Lage behinderter Menschen", Bundesministerium für soziale Verwaltung, 1981).

Maßnahmen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zugunsten behinderter Menschen

Arbeitsmarktverwaltung

gesetzliche
Grundlagen

Im Rahmen des Konzeptes der Arbeitsmarktverwaltung (AMV) für die Gestaltung und den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente kommt der Betreuung Behinderter besondere Bedeutung zu. Nach den Bestimmungen des am 1.1.1969 in Kraft getretenen Arbeitsmarktförderungsgesetzes (AMFG) und der dazu ergangenen Verordnung sind Behinderte sowohl Personen mit körperlichen und geistigen Behinderungen als auch Personen, die es aus anderen Gründen besonders schwer haben, sich auf dem freien Arbeitsmarkt zu behaupten. Die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung haben besondere Bemühungen für diese Personen zu unternehmen, wobei angestrebt wird, für diesen Personenkreis eine dauerhafte Lösung ihres Beschäftigungsproblems herbeizuführen. Eine Gruppe, um die es dabei besonders geht, sind Arbeitskräfte mit psychischen Problemen, die Schwierigkeiten haben, Beschäftigungen zu finden. Erforderlichenfalls werden die aufgetretenen Probleme gemeinsam mit dem Behinderten in der sogenannten Teamberatung, zu der z.B. Ärzte, Psychologen usw. zugezogen werden, besprochen.

Es gibt Spezialisten für die Betreuung Behinderter bei den Landesarbeitsämtern und bei einigen großen Arbeitsämtern. Ansonsten wird der Bedarf Behinderter an vertieftem Arbeitsmarktservice und arbeitsmarktmäßiger Rehabilitation im Rahmen der normalen Tätigkeiten der Fachbediensteten des Arbeitsmarktservices befriedigt.

verstärkte
Koordination

Die Vielfalt der Stellen, die sich mit Behindertenproblemen befassen, erfordert die Koordination der Be-

treuung Behinderter. Um diese zum Vorteil der Behinder-
ten sicherzustellen, wurden in den Jahren 1970-1974 Ver-
waltungsvereinbarungen zwischen der AMV einerseits so-
wie dem Hauptverband der österreichischen Sozialversi-
cherungsträger namens der Sozialversicherungsträger so-
wie den Ämtern der Landesregierungen andererseits ab-
geschlossen, die sich in der Praxis bisher ausgezeichnet
bewährt haben.

Weiters wurde aus diesem Grund bei allen Landesarbeits-
ämtern (LAÄ) ein ständiger Rehabilitationsausschuß in-
stitutionalisiert, in dem alle mit beruflicher Rehabili-
tation befaßten Stellen vertreten sind.

Seit 1978 wurden in 5 Bundesländern, nämlich Wien, Vor-
arlberg, Burgenland, Niederösterreich und Kärnten, die
zwischen der Arbeitsmarktverwaltung und den Sozialver-
sicherungsträgern einerseits und den Landesarbeitsämtern
und Ämtern der Landesregierungen andererseits bestehende
bilaterale Vereinbarungen durch multilaterale Vereinba-
rungen ersetzt, denen neben diesen drei großen Rehabili-
tationsträgern auch das jeweilige Landesinvalidenamt (LIA)
angehört.

Aufgrund der besonderen Bedürfnisse der Behinderten und
deren steigender Zahl ist es wichtig, der Schulung der
Reha-Berater besonderes Augenmerk zu geben.

Schulung der
Reha-Berater

Durch die Einführung von Blockschulungsseminaren 1978
konnte die Qualifikation der Mitarbeiter, die mit beruf-
licher Rehabilitation befaßt sind, verbessert werden.
1980 wurde mit den Sozialversicherungsträgern und den
Landesinvalidenämtern ein gemeinsames Ausbildungskon-
zept für die mit beruflicher Rehabilitation befaßten
Mitarbeiter dieser Institutionen erarbeitet und 1981
erstmalig mit großem Erfolg realisiert.

höhere Betreuungsgquote

Die zunehmende Bedeutung der Behindertenbetreuung im Rahmen der AMV zeigen folgende Zahlen. Während im Jahr 1978 7.291 behinderte Menschen bei der AMV Rat und Arbeit suchten, waren es 1981 bereits 13.493.

Ebenso stieg die Förderung der Arbeitsmarktausbildung behinderter Personen von 1.596 im Jahr 1977 auf 2.833 im Jahre 1981. Die Förderung geschützter Arbeitsplätze konnte im selben Zeitraum von 317 auf 1.482 Fälle erhöht werden.

Auch die Ausgaben für die Betreuung behinderter Menschen stieg seit der Einführung der Programmbudgetierung im Jahr 1974 von S 16,7 Mio. auf S 107 Mio. 1981.

Zusätzlich wurde für den Ausbau und die Errichtung beruflicher Rehabilitationseinrichtungen ca. S 230 Mio. aufgewendet, davon allein S 200 Mio. für die Errichtung des Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrums Linz (BBRZ Linz 1973 eröffnet), das mit 200 Ausbildungs- und 160 Internatsplätzen das größte und modernste berufliche Rehabilitationszentrum Österreichs ist.

Rehabilitationskonzept

1977 wurde unter Bundesminister Dr. Weißenberg ein Konzept zur Eingliederung Behinderter (Rehabilitationskonzept) erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Konzept betont zwei Schwerpunkte, und zwar die Fortsetzung der Koordinierungsbemühungen der Rehabilitationsträger sowie die Errichtung bzw. den Ausbau geschützter Werkstätten für jene Behinderte, die trotz des Einsatzes aller möglichen finanziellen Beihilfen am offenen Arbeitsmarkt nicht unterkommen, jedoch mindestens 50 % der Leistung eines Nichtbehinderten auf einem gleichwertigen Arbeitsplatz erbringen.

Nach den Erhebungen besteht in den nächsten Jahren ein Bedarf von ca. 1.000 Arbeitsplätzen in geschützten Werkstätten. (Zu geschützten Werkstätten siehe auch Abschnitt über Invalideneinstellungsgesetz).

Zu betonen ist jedoch der Grundsatz des Konzepts, daß primär die Beschäftigung auf dem offenen Arbeitsmarkt anzustreben ist und nur dort, wo diese trotz Einsatz aller Förderungsmittel nicht möglich ist, ist eine Beschäftigung in einer geschützten Werkstätte vorzusehen.

Für die Behindertenbetreuung sind generelle Grundlagenforschungen notwendig; diese liefern laufend Erkenntnisse, die von der AMV auf die Praxis angewandt werden.

Behinderten-
forschung

So wurden folgende Forschungsprojekte in Auftrag gegeben und in die Praxis umgesetzt:

Einstellung von Reha-Beratern und -vermittlern
 Ausbildungspläne für die berufliche Rehabilitation
 Analyse des computerunterstützten Unterrichts im
 BBRZ Linz
 Die berufliche Sozialisation Gehörloser
 Berufsspezifische Ausbildungspläne für blinde und
 stark sehbehinderte Menschen verschiedener Länder
 Organisationssoziologische Analyse eines Modells
 "Geschützte Werkstätte"
 Normalisierung oder Ausschließung - über die Be-
 rufsabfindung und das Lebensschicksal von Sonder-
 schülern

Ein wichtiger Aspekt bei der Eingliederung vor allem schwer körperlich behinderter Menschen ist die ergonomische Anpassung des Arbeitsplatzes an die spezielle Behinderung des Arbeitssuchenden.

Zu diesem Zweck wurden zwischen 1975 - 1978 abstrakte ergonomische Leistungs- und Arbeitsplatzanforderungsprofile sowie positive Leistungsprofile für die wichtigsten Berufe entwickelt.

Gleichzeitig wurden die Arbeitsämter und die Landesarbeitsämter aufgefordert, die Arbeitsinspektorate, die Experten des Unfallverhütungsdienstes der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt bzw. sonstige ergonomische Experten zur Beratung bei Arbeitsplatzadaptierungen heranzuziehen.

Verbesserte Rehabilitationsleistungen der Sozialversicherung

Mit der 32. Novelle zum ASVG vom 13. Dezember 1976 wurde sowohl die Rehabilitation von Versehrten in der Unfallversicherung als insbesondere auch die Rehabilitation von Versicherten und Beziehern einer Pension aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitslosigkeit in der Pensionsversicherung auf vollkommen neue Rechtsgrundlagen gestellt.

Unfallversicherung

Die beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen in der Unfallversicherung, die im Zusammenwirken mit den Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung zu treffen sind, umfassen insbesondere eine weitestgehende Hilfestellung bei der Wiedereingliederung in das Berufsleben, in deren Rahmen während einer längstens vier Jahre währenden Ausbildungszeit auch Zuschüsse zum Entgelt geleistet werden können, sowie die Gewährung finanzieller oder sonstiger Hilfsmaßnahmen, um eine Fortsetzung der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, schließlich auch eine Hilfeleistung zur Erlangung einer Arbeitsstelle oder einer anderen Erwerbsmöglichkeit. Im Bereich der sozialen Rehabilitation kann der Unfallversicherungsträger unter Bedachtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Versehrten insbesondere Zuschüsse oder Darlehen zur Adaptierung von Wohnräumlichkeiten gewähren. Wenn dem Versehrten auf Grund seiner Behinderung die Benützung eines öffentlichen Verkehrsmittels nicht zumutbar ist, kann auch ein Zuschuß zu den

Kosten für die Erlangung einer Lenkerbefugnis sowie auch ein Zuschuß oder ein Darlehen zum Ankauf oder zur Adaptierung eines Personenkraftwagens gewährt werden.

Unterzieht sich der Versehrte einer Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit oder einer Umschulung für einen neuen Beruf, so hat er Anspruch auf ein Übergangsgeld. Neben diesem Übergangsgeld kann dem Versehrten ein Beitrag zu den Kosten des Unterhalts für ihn und seine Angehörigen geleistet werden, soweit billigerweise anzunehmen ist, daß der Versehrte die Kosten der bisherigen Lebensführung aus einem anderen Einkommen nicht decken kann.

Der Katalog der anerkannten Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten wurde ausgeweitet.

Für jene Fälle, in denen eine Rehabilitation nicht im Rahmen der Unfallversicherung stattfindet, hat der Gesetzgeber nunmehr eine umfassende Zuständigkeit in der Richtung eingeführt, daß die Rehabilitation eine Pflichtaufgabe der Pensionsversicherung sein soll, dies allerdings, ohne daß der einzelne Versicherte einen individuellen Leistungsanspruch ableiten kann. Der Pensionsversicherung wurde somit nunmehr neben der Vorsorge für die Versicherungsfälle des Alters, der geminderten Arbeitsfähigkeit und des Todes auch zur Verpflichtung gemacht, Maßnahmen der Rehabilitation zu treffen. Die bisher unter der Bezeichnung "Gesundheitsfürsorge" von den Pensionsversicherungsträgern erbrachten Leistungen werden auch in Zukunft, jedoch unter der Bezeichnung "Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge", erbracht werden können. Die Rehabilitation durch die Pensionsversicherung ist für Versicherte und Bezieher einer Pension aus einem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit, ausgenommen einer Knappschaftpension, vorgesehen, die an einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung leiden. Vorwiegend altersbedingte Leiden und Gebrechen sind jedoch nicht Gegenstand der Rehabilitation.

Pensionsversicherung

- Behinderten-
begriff
- Personen gelten dann als behindert, wenn infolge eines Leidens oder Gebrechens Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit schon gegeben ist oder ohne Gewährung von Maßnahmen der Rehabilitation in absehbarer Zeit wahrscheinlich gegeben wäre.
- medizinische
Maßnahmen
- Die medizinischen Maßnahmen der Rehabilitation umfassen im wesentlichen die Unterbringung in Krankenanstalten, die vorwiegend der Rehabilitation dienen, die Gewährung von Körperersatzstücken, orthopädischen Behelfen und anderen Hilfsmitteln, die Gewährung ärztlicher Hilfe sowie die Versorgung mit Heilmitteln und Heilbehelfen und die Übernahme der in diesem Zusammenhang anfallenden Reise- und Transportkosten.
- berufliche
Maßnahmen
- Für die Gewährung der beruflichen Maßnahmen der Rehabilitation in der Pensionsversicherung sind im wesentlichen die für die Unfallversicherung diesbezüglich geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Erfordert der erfolgreiche Abschluß der Rehabilitation über die medizinischen und beruflichen Maßnahmen hinaus auch soziale Maßnahmen, sind auch diese im wesentlichen nach den für die Unfallversicherung geltenden Grundsätzen zu gewähren.
- Für die Dauer der Gewährung von medizinischen Maßnahmen der Rehabilitation oder einer beruflichen Ausbildung in diesem Rahmen hat der Pensionsversicherungsträger ein Übergangsgeld zu leisten.
- Als Folge der Einführung eines Übergangsgeldes im Rahmen der Rehabilitation wurde außerdem der Ersatzzeitkatalog in der Pensionsversicherung erweitert.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Rehabilitation wurde übrigens auch eine Ergänzung des Invaliditätsbegriffes vorgesehen. Wurden einem Versicherten erfolgreich Maßnahmen der Rehabilitation gewährt, gilt er nicht nur dann als invalide, wenn etwa seine Arbeitsfähigkeit infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten in jedem dieser Berufe abgesunken ist, sondern auch dann, wenn das entsprechende Herabsinken der Arbeitsfähigkeit in den Berufen, zu denen ihn die Rehabilitation befähigt hat, erfolgte. Diese Neuregelung gilt entsprechend auch für den Begriff der Berufsunfähigkeit.

Ergänzung des Invaliditätsbegriffes

Das bisher Gesagte gilt im wesentlichen entsprechend auch für den Bereich der Sozialversicherung der Gewerbetreibenden und der Bauern.

Kriegsopferversorgung

Die soziale Lage der Kriegsbeschädigten hat sich seit 1970 durch den laufenden Ausbau des Leistungsangebotes wesentlich gebessert. Während im Jahre 1970 noch annähernd 1,0 Milliarden Schilling für Versorgungsgebühren und andere Leistungen aufgewendet wurden, waren es im Jahre 1981 - trotz des Rückganges der Zahl der Kriegsbeschädigten um jährlich 3,0 % - bereits rund 2,6 Milliarden Schilling. Die reale Leistungsverbesserung, die in den Jahren 1970 bis 1981 für die Kriegsbeschädigten erreicht werden konnte, beträgt - auf die Person bezogen - annähernd 87,5 %.

reale Leistungsverbesserungen

Die Erhöhung der Pflege- und Blindenzulagen brachte in den Jahren 1972 und 1973 jenen Beschädigten wirksame Hilfe, die infolge ihrer Dienstbeschädigung fremder Hilfe bedürfen. Während ein Beschädigter, der auf einen Rollstuhl

angewiesen oder ständig bettlägrig ist, im Jahre 1970 eine Pflegezulage von monatlich S 2.078,- erhielt, gehörte ihm im Jahre 1981 eine Zulage von monatlich S 8.646,- S.

Neben der Verbesserung der bestehenden Versorgungsleistungen wurde darüber hinaus das System der Kriegsopferversorgung u.a. durch die Schaffung eines Zuschusses zu den Kosten für Diätverpflegung im Jahre 1972 weiter ausgebaut. Durch die Einführung einer Alterserschwerniszulage im Jahre 1975 wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß sich ein Teil der Kriegsbeschädigten bereits im Vorgerückten Alter befindet und sich altersbedingte Leiden im Zusammenwirken mit den Dienstbeschädigungen besonders nachteilig auswirken. Diese nach dem Alter und der Minderung der Erwerbsfähigkeit gestaffelten Zulagen haben bis Ende 1981 annähernd 18.500 Personen erhalten. Eine vergleichbare Entschädigung findet sich in keinem Versorgungsgesetz eines anderen Staates.

Neben der Erweiterung des Leistungsangebotes auf dem Gebiete der medizinischen und sozialen Rehabilitation (z.B. durch Zuschüsse für die Adaptierung von Wohnungen für Rollstuhlfahrer) wurde vor allem auch eine Reihe von beruflichen Förderungsmaßnahmen geschaffen.

Heeresversorgung

Mit den Maßnahmen des Heeresversorgungsgesetzes ist es gelungen, die davon betroffenen, überwiegend jugendlichen Behinderten, bis auf wenige Ausnahmen in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Aufgrund der 1972 eingeführten gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich Verbrechensopfer wurden nun erstmalig wesentliche Hilfestellungen für diese Personengruppen angeboten.

Beratungsdienst in sozialen Angelegenheiten

Besonders in den verkehrstechnisch schwer erreichbaren Gebieten wurden die von den Landesinvalidenämtern veranstalteten Amtstage für den von diesen Behörden zu betreuenden Personenkreis als Serviceleistung der sozialen Fürsorge und Versorgung mit großem Interesse aufgenommen. Im Jahr 1975 wurde bei allen Landesinvalidenämtern ein Auskunfts- und Beratungsdienst in sozialen Angelegenheiten eingerichtet. Den Behinderten wird nun Rat und Hilfe nicht nur in den Bereichen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung, Verbrechensopferentschädigung und Invalideneinstellung, sondern auch auf den Gebieten der Sozialversicherung und Arbeitsmarktverwaltung sowie Sozial- und Behindertenhilfe der Länder angeboten.

Die anhaltende Inanspruchnahme zeigt, daß mit der Einrichtung der Auskunfts- und Beratungsdienste einem ständigen Hilfsbedürfnis der Behinderten Rechnung getragen wurde.

Beratungsdienst für entwicklungsgestörte Kinder und Jugendliche

In Zusammenarbeit mit der Burgenländischen Landesregierung hat der Bund im Jahre 1976 im Bereich des Landes Burgenland einen mobilen Beratungsdienst für entwicklungsgestörte Kinder und Jugendliche zur Unterstützung der Behindertenbetreuung des Landes eingerichtet.

Das Angebot des Beratungsdienstes umfaßt Vorsorgeuntersuchungen für Risikosäuglinge, medizinische und psychologische Diagnostik sowie Erziehungs- und Sozialberatung. Dadurch wird eine kontinuierliche Begleitung des früherfaßten Säuglings und Kindes bis zum 19. Lebensjahr ermöglicht.

Als Modelleinrichtung hat der Beratungsdienst in Fachkreisen große Anerkennung gefunden und Bestrebungen zur Schaffung von gleichartigen Betreuungseinrichtungen in anderen Bundesländern bewirkt.

Invalideneinstellungsgesetz

Nach einer im Jahre 1969 aus kompetenzrechtlichen Gründen erfolgten Aufhebung von Bestimmungen des Invalideneinstellungsgesetzes 1953 durch den Verfassungsgerichtshof wurde nach Verhandlungen mit den Ländern am 11. Dezember 1969 das Invalideneinstellungsgesetz 1969 vom Nationalrat beschlossen.

Aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds für Subventionen und sonstige Fürsorgemaßnahmen für Kriegsoffer und begünstigte Invalide (laut Bilanz) wurden 1970 26 Mio. S und 1981 (voraussichtlich) 153 Mio. S ausgegeben.

Die vorläufig letzten legislatischen Änderungen des IEinstG wurden mit Bundesgesetz vom 23. Feber 1979, BGBl.Nr. 111, kundgemacht.

Die grundsätzlichen Änderungen waren:

Einbeziehung von behinderten Lehrlingen, Krankenpflegefach- und Hebammenschülern sowie Personen, die nach absolvierter Hochschulausbildung zu Ausbildungszwecken beschäftigt werden, in den Kreis der begünstigten Personen, wenn deren MdE wenigstens 50 v.H. beträgt.

Ausbau der Förderungsmaßnahmen, insbesondere die Möglichkeit von Zuschüssen oder Darlehen zur Schaffung und Adaptierung von Arbeitsplätzen für Behinderte, zu den Lohnkosten, zur Höherversicherung, zur Schulung außerhalb des Arbeitsprozesses und auch zur Gründung einer selbständigen Erwerbstätigkeit bis zur Höhe von S 100.000,-.

Anhebung der Ausgleichstaxe auf S 600,- (jährlich zu valorisieren).

Einführung einer Prämie für Dienstgeber, die mehr begünstigte Invalide beschäftigen, als ihrer Einstellungspflicht entspricht.

Die wesentlichste Neuerung war die Definition der "geschützten Werkstätten" und Festlegung der Voraussetzungen für ihre Finanzierung.

Geschützte Werkstätten

Geschützte Werkstätten befinden sich in Vomp/Tirol (ca. 45 Dienstnehmer), in Salzburg-Aigen (40 beschäftigte Behinderte) und in Klagenfurt (etwa 80 Dienstnehmer).

In Wien, Graz und St. Pölten wurden Gesellschaften zum Betrieb derartiger Werkstätten gegründet, welche in den Jahren 1982 bzw. 1983 ihren Betrieb aufnehmen werden. Bei Bedarf besteht die Möglichkeit der Führung weiterer Betriebsstätten durch jede Werkstätten-Gesellschaft m.b.H. Die geschützte Werkstätte in Klagenfurt führt bereits zwei Betriebsstätten. Im Raume Villach wird eine weitere Betriebsstätte errichtet.

DAS INTERNATIONALE JAHR DER BEHINDERTEN MENSCHEN

Zur Planung, Koordinierung und Durchführung der Aktivitäten im Internationalen Jahr der Behinderten wurde am 5. Mai 1980 ein Nationalkomitee unter dem Vorsitz des Bundesministers für soziale Verwaltung gegründet, dem Vertreter der in der Behindertenhilfe tätigen Bundesministerien, der Länder, der Interessenvertretungen und der Behindertenorganisationen angehören. Für die Beratung von Behindertenfragen und die Erstellung von Lösungsvorschlägen wurden sechs Ausschüsse errichtet, die Maßnahmenkataloge für die Gebiete der orthopädischen Versorgung, der beruflichen Rehabilitation, der sozialen Rehabilitation sowie den Wissenschafts- und Forschungsbereich erstellten. Ein Ausschuß hatte die Beseitigung diskriminierender Bestimmungen im österreichischen Recht

Nationalkomitee gegründet

zum Ziel. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Bundesbehindertenbeirates mehrere Arbeitskreise und beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst eine Arbeitsgruppe errichtet. Die Ausschüsse und Arbeitskreise haben nach intensiven Beratungen zahlreiche Vorschläge für Verbesserungen ausgearbeitet. Dem Nationalen Komitee wurde ein Organisationsbüro zur Seite gestellt, das wertvolle Arbeit bei der Initiierung, Koordinierung und Durchführung nationaler Aktivitäten leistete.

Sozialservice

Ein Sozialservice wurde eingerichtet, das als Informations- und Beratungsdienst arbeitet und im Sinne einer Wegweiserfunktion in Einzelfällen die Verbindung mit den zuständigen Stellen herstellt und den Hilfesuchenden über mögliche Hilfen berät.

Proklamationen der Bundesregierung und der Landessozialreferentenkonferenz

Die Bundesregierung hat in einer Proklamation zum Internationalen Jahr der Behinderten die Schwerpunkte ihrer Rehabilitationspolitik für die nächsten Jahre skizziert. Ähnliche Proklamationen wurden auch von den Landessozialreferenten, die politisch für die Behindertenhilfe der Länder verantwortlich sind, und vom Städtebund verfaßt.

Festakte und Enqueten

Das Internationale Jahr der Behinderten wurde am 15.1. 1981 mit einem Festakt der Bundesregierung in der Wiener Hofburg eingeleitet. Gemeinsam mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und dem Österreichischen Arbeiterkammertag führte das Bundesministerium für soziale Verwaltung eine Enquete zum Thema "Die Integration der Behinderten in die Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Rehabilitation" durch. Maßgeblich beteiligt war das Bundesministerium für soziale Verwaltung auch an einer Ausstellung und an Veranstaltungen, die im Wiener Künstlerhaus unter dem Titel "Barrieren" stattfanden sowie an einem Symposium über "Behinderte und Sexualität". Insgesamt fanden in

Österreich etwa 600 Veranstaltungen statt, die sich mit Behindertenfragen befaßten. Die größte und auch international bedeutendste war die 3. Europäische Regional-konferenz von Rehabilitation International mit dem Thema "Der Behinderte in der Gesellschaft", die von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt veranstaltet wurde. Besonders hervorzuheben sind auch der 5. Kongreß für Sozialarbeit und Rehabilitation, das 8. Internationale Sportfest der Querschnittgelähmten Österreichs, die Festveranstaltung des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes zum Welttag der Invaliden, der Festakt der Zentralorganisation der Kriegsofferverbände Österreichs mit dem Motto "Kriegsoffer - Wegbereiter der Behindertenhilfe", das Symposium des Europäischen Medienforums über "Fernsehen für Hörbehinderte", die Enquete über "Erwachsenenbildung und Behinderte", das Symposium "Rehabilitationsforschung in Österreich", die Arbeitstagung "Arbeitswelt und Behinderung" und eine Veranstaltung über den Beitrag der Schule zum Internationalen Jahr der Behinderten.

Wesentliche Aktivitäten wurden auch in der Öffentlichkeitsarbeit gesetzt. Bereits zu Beginn des Jahres 1981 wurden in einer gezielten Aktion etwa 2.000 Großplakate angebracht. Von verschiedenen Werbefirmen wurden daraufhin weitere Plakatflächen zur Verfügung gestellt, sodaß in dieser Weise während des ganzen Jahres auf die Zielsetzungen des Internationalen Jahres aufmerksam gemacht werden konnte.

Öffentlich-
keitsarbeit

Der Österreichische Rundfunk nahm in sein Programm viele Sendungen mit Themen über Behinderte auf. Unter anderem wurde von der Redaktion "WIR" eine mehrteilige Fernsehreihe erstellt, in der viele wichtige Behindertenprobleme dargestellt wurden. Begleitend dazu wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums

für soziale Verwaltung eine Broschüre mit dem Titel "Leben am Rande der Gesellschaft" herausgegeben und an Interessenten verteilt. Im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wurden Exponate über Behindertenprobleme und die Leistungen des Bundes und anderer Rehabilitationsträger hergestellt und als Wanderausstellung an ca. 50 verschiedenen Orten des Bundesgebietes gezeigt. In Zusammenarbeit mit den Landesregierungen und regionalen Behindertenverbänden wurden Tage und Wochen der Begegnung durchgeführt.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung gab unter dem Titel "Fingerzeige für Behinderte, deren Angehörige Betriebsräte und Arbeitgeber" ein Handbuch über die Hilfen für Behinderte heraus, das u.a. an die nach dem Invalideneinstellungsgesetz einstellungspflichtigen Betriebe versendet wurde. Weiters wurde ein Informationsfilm über die berufliche Rehabilitation hergestellt. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurde unter dem Titel "Behindertenpolitik - Politik für Behinderte" eine Sammlung von Aufsätzen über Behindertenprobleme und -politik in Buchform herausgegeben. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung veröffentlichte auch einen Bericht "Zur sozialen Lage behinderter Menschen", der wichtige statistische Daten enthält.

Behindertenforschung

Im Bereich der Behindertenforschung konnten wichtige Vorhaben abgeschlossen und zahlreiche neue Aufträge vergeben werden. So brachte die Untersuchung über die Berufsfindung und das Lebensschicksal von Sonderschulabgängern wichtige Erkenntnisse zur Verbesserung der Berufsberatung und der vor- und nachgehenden Betreuung bei der Berufsfindung von Sonderschulabgängern. Die

Studie "Die berufliche Sozialisation Gehörloser" zeigt die Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation dieser Behindertengruppe auf. Mit der Studie "Berufsspezifische Ausbildungspläne für blinde und stark sehbehinderte Menschen verschiedener Länder" wurden Möglichkeiten zur Erweiterung der Ausbildungs- und Berufspalette von Blinden geprüft. Weiters wurde eine Dokumentation der Rehabilitationsforschung in Österreich erstellt.

Im Internationalen Jahr der Behinderten konnten aber auch zahlreiche Verbesserungen materieller Art erzielt werden. Mit Bundesgesetz vom 7. Mai 1981, BGBl.Nr. 259/1981, wurde der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte errichtet. Dieser Fonds dient zur zusätzlichen Förderung von Behinderten. Leistungen aus dem Fonds sollen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt werden, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härten beseitigt werden. Entscheidungsbefugtes Organ ist das Kuratorium, das unter dem Vorsitz des Bundesministers für soziale Verwaltung steht und dem neben Vertretern der politischen Parteien, von Ministerien und der Länder auch fünf Vertreter der Dachorganisation der Behindertenverbände angehören.

wesentliche
materielle
Verbesserungen

Die Mittel werden vorwiegend durch Zuwendungen aus der Bevölkerung aufgebracht, wobei die bis zum 30. Juni 1982 eingelangten Fondsmittel aus Mitteln des Bundes verdoppelt werden.

Das Bundesgesetz von 9. Dezember 1981, BGB.Nr. 594, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 und das Kriegsopfervorsorgegesetz 1957 geändert wurden, enthält weitere Leistungsverbesserungen für Kriegsbeschädigte.

Die 37. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl.Nr. 588/1981, brachte in der Unfallversicherung eine Verbesserung des Unfallversicherungsschutzes für Schüler und Studenten, die Übernahme von Reise(Fahrt)- und Transportkosten im Rahmen der Unfallheilbehandlung durch den Unfallversicherungsträger und eine Erweiterung der Berufskrankheitenliste.

Durch die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl.Nr. 560 vom 27. November 1980 können nunmehr auch Maßnahmen gefördert werden, "die den Wohnbedürfnissen von Behinderten und alten Menschen dienen."

Das Bundesgesetz vom 19. Feber 1982, BGBl.Nr. 115, mit dem das Schülerbeihilfengesetz geändert wird, bringt besondere Begünstigungen für Behinderte. So erhöht sich der Grundbetrag für die Schul- und Heimhilfe um S 10.000,-, soferne es sich beim Schüler um ein erheblich behindertes Kind im Sinne des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 handelt. Von der Bemessungsgrundlage für die Beurteilung der Bedürftigkeit wird ein zusätzlicher Absetzbetrag von S 15.000,- pro erheblich behindertem Kind abgezogen, für das entweder einer der leiblichen Elternteile des Schülers, er selbst oder sein Ehegatte kraft Gesetzes Unterhalt leisten. Mit Bundesgesetz vom 1. Juli 1981, BGBl.Nr. 333, mit dem das Studienförderungsgesetz geändert wird, wurde u.a. bestimmt, daß die jährlichen Grundbeträge für die Festsetzung der Höhe der Studienbeihilfe um weitere S 15.000,- erhöht werden, soferne es sich beim Studierenden um ein erheblich behindertes Kind handelt.

Auch die Länder konnten 1981 zahlreiche Verbesserungen für Behinderte, insbesondere auf dem Gebiet der Behindertenhilfe, erzielen.

In schrittweiser Realisierung des Rehabilitationskonzeptes 1977 konnten weitere geschützte Arbeitsplätze in beträchtlicher Zahl geschaffen werden. Im Bereich des öffentlichen Dienstes hat der Bund zusätzliche Planstellen für Schwerbehinderte zur Verfügung gestellt.

Nach den zahlreichen Verbesserungen des Invalideneinstellungsgesetzes 1969 durch die 3. Novelle (BGBl.Nr.111/1979) wurde im Jahre 1981 der Entwurf einer weiteren Novelle ausgearbeitet und zur Begutachtung versendet. Hauptziel dieses Gesetzesvorhabens ist die Verbesserung der Förderungsmöglichkeiten für in Ausbildung stehende und berufstätige Behinderte. Besonderes Augenmerk wird der breit gefächerten Ausbildung behinderter Jugendlicher sowohl in Betrieben als auch in Sondereinrichtungen zugewendet, weshalb verstärkt Förderungsmöglichkeiten aus dem Ausgleichstaxfonds angeboten werden. Mittel des Ausgleichstaxfonds sollen in Hinkunft auch für die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen zur Errichtung, dem Ausbau, der Ausstattung und den laufenden Betrieb von Behinderten-Lehrwerkstätten sowie von sonstigen zur Vorbereitung von Behinderten auf eine berufliche Eingliederung geeigneten Einrichtungen und für Zwecke der Fürsorge für behinderte Schüler und Studenten verwendet werden. Eine Ausweitung des Prämiensystems auch auf nicht einstellungspflichtige Dienstgeber, wenn sie begünstigte Invalide beschäftigen sowie eine stärkere gesetzliche Verankerung der Invalidenvertrauenspersonen bilden zusätzliche Schwerpunkte des Gesetzesvorhabens.

An weiteren Gesetzentwürfen sind insbesondere die vom Bundesministerium für Justiz ausgearbeiteten Entwürfe eines Bundesgesetzes über die Sachwalterschaft für behinderte Personen und eines Bundesgesetzes über die Rechtsfürsorge für psychisch Kranke in Krankenanstalten sowie der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulpflichtgesetz abgeändert wird, anzuführen.

Vorschau

Die Bundesregierung bekennt sich zu den in der Deklaration über die Rechte behinderter Menschen, Resolution 3447 (XXX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündeten Rechten der Behinderten. Darunter sind alle Personen zu verstehen, die aufgrund einer angeborenen oder erworbenen Schädigung körperlicher oder geistiger Art nicht in der Lage sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein Nichtbehinderter die entsprechende Stellung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu sichern. Damit ist auch die Zielrichtung der Hilfestellung des Staates und des einzelnen Mitgliedes unserer Gesellschaft bestimmt.

Die Bemühungen der Bundesregierung um eine Verbesserung der Lage der Behinderten ist ein integraler Bestandteil ihrer Sozialpolitik. Das Rehabilitationskonzept des Bundesministeriums für soziale Verwaltung aus dem Jahre 1977, die Novellen zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, Arbeitsmarktförderungsgesetz, Invalideneinstellungsgesetz 1969, Kriegsopferversorgungsgesetz, Heeresversorgungsgesetz, Opferfürsorgegesetz, Verbrechensopfergesetz leisten hiezu einen wesentlichen Beitrag. Durch eine sinnvolle Schwerpunktsetzung wird die Sozialpolitik für die Behinderten fortgeführt. Gemeinsam mit den Forderungsprogrammen der Behindertenorganisationen und den Ergebnissen der Beratungen der Arbeitsausschüsse im Rahmen des Nationalkomitees bildet die Proklamation der Bundesregierung eine breite Grundlage für den Ausbau der Behindertenhilfe und der Rehabilitation in Österreich. Folgende Aktivitäten sind für die nächsten Jahre vorgesehen:

1. Intensivierung der Bestrebungen, die von den einzelnen Rehabilitationsträgern zu setzenden Maßnahmen in einem gemeinsamen Rehabilitationsplan aufeinander abzustimmen. Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger im verstärkten Maße. Abschluß von bilateralen und multilateralen Vereinbarungen.

2. Schaffung einer gemeinsamen qualifizierten Ausbildung für Rehabilitationsberater.
3. Verbesserung der Beratung und Ausbildung von Sonderschulabgängern.
4. Ausbau und Errichtung von beruflichen Ausbildungseinrichtungen für schwer behinderte Jugendliche.
5. Aufklärung und Motivation der Unternehmer, mehr Behinderte einzustellen.
6. Erweiterung der Begünstigungen für Dienstgeber, die Arbeitsaufträge an geschützte Werkstätten vergeben.
7. Gewährung von Prämien für Arbeitgeber, die mehr Schwerbehinderte beschäftigen als ihrer gesetzlichen Pflicht entspricht bzw. Prämien an Arbeitgeber, die nicht einstellungspflichtig sind, aber Schwerbehinderte oder begünstigte Invalide aufnehmen.
8. Schaffung weiterer geschützter Arbeitsplätze auf dem offenen Arbeitsmarkt sowie weiterer geschützter Werkstätten.
9. Intensivierung der Betriebsbesuche sowie nachgehende Beratung am Arbeitsplatz, wobei im Sinne eines koordinierten Vorgehens jene Stelle die Nachbetreuung durchführen soll, die den Behinderten überwiegend betreut bzw. jene Stelle, die im Rehabilitationsausschuß bestimmt wird.
10. Auf dem Gebiete der Behindertenhilfe soll die Grundlagenforschung intensiviert werden.

Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Behinderten ist besorgniserregend. Etwa 90 % der Nichtbehinderten wissen nicht, wie sie sich Körperbehinderten gegenüber verhalten sollen. Tendenzen zur sozialen Distanzierung gegenüber Körperbehinderten sind erkennbar. Über 60 % der Nichtbehinderten befürworten die soziale Absonderung und Isolierung zumindest der Schwerbeschädigten. Aus diesen Gründen wird eine umfassende Aufklärungsarbeit unabdingbar sein. Die Gesellschaft ist für die speziellen Probleme behinderter Mitmenschen empfänglich zu machen. Für die Erreichung des Zieles: "völlige Integration in die Gesellschaft und in die Arbeitswelt" bedarf es auch der Solidarität jedes Einzelnen.

